

pocket wirtschaft

Ökonomische
Grundbegriffe

Ausgabe: 2006

>>> >

>

bpbb

Bundeszentrale für
politische Bildung

Impressum

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Adenauerallee 86, 53113 Bonn

E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!)



Konzept und Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich)

Autor: Prof. Dr. Gerhard Willke

Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen

Grafik: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln

Titel: Stefan Pott, Leitwerk

Karikaturen: Thomas Pläßmann

Infografiken: Globus Kartendienst, Hamburg; Erich Schmidt Verlag, Berlin;
Leitwerk, Köln

Druck: westermann druck GmbH, Braunschweig

2. Auflage: August 2006

ISBN: 3-89331-524-1

Bestellnummer 2552: bpb-Vertrieb DVG, Postfach 1149, 53333 Meckenheim.

Oder online: www.bpb.de > Publikationen > pocket.

Bereitstellungspauschale: 1 Euro; ab 1 kg zahlt Porto Empfänger

Die Bundeszentrale für politische Bildung ist ausschließlich für ihre eigenen
Internetseiten verantwortlich; für alle anderen gilt Haftungsausschluss.

Gerhard Willke

pocket wirtschaft

Ökonomische Grundbegriffe

►► Was bringt mir pocket wirtschaft?

Wie schon pocket politik, so ist auch pocket wirtschaft zunächst mal ein Lexikon wichtiger Fachbegriffe. Diese erklärt es so einfach wie möglich (rot gedruckte Begriffe). Wenn in den Nachrichten also vom Bruttoinlandsprodukt, von Tarifverträgen oder von der Arbeitslosigkeit die Rede ist, dann können Sie hier nachschlagen, was diese und viele weitere Begriffe bedeuten. Und mit Pocket Wirtschaft können Sie sich sogar mal an den Wirtschaftsteil Ihrer Tageszeitung wagen ...

Zusätzlich zu den meist knapp gehaltenen Begriffserklärungen werden einige grundlegende Zusammenhänge des Wirtschaftslebens etwas ausführlicher dargestellt, z.B. Strukturwandel, Marktwirtschaft, Globalisierung usw. Aber auch wirtschaftspolitische Schlagwörter wie Beschäftigungspolitik oder Generationenvertrag oder Sozialversicherungen usw. werden erläutert. Bei diesen blau gedruckten Begriffen wird es dann leider etwas komplizierter. Der beste Weg, pocket wirtschaft zu nutzen, ist der, es immer neben sich liegen zu haben. Wenn Sie Zeitung lesen oder Nachrichten anschauen, können Sie dann nachschlagen, sobald Begriffe auftauchen, die Ihnen noch nicht so ganz klar sind. Aber Sie können darin natürlich auch „schmökern“, besonders bei den etwas ausführlicheren Darstellungen von Leitbegriffen und wirtschaftspolitischen Konzepten. Was unterscheidet eigentlich die Leistungsgesellschaft von der Dienstleistungsgesellschaft – und die Dienstleistungsgesellschaft von der Wissensgesellschaft? Oder wie war das mit Marxismus und Kapitalismus? Keiner der genannten Begriffe kann hier „erschöpfend“ erläutert werden, aber Sie sollen ja auch nicht erschöpft, sondern angeregt werden. Wenn Sie sich dann weiter informieren wollen, stehen in der Schul- oder Stadtbibliothek genügend dicke Wälzer...

Der zweite Teil (Wissenswertes/Tipps) enthält viele Hinweise und Infos zu den Schwerpunkten „Beruf und Berufswahl“ und „Umgang mit Geld“ – vom Taschengeld bis zur Schuldnerberatung. Aber Sie finden dort auch Stichworte wie Ferienjobs. Außerdem Tipps zu Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen in Betrieben und zur Rente. Dies ist zugleich eine Ergänzung

und Weiterführung der vielen nützlichen Tipps von „pocket politik“. Im abschließenden dritten Teil werden eine Reihe von Institutionen und Einrichtungen aus dem Bereich der Wirtschaft vorgestellt und mit ihren Internet-Adressen aufgelistet.

Gerhard Willke

Autor und Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen

Wer es genauer wissen möchte, dem sei die anschauliche Einführung zu Grundlagen und Problemen der aktuellen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mit zahlreichen Abbildungen empfohlen, die die bpb 2006 herausgegeben hat und die zu 6,- € (Bereitstellungspauschale) zu beziehen ist (Adresse: bpb-Vertrieb DVG, Postfach 1149, 53333 Meckenheim) oder: **www.bpb.de** > *Publikationen*):

Wirtschaft heute, Schriftenreihe Nr. 499, Bestell-Nr. 1.499, Bonn 2006, 320 Seiten (Stand: Juli 2006. Lieferung solange der Vorrat reicht.)

Kritik, Verbesserungsvorschläge, Anmerkungen zur Verwendung etc. richten Sie direkt an die Redaktion: moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!).

Nachbestellungen von „pocket wirtschaft“, Bestell-Nr. 2.552 auch über Franzis print & media, Postfach 15 07 40 in 80045 München oder infoservice@franzis-online.de oder Fax: 089- 5117 292.

Iris Möckel



Die Informationen beziehen sich im Allgemeinen auf die Verhältnisse in Deutschland, soweit nicht anders aufgeführt.

Das Pocket-Format lässt leider nur knappe Informationen zu; dafür ist es sehr übersichtlich, und für den ersten Informationsbedarf sollte der Inhalt genügen. Viele Einzelheiten mussten wegfallen. Bitte immer daran denken: In Wirklichkeit ist alles viel komplizierter! Und wenn man es genauer wissen möchte:

www.bpb.de

Dort gibt es noch mehr Literatur, ein ausführliches Lexikon und viel Wissenswertes mehr.

[Zeichenerklärung]

♂ steht stellvertretend für die männliche plus weibliche Form des Begriffs, also: „Bürger♂“ anstatt „Bürgerinnen und Bürger“. Das ist unser Vorschlag zur besseren Lesbarkeit und zur Platzersparnis.

Begriff Die zu Beginn der Zeile fett und rot gedruckten Begriffe sind die Lexikonartikelchen;

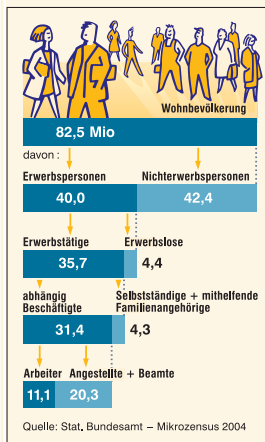
↑ so markierte Querverweise sind ebenfalls im Lexikonteil zu finden.

Begriff Die fett und blau gedruckten Begriffe sind die ausführlicheren Informationen. Auch auf diese gibt es in den Texten Querverweise.

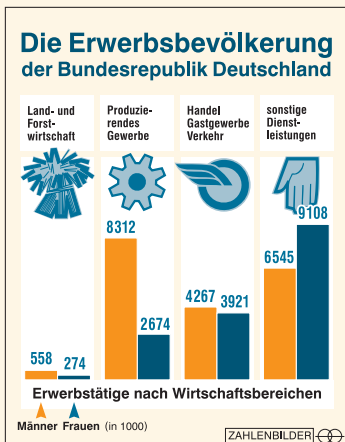
www.xyz.de Unter dieser Adresse finden Sie weiterführende Informationen im Internet.

Abhängig Beschäftigte Lehrer:innen, Ingenieure:innen bei einer Maschinenbau-firma, Krankenpfleger:innen, Bauarbeiter:innen – das sind abhängig Beschäftigte. Sie sind bei einem ↑Arbeitgeber:in beschäftigt und beziehen ein Lohn- oder Gehaltseinkommen. Andere Bezeichnungen für diese Form der ↑Erwerbstätigkeit lauten ↑Arbeitnehmer:in und unselbständig ↑Erwerbstätige. Gegenbegriffe: Selbständige und ↑Freiberufler:in.

ABM ↑Arbeitsbeschaffungsmaßnahme



© Erich Schmidt Verlag



247 110

Aktie Wertpapier einer Aktiengesellschaft (AG); die Aktie verbrieft einen Anteil am Grundkapital des Unternehmens und verleiht Anrechte auf Gewinnbeteiligung sowie auf Mitsprache in der jährlichen Hauptversammlung aller Aktionäre:innen.

Angebotspolitik In der Wirtschaftspolitik gibt es unterschiedliche Ansätze, die miteinander konkurrieren. Die Angebotspolitik versteht sich als Alternative zur $\uparrow$ Nachfragesteuerung und als Gegenentwurf zum $\uparrow$ Keynesianismus. Während die nachfrageorientierte $\uparrow$ Konjunkturpolitik kurzfristig angelegt ist und darauf abzielt, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf einem hohen Niveau zu halten, ist die Angebotspolitik mittelfristig ausgerichtet. Ihr Ziel ist es, die Angebotsbedingungen der Wirtschaft zu verbessern, also günstigere Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass neue und bessere Güter angeboten werden; dadurch können Wachstum und Beschäftigung zunehmen.

Zu den Angebotsbedingungen, unter denen die Unternehmen ein Güter-Angebot auf den Markt bringen, gehören z.B. $\uparrow$ Löhne und Lohnnebenkosten, Steuern und Abgaben, sozialpolitische Auflagen und Umweltvorschriften, die für die Unternehmen mit Kosten verbunden sind (z.B. Arbeitsschutz, $\uparrow$ Kündigungsschutz, $\uparrow$ Umweltschutz, die Verpflichtung, Schwerbehinderte einzustellen, Genehmigungsverfahren bei Betriebserweiterungen usw.); ebenso das Ausbildungssystem und die Infrastruktur. Diese Angebotsbedingungen sind im Kern gleichbedeutend mit den Produktionsbedingungen am $\uparrow$ Standort Deutschland.

Wenn die Angebotsbedingungen für die Unternehmen günstig sind, dann erhöht das ihre $\uparrow$ Rentabilität und damit ihre Neigung zu investieren; das ist Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Zur Angebotspolitik gehören deswegen Steuersenkungen, Verringerung der Lohnnebenkosten ($\uparrow$ Lohnkosten, $\uparrow$ Sozialabgaben), $\uparrow$ Deregulierung, $\uparrow$ Flexibilisierung, Modernisierung der $\uparrow$ Infrastruktur und der Berufsausbildung sowie die allgemeine Verbesserung der Standortbedingungen.

Arbeit In der Arbeit betätigt der Mensch seine Fähigkeiten; sie ist Teil seiner Selbstverwirklichung. Die alte Wortbedeutung von Mühe und Plage macht sich heute noch in einigen ungeliebten Arbeiten wie Hausarbeit oder Klassenarbeiten bemerkbar. Arbeit ist von $\uparrow$ Erwerbsarbeit zu unterscheiden: z.B. leisten Mütter/Väter (unbezahlte) Erziehungs- und Hausarbeit, $\uparrow$ Erwerbstätige leisten dagegen Erwerbsarbeit, mit der sie ein $\uparrow$ Einkommen erzielen. Arbeit

gilt als zentraler ↑Produktionsfaktor neben ↑Kapital, Boden und Wissen.

Arbeitgeber Personen und Institutionen (Unternehmen, Staat), die ↑Arbeitnehmer beschäftigen. Grundlage ist ein Arbeitsvertrag, der dem Arbeitgeber bestimmte Weisungsrechte gegenüber Arbeitnehmern einräumt. Bei ↑Tarifverhandlungen bilden Arbeitgeberverbände die Gegenseite zu den ↑Gewerkschaften.

Arbeitnehmer Personen (↑abhängig Beschäftigte), die bei einem ↑Arbeitgeber in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und für ihre Arbeitsleistungen ein Entgelt beziehen.



Arbeitsagentur Örtliche Einrichtung der ↑Bundesagentur für Arbeit; Aufgaben sind Berufsberatung, Arbeitsvermittlung; Arbeitsförderung und Betreuung von Arbeitslosen ↑ (Einschließlich der Zahlung von Arbeitslosengeld I und II).

Arbeitsamt ↑Arbeitsagentur

Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) In einem Kindergarten arbeitet eine Frau als Helferin, die zuvor arbeitslos war; ihre „ABM-Stelle“ wird von der Arbeitsagentur finanziert. ABM werden überwiegend in öffentlichen Einrichtungen (Gemeinden, Wohlfahrtsverbänden) angeboten. Damit sollen Leis-

tungen erbracht werden, die im öffentlichen Interesse liegen, aber nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern stehen.

Arbeitsförderungsgesetz (AFG) Integriert in das Sozialgesetzbuch III (SGB III); Grundlage der Arbeitsmarktpolitik.

Arbeitsgesellschaft Gearbeitet werden muss in allen Gesellschaften (solange es kein Schlaraffenland gibt). Doch nur in der Arbeitsgesellschaft hat die ↑ Erwerbsarbeit einen sehr hohen Stellenwert. Es ist nicht die ↑ Arbeit schlechthin, sondern „Arbeit gegen Lohn“, die für viele Menschen zum zentralen Bezugspunkt wird. Die Erwerbsarbeit bestimmt Einkommen und soziale Stellung, Ansehen und Identität. 81,4% der Deutschen halten Arbeit für „sehr“ bis „ziemlich wichtig“. Dies ist nicht verwunderlich, denn für ↑ abhängig Beschäftigte ist das Arbeitseinkommen die wichtigste Quelle ihres Lebensunterhaltes.

Die Arbeitsgesellschaft prägt die Menschen; viele finden ihren Lebenssinn in der Berufsarbeit. Selbst die Altersversorgung hängt von der Erwerbsarbeit und vom ↑ Generationenvertrag ab. Weil Berufstätigkeit in der Arbeitsgesellschaft so wichtig ist, wirkt sich Arbeitslosigkeit für davon Betroffene nicht nur als finanzieller, sondern auch als psychischer Schock aus.

Die Arbeitsgesellschaft ist im Zuge der Industrialisierung entstanden; dabei vollzog sich eine radikale Umgestaltung der Arbeitsorganisation. War die vorindustrielle Familienwirtschaft dadurch gekennzeichnet, dass Arbeit und Leben eng beieinander lagen, so führte die Industrialisierung zur Trennung von Haushalt und Fabrik, zu Arbeitsteilung und Spezialisierung. Die Arbeitsgesellschaft prägt nicht nur das Beschäftigungssystem, sondern die Gesellschaft insgesamt, insbesondere Schule und ↑ Ausbildung, das System der sozialen Sicherung (↑ Sozialversicherung) sowie das Freizeit- und Urlaubsverhalten.

Seit einiger Zeit wird von der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ gesprochen; die Erwerbsarbeit verliere an Bedeutung. Auslöser dieser Diskussion ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit; sie hat der These Auftrieb gegeben, der

Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus. Das ist jedoch falsch: Im Trend steigt die Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere der weiblichen (bei durchschnittlich verkürzter Arbeitszeit und zunehmender Teilzeitarbeit). Die Arbeitsgesellschaft wandelt sich zur Dienstleistungs- und [↑]Wissensgesellschaft, die Arbeitsformen und -inhalte verändern sich; doch die Erwerbsarbeit bleibt der Mittelpunkt moderner Gesellschaften; sie prägt weiterhin maßgeblich die individuellen Lebenszusammenhänge. Dies bedeutet auch, dass künftig eine gute berufliche Ausbildung und Weiterbildung wichtig bleiben, und in der Wissensgesellschaft eher noch wichtiger werden.

Arbeitskampf Wenn [↑]Tarifverhandlungen scheitern, kann es zum Arbeitskampf kommen, um z.B. Lohnforderungen mit mehr Druck durchzusetzen. Wichtigstes Instrument auf [↑]Gewerkschaftsseite ist der [↑]Streik, auf Arbeitgeberseite steht dem die [↑]Aussperrung gegenüber. Bevor solche Arbeitskampfmaßnahmen ergriffen werden, müssen die Verbandsmitglieder in einer Urabstimmung zugestimmt haben.

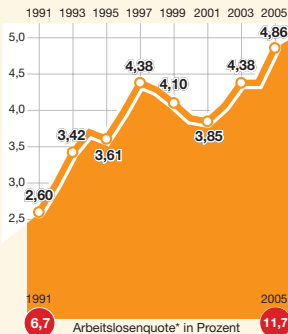
Arbeitskosten Summe aus direkten [↑]Lohnkosten und Personalzusatzkosten; diese bestehen aus den gesetzlichen [↑]Sozialversicherungsabgaben sowie den tariflichen und freiwilligen Sozialleistungen eines Unternehmens.

Arbeitslose [↑]Erwerbspersonen, die arbeitslos sind und eine Beschäftigung suchen. In der offiziellen Arbeitsmarktstatistik werden allein die „registrierten“ Arbeitslosen erfasst, die sich bei der Arbeitsagentur gemeldet haben. Daneben gibt es noch eine „verdeckte“ Arbeitslosigkeit bzw. [↑]Unterbeschäftigung. Finanziell werden Arbeitslose durch [↑]Arbeitslosengeld I und II unterstützt.

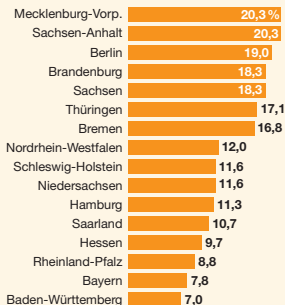
Arbeitslosengeld Unterstützungszahlung für Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung. Arbeitslosengeld bekommt nur, wer zuvor beschäftigt war und mindestens 360 Tage lang innerhalb der letzten zwei Jahre Versicherungsbeiträge einbezahlt hat. Das Arbeitslosengeld liegt zur Zeit je nach Familienstand zwischen 60% und 67% des letzten Nettoverdienstes (Stand: 2006).

Arbeitslos in Deutschland

Zahl der Arbeitslosen
in Millionen (Jahresdurchschnitte)



Arbeitslosenquote* 2005 in %
(Jahresdurchschnitte)



*bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© Globus



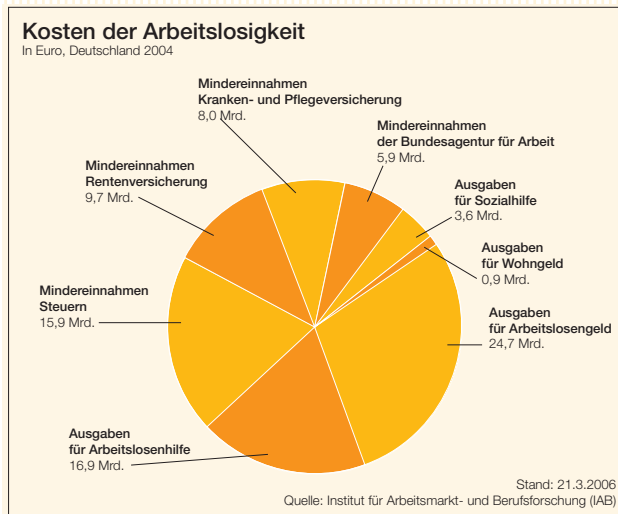
Arbeitslosengeld II (ALG II) Öffentliche Unterstützung für arbeitslose, aber arbeitsfähige Erwerbspersonen, auch Hartz IV genannt. Diese Sozialleistung wird nur bei Bedürftigkeit gezahlt. Vom 1. Juli 2006 an beträgt das ALG II bundesweit 345 €. Bei ihren Eltern wohnende Jugendliche erhalten 80% (276 €).

Arbeitslosenhilfe Seit dem 1. Januar 2005 ersetzt durch [↑]Arbeitslosengeld II (ALG II). Arbeitslosen- und ALG II-Infos:

www.arbeitslosen.info, www.gegen-hartz.de

Arbeitslosenquote Im Unterschied zur (absoluten) Zahl der Arbeitslosen drückt die Arbeitslosenquote ein (relatives) Verhältnis aus: nämlich den Anteil der („registrierten“) Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Im März 2006 gab es in Deutschland 4,790 Mio. Arbeitslose, die Arbeitslosenquote lag bei 11,5%

(bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen), in Westdeutschland waren 3,2 Mio. Erwerbspersonen arbeitslos, in Ostdeutschland 1,589 Mio. Die Arbeitslosenquote lag im Westen bei 9,7%, im Osten dagegen bei 18,5%. Vergleiche (z.B. zwischen verschiedenen Ländern oder Gruppen von Erwerbstätigen) lassen sich sinnvoll nur mit den Arbeitslosenquoten anstellen, nicht mit den absoluten Arbeitslosenzahlen.



Zur Berechnung der Arbeitslosenquote wird die absolute Zahl der Arbeitslosen auf eine Gesamtheit bezogen, beispielsweise auf die Gesamtzahl aller ↑ Erwerbspersonen oder der abhängigen Erwerbspersonen (also ohne Selbstständige).

$$\text{Arbeitslosenquote (in \%)} = \frac{\text{Arbeitslose}}{\text{Erwerbspersonen}} \times 100$$

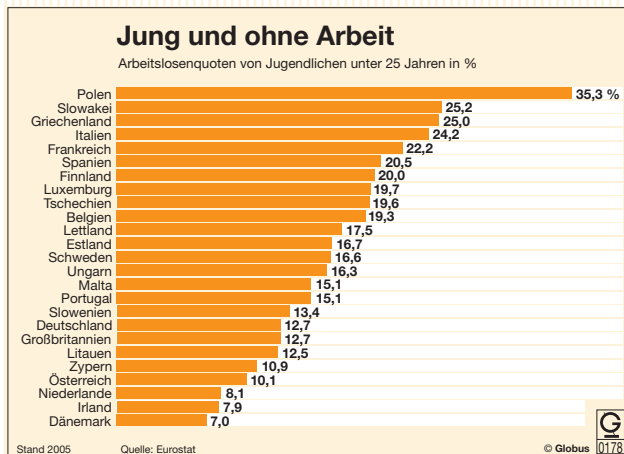
Je nachdem, welche Größen man in Zähler und Nenner einsetzt, bekommt man unterschiedliche Werte für die Arbeitslosenquote. Im Zähler können z.B. nur die „registrierten“ Arbeitslosen stehen – oder alle Arbeitslosen (also auch diejenigen, die sich nicht bei der Arbeitsagentur arbeitslos gemeldet haben). Im Nenner können alle Erwerbspersonen (weite Definition) stehen – oder nur die abhängigen Erwerbspersonen (enge Definition). Bei der weiten Definition ist der Nenner größer, also wird der Wert des Bruches kleiner. Bei gleicher Zahl von Arbeitslosen kann man somit durch die Definition des Nenners den Wert der Arbeitslosenquote „manipulieren“. In verschiedenen Ländern gibt es unterschiedliche Definitionen der Arbeitslosenquote; deswegen muss bei internationalen Vergleichen eine „standardisierte“ Arbeitslosenquote verwendet werden.

Arbeitslosenversicherung Alle $\uparrow$ abhängig Beschäftigten müssen in diese gesetzliche Pflichtversicherung einzahlen (Ausnahme: Beamte $\ddot{a}$), damit sie bei Arbeitslosigkeit finanziell abgesichert sind. Der Beitragssatz liegt zurzeit bei 6,5% des Bruttoverdienstes. Mit höherem Einkommen steigt also der Versicherungsbeitrag; entsprechend bekommen Versicherte, die mehr verdient und eingezahlt haben, auch ein höheres $\uparrow$ Arbeitslosengeld. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird je zur Hälfte von Arbeitgebern $\ddot{a}$ und Arbeitnehmern $\ddot{a}$ getragen.

Arbeitslosigkeit Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit der letzten Jahrzehnte gilt als „Geißel unserer Zeit“. Ökonomisch gesehen handelt es sich um ein Ungleichgewicht auf dem $\uparrow$ Arbeitsmarkt, bei dem das Angebot an Arbeitskräften größer ist als die Arbeitskräftenachfrage. Während in den 1960er Jahren in Westdeutschland ein Mangel an Arbeitskräften herrschte und Gastarbeiter angeworben wurden, haben wir seit Mitte der 1970er Jahre einen Arbeitskräfteüberschuss; die Arbeitslosigkeit ist in „Sprüngen“ angestiegen (vgl. Abb., S. 14); gleichzeitig ist auch die $\uparrow$ Beschäftigung gestiegen. Bedingt durch den Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems der DDR und durch die Einführung der Marktwirtschaft kam in Ostdeutschland eine

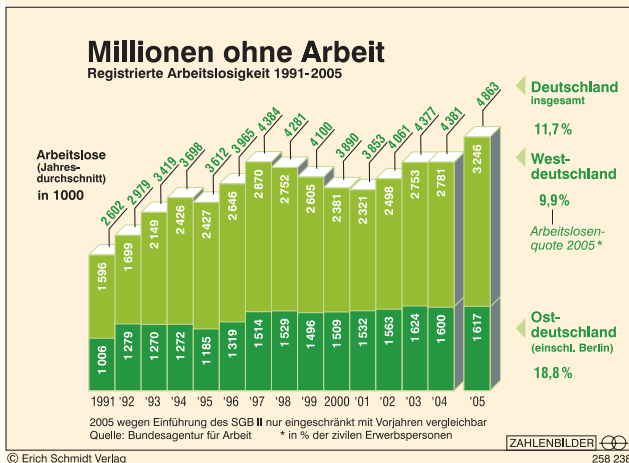
ausgeprägte „systemstrukturelle“ Arbeitslosigkeit hinzu. Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit umfasst ausschließlich die Arbeitslosen, die bei den Arbeitsagenturen „registriert“ sind, d.h. die sich arbeitslos gemeldet haben; daneben gibt es noch eine „verdeckte“ Arbeitslosigkeit (Stille Reserve; zur Definition der „registrierten“ Arbeitslosigkeit; vgl. Kasten S. 17). Allerdings gibt es auch einen Anteil von registrierten Arbeitslosen, die nicht an einer Erwerbsarbeit interessiert sind.

Das Risiko der Arbeitslosigkeit betrifft einzelne Personengruppen und Regionen in unterschiedlichem Maße. Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind gering Qualifizierte, Ältere, und Ausländer; bei diesen Personengruppen liegen die $\uparrow$ Arbeitslosenquoten etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Regional ist Mecklenburg-Vorpommern mit 20,3% fast dreifach so stark betroffen wie Baden-Württemberg mit 7% (2005).



Untersucht man die Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit (ihr „Profil“; vgl. Abb. S. 15), dann zeigt sich zum einen, dass bei rund einem Drittel der Betrof-

fenen die Arbeitslosigkeit weniger als drei Monate dauert. Zum anderen zeigen sich deutliche Profil-Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, insbesondere bei den Arbeitslosen mit und ohne Berufsausbildung und bei der Dauer der Arbeitslosigkeit.



Die hohe Arbeitslosigkeit hat viele verschiedene Ursachen. Der spezielle Fall eines „Systemwechsels“ in den neuen Bundesländern wurde bereits erwähnt. Für Westdeutschland lassen sich vier Hauptursachen unterscheiden, die zu unterschiedlichen Ausprägungen (Typen) der Arbeitslosigkeit führen:

1. *friktionelle Arbeitslosigkeit.* Die Ursache dieses Typus sind Friktionen (= Hemmnisse, Widerstände) auf dem Arbeitsmarkt. Wegen dieser Friktionen kommt es zu Verzögerungen bei der Besetzung vorhandener offener Stellen durch Arbeitslose: Passende Stellen müssen erst gefunden werden, dann müssen sich die Arbeitslosen bewerben, gegebenenfalls müssen sie umziehen, wenn die Stelle in einer anderen Stadt liegt usw.

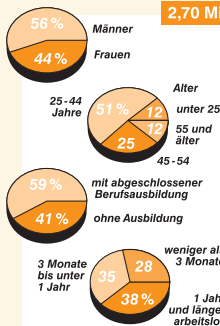
Das Profil der Arbeitslosigkeit

in Westdeutschland

2,70 Mio

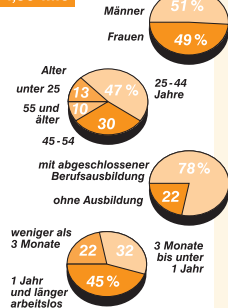
Arbeitslose
Ende Sept. 2004

◀ davon (in %) ▶



in Ostdeutschland

1,56 Mio



Quelle: Bundesagentur für Arbeit Abweichungen in den Summen durch Rundung

[ZAHLENBILDER] 258 330

© Erich Schmidt Verlag

2. *merkmalsstrukturelle Arbeitslosigkeit.* Ursächlich sind hier die Unterschiede zwischen den Merkmalen der Arbeitslosen und den Anforderungen bei den offenen Stellen; viele Arbeitslose können die Qualifikationsanforderungen nicht erfüllen. Bei dieser „Mismatch“-Arbeitslosigkeit gibt es also sowohl offene Stellen als auch Arbeitslose, aber beide passen nicht zusammen.

3. *konjunkturelle Arbeitslosigkeit.* Dieser Typus ist durch einen ↑ konjunkturellen Abschwung oder eine ↑ Rezession verursacht. Vorhandene Stellen in den Unternehmen können nicht besetzt werden, weil die Produktionskapazitäten schlecht ausgelastet sind. Es fehlt an Nachfrage, also wird weniger produziert, also benötigen die Unternehmen auch weniger Arbeitskräfte: Sie stellen nicht ein, sondern sie entlassen Mitarbeiter.

4. *systemische Arbeitslosigkeit.* Die Ursache dieses bei uns schon seit längerem vorherrschenden Typus liegt in einer allgemeinen Schwäche des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems; es ist nicht in der Lage,

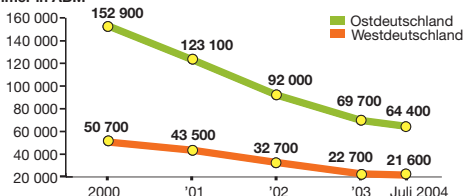
eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, um allen Erwerbspersonen eine Beschäftigungschance zu bieten. Die Bedingungen auf dem ↑ Standort Deutschland sind für die Unternehmen nicht attraktiv genug, um hier zusätzliche Investitionen zu tätigen und dadurch mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Deswegen besteht ein großer Mangel an Arbeitsplätzen.

Arbeitsmarkt-Reformen: Hartz III und IV

Hartz III in Kraft getreten: 1. Januar 2004 · Die wichtigsten Regelungen:

- Umbau der „Bundesanstalt“ zur „Bundesagentur“ für Arbeit
- vereinfachte Berechnung des Arbeitslosengeldes, Verkürzung des Anspruchs
- Neuausrichtung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Konzentration auf Problemregionen

Arbeitnehmer in ABM



Hartz IV in Kraft getreten: 1. Januar 2005 · Die wichtigsten Regelungen:

- Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II
- Jede Arbeit ist für Arbeit Suchende zumutbar. Ausnahmen: z.B. bei Erziehung eines Kleinkindes oder Angehörigenpflege; körperliche Hinderungsgründe
- Arbeitsgelegenheiten im gemeinnützigen Bereich gegen Aufwandsentschädigung
- persönlicher Ansprechpartner im Job-Center; Ziel: schnelle Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt

Bundesagentur für Arbeit
zuständig für Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Arbeitslosengeld II, Sozialversicherung

Städte und Landkreise
zuständig für Leistungen im Bereich Unterkunft, Heizung, Kinderbetreuung, Schuldner- und Suchtberatung, psychosoziale Betreuung

Errichtung von Arbeitsgemeinschaften* im **Jobcenter**

Im Job-Center hat der Arbeit Suchende **eine** Anlaufstelle für Förderung und Arbeitsvermittlung

*oder: Städte sind für alle Bereiche allein zuständig (Optionsmodell)



Wer gilt als arbeitslos?

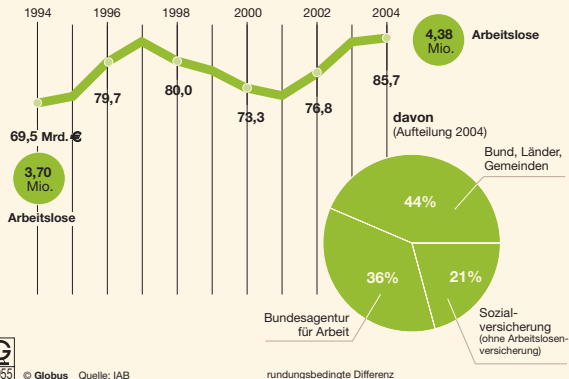
Im Sozialgesetzbuch III (SGB III; vor 1998: im Arbeitsförderungsgesetz AFG) ist festgelegt, wer als arbeitslos gilt. Demnach wird „offiziell“ als arbeitslos gezählt, wer sich bei der zuständigen Arbeitsagentur persönlich gemeldet hat, nicht (oder nur kurzzeitig*) beschäftigt ist und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung anstrebt, arbeitsfähig ist (also nicht arbeitsunfähig erkrankt), und der der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, d.h. bereit ist, zumutbare Arbeitsangebote anzunehmen. Zu den offiziell „registrierten Arbeitslosen“ gehören somit nur diejenigen, welche die genannten Kriterien des SGB III erfüllen. Arbeitslose, die sich nicht bei der Arbeitsagentur persönlich gemeldet haben, tauchen in der Arbeitslosenstatistik nicht auf.

* kurzzeitig bedeutet: beschränkt auf zwei Monate im Jahr;

Daten: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosigkeit verschlingt Milliarden

Ausgaben bzw. Mindereinnahmen in Milliarden Euro



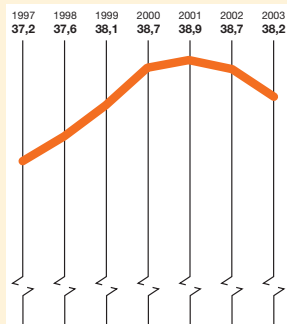
© Globus Quelle: IAB

rundungsbedingte Differenz

Arbeitsplätze

in Deutschland

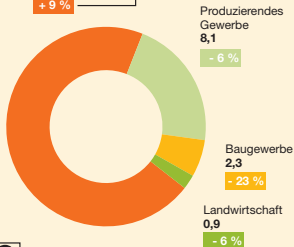
Zahl der Erwerbstätigen in Millionen



Aufteilung 2003 in Millionen

Dienstleistungen 26,9 Mio. + 9 %

Veränderung gegenüber 1997 in Prozent



Quelle: Stat. Bundesamt © Globus

Arbeitsmarkt Auf dem Arbeitsmarkt treffen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zusammen. Das Angebot an Arbeitsleistungen kommt von privaten Haushalten, die Einkommen benötigen, wenn sie Güter des täglichen Bedarfs kaufen wollen. Betriebe fragen Arbeitsleistungen nach, weil sie Güter produzieren wollen und dafür Arbeitskräfte benötigen (vgl. ↑Wirtschaftskreislauf). Der Arbeitsmarkt koordiniert das Arbeitsangebot der Haushalte mit der Arbeitsnachfrage der Unternehmen. Faktisch gibt es keinen einheitlichen Arbeitsmarkt, sondern viele verschiedene Teilarbeitsmärkte, denn die Arbeitskräfte (das Arbeitsangebot) unterscheiden sich nach Berufsgruppe, Qualifikation, Alter, Geschlecht, Nationalität, Gesundheitszustand usw. Auch die Arbeitsanforderungen fallen unterschiedlich aus, je nach Branche, Region, Beruf und Position.

Wandel in der Arbeitswelt

Von je 1 000 Erwerbstätigen in Deutschland
arbeiten in diesen Bereichen

1991

2005

257

öffentliche und
private Dienstleister

303

241

Handel, Gastgewerbe,
Verkehr

251

293

produzierendes
Gewerbe

203

97

Finanzierung, Vermietung,
Unternehmensdienstleister

165

73

Baugewerbe

55

39

Land- u. Forstwirtschaft

22



10625

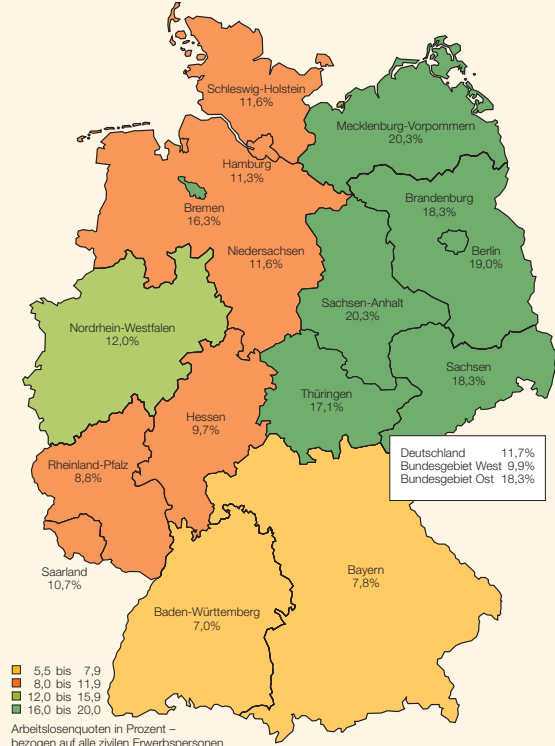
© Globus rundungsbedingte Differenz Quelle: Stat. Bundesamt

Auf Arbeitsmärkten werden menschliche Arbeitsleistungen gehandelt, keine Waren; deswegen unterliegt der Arbeitsmarkt einer besonderen Regulierung durch die ↑Tarifautonomie, durch Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Jugendschutz usw. Seit einigen Jahren wird versucht, den Arbeitsmarkt stär-

ker zu deregulieren, um seine ↑Flexibilität zu erhöhen. Darauf zielen die Vorschläge der ↑Hartz-Kommission.

▷ Ost-West-Gefälle bei den Arbeitslosenquoten 2005

Arbeitslosenquoten in Prozent – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

©Leitwerk 2006

Arbeitsmarktpolitik Auf Vorschlag der [↑]Hartz-Kommission sind „Personal-Service-Agenturen“ eingerichtet worden, um die Vermittlung von Arbeitslosen zu verbessern. Dies ist eine Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik; die Dauer der Arbeitslosigkeit soll dadurch verkürzt und der Übergang in eine reguläre Beschäftigung erleichtert werden. Weitere Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sind Beratung, Qualifizierung, berufliche Weiterbildung sowie [↑]Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Im Rahmen der speziellen Arbeitsmarktpolitik für Ostdeutschland wurden seit der Wende über 200 Mrd. € für ABM, SAM (Strukturanpassungsmaßnahmen) sowie für Umschulung und berufliche Weiterbildung aufgewendet.

Arbeitsteilung In einer Schule sind viele Menschen arbeitsteilig mit der Aufgabe befasst, bei Schülern [↔] Lernprozesse zu ermöglichen: Deutschlehrer [↔], Hausmeister [↔], Chemielehrer [↔], Sekretäre [↔], Rektor [↔], Sportlehrer [↔], Bäcker [↔] für das Pausenbrötchen usw. Die Aufteilung der Arbeit in verschiedene Tätigkeiten, Berufe, Spezialisierungen und Funktionen ist typisch für entwickelte Gesellschaften. Dadurch werden [↑]Effizienz und [↑]Produktivität gesteigert. Nachteilig ist, dass eine Chemielaborantin oder ein Schweißer nur noch ein sehr enges Spektrum von spezialisierten Tätigkeiten ausführt; Potentiale an Handlungsmöglichkeiten bleiben ungenutzt. Heute wirkt man der übertriebenen Spezialisierung entgegen, indem Tätigkeitsinhalte wieder ausgeweitet („angereichert“) werden.

Arbeitsvermittlung Es gehört zu den Aufgaben der [↑]Arbeitsagentur, Arbeitsuchende und Arbeitslose in offene Stellen zu vermitteln. Wenn Unternehmen ihre offenen Stellen der Arbeitsagentur melden, können die Vermittler [↔] dafür geeignete Arbeitssuchende auf diese Stellenangebote hinweisen. Seit 2002 können Arbeitslose auch private Vermittler [↔] einschalten. Dafür erhalten sie von der Arbeitsagentur Vermittlungsgutscheine.

Arbeitsvertrag Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer* und Arbeitgeber*, die ein Beschäftigungsverhältnis begründet und regelt (Art der Tätigkeiten, Aufgabenbereiche, Bezahlung, Arbeitszeit, Kündigungsfristen usw.).

Arbeitszeit Man unterscheidet Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Trendmäßig ist die Arbeitszeit von früher über 60 Wochenstunden auf heute durchschnittlich 37 verkürzt worden. Neben Vollzeit-Erwerbstätigkeit gibt es zunehmend Teilzeitarbeit und ↑ „geringfügige Beschäftigung“. Arbeitszeitverkürzungen führen häufig zu einer Verdichtung der Arbeit, d.h. die gleiche Arbeit muss in kürzerer Zeit geleistet werden.

Ein Jahr Arbeit

Tatsächlich geleistete Arbeitszeit im Jahr 2004 je Erwerbstätigen in Stunden

Tschechien		1 986	Irland		1 642
Polen		1 983	Italien		1 585
Slowakei		1 958	Schweden		1 585
Griechenland		1 925	Schweiz*		1 556
USA		1 824	Österreich*		1 550
Australien		1 816	Belgien		1 522
Spanien		1 799	Dänemark		1 454
Japan		1 789	Deutschland		1 443
Kanada		1 751	Frankreich		1 441
Portugal		1 694	Norwegen		1 363
Finnland		1 688	Niederlande		1 357
Großbritannien		1 669			

Quelle: OECD *2003

© Globus



Armut Viele Menschen leben in absoluter Armut; sie hungern und sind obdachlos. Auch in unserer Gesellschaft gibt es Armut. Als offiziell „arm“ gelten bei uns Personen, die weniger als 50% des Durchschnittseinkommens haben. Dies ist ein relatives Armutsmaß: die „Armutschwelle“ steigt mit dem durchschnittlichen Einkommen. 2005 lag das Nettoeinkommen eines Haushalts in Deutschland bei durchschnittlich 1.460 € im Monat (daraus können Sie die

Armutsschwelle berechnen). Der Anteil dieser relativen Armut lag 2002 in Westdeutschland bei 10,5%, in Ostdeutschland bei 13,6% der Bevölkerung.

Möglichkeiten	Arbeitszeitverkürzung	Probleme
Teilzeitbeschäftigung Job sharing		Anpassung der Arbeitsorganisation · Höhere Investitionskosten · Soziale Absicherung ausreichend?
Abbau der tariflichen Wochenarbeitszeit		Anpassung der Arbeitsorganisation · Lohnausgleich oder Lohnverzicht? Beschäftigungseffekt ungewiß
Verlängerung des Jahresurlaubs		Anpassung der Arbeitsorganisation · Nachteile für Kleinbetriebe · Beschäftigungseffekt gering
Verkürzung der Lebensarbeitszeit		Relativ höhere Ausbildungskosten · Einbußen beim Lebens Einkommen und bei der Altersversorgung



ZAHLENBILDER

240 029

© Erich Schmidt Verlag

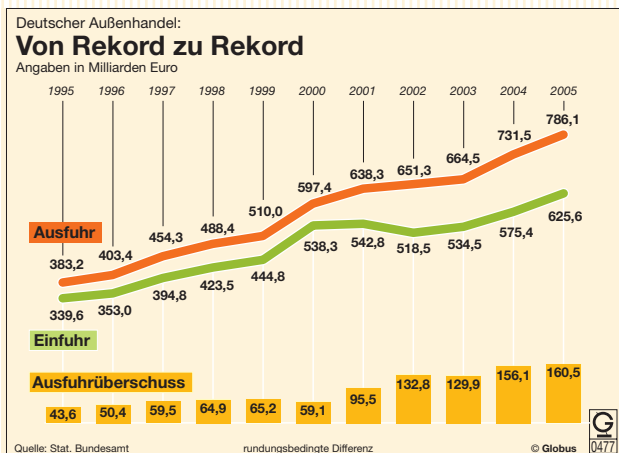
ATTAC Kürzel aus dem französischen „Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens“ (= Vereinigung zur Besteuerung von Finanzgeschäften zum Nutzen der Bürger). Heute geht es dieser weltweiten Bürgerbewegung nicht mehr nur um eine Steuer auf spekulative Finanztransaktionen (↑Tobin-Steuer), sondern generell um Probleme der ↑Globalisierung, der Weltwirtschaft und des Weltfriedens.

Ausbildung ↑Berufsausbildung

Ausbildungsförderung Nach dem **Bundesausbildungsförderungsgesetz** – BAföG – soll die Ausbildung Jugendlicher durch staatliche Zahlungen gesichert werden, wenn die nötigen Mittel sonst nicht zur Verfügung stehen. Gefördert wird bei Bedürftigkeit insbesondere der Besuch weiterführender

Schulen und das Studium an Hochschulen. Die Regelsätze (Mai 2006) betragen für Schüler:innen (nicht bei den Eltern wohnend) 348 €, für Studierende 466 €/377 € (nicht/ bzw. bei den Eltern wohnend). Siehe auch S. 156.

Ausländische Arbeitskräfte In Deutschland leben ca. 7,3 Mio. Ausländer:innen (ca. 9 % der Bevölkerung), davon sind knapp zwei Mio. Erwerbstätige. Die ↑Arbeitslosenquote unter Ausländern:innen ist überdurchschnittlich hoch: Deutschland im April 2006: Ausländer: 25,4%, insgesamt 12,9%.



Außenhandel Deutsche Unternehmen exportieren Autos in die USA und Maschinen nach Japan; Importeure:innen beziehen Kiwis aus Israel und Erdgas aus Russland. Neben dem internationalen Austausch von Waren – dem Außenhandel – gibt es Import und Export von Dienstleistungen sowie von Kapital. Zwei Drittel des deutschen Außenhandels spielt sich innerhalb Europas ab. Die deutsche ↑Handelsbilanz weist hohe Überschüsse auf (2002: ca.

126 Mrd. €). Dagegen importieren wir viel mehr Dienstleistungen, als wir exportieren (die Dienstleistungsbilanz weist hohe Defizite aus, vor allem infolge des Tourismus).

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht Eines der vier Ziele der ↑Wirtschaftspolitik; (vgl. ↑Magisches Zielviereck). Meint, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland ausgeglichen sein sollen. Wir exportieren mehr Waren (Maschinen, Autos usw.) als wir importieren; bei den Dienstleistungen ist es umgekehrt (z.B. Tourismus). Gleichgewicht besteht, wenn wir nicht dauernd mehr Güter importieren als exportieren. Deutschland braucht einen positiven Saldo der ↑Handelsbilanz, um das Defizit bei den ↑Dienstleistungen abdecken zu können.

Aussperrung Druckmittel der ↑Arbeitgeber↔ im ↑Arbeitskampf (Gegenmaßnahme bei ↑Streik): Den Arbeitnehmern↔ wird der Zutritt zum Unternehmen verwehrt; für die Ausfallzeit bekommen sie keinen Arbeitslohn. Dies kostet die Gewerkschaften viel Geld, soweit sie die Ausgesperrten finanziell unterstützen.

Auszubildende (Azubis) Jugendliche, die einen der etwa 390 staatlich anerkannten Ausbildungsberufe erlernen; in Deutschland geschieht dies im ↑dualen System der ↑Berufsausbildung, also parallel im Lehrbetrieb und durch Besuch der Berufsschule.

Automation Maschinen werden von Menschen „bedient“; Automaten steuern sich dagegen (weitgehend) selbst. Wichtige Informationen über den Prozessverlauf werden laufend in das Steuerungsprogramm zurückgekoppelt. A. steigert Effizienz und Produktivität von Wertschöpfungsprozessen; der Bedarf an Arbeitskräften geht zurück. Durch fortschreitende A. wandeln sich die Arbeitsanforderungen: Herstellen/Produzieren – das machen die Maschinen; die Menschen überwachen, beseitigen Störungen, halten die Anlagen in stand.



BAföG = Bundesausbildungsförderungsgesetz ↑ Ausbildungsförderung

BDA = Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.
Spitzenverband von 53 Arbeitgeber-Branchenverbänden aus Industrie, Dienstleistungen, Handwerk und Landwirtschaft.

BDI = Bundesverband der Deutschen Industrie. Spitzenverband von 36 industriellen Branchenverbänden.

Berufsausbildung In Deutschland absolvieren zwei Drittel der 16 bis 19-Jährigen ihre berufliche Ausbildung im ↑ „dualen System“ von betrieblicher Lehre und Berufsschule. Die Berufsschule vermittelt fachtheoretische Inhalte, der Betrieb die praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten. Es gibt zurzeit ca. 390 staatlich anerkannte Ausbildungsberufe. Weitere Ausbildungswege führen über Fachschulen und Hochschulen in höher qualifizierte Berufe. Dem Berufsbildungsgesetz zufolge soll die Berufsausbildung eine breite Grundbildung vermitteln sowie die fachlichen Fertigkeiten und Kenntnisse, die für eine qualifizierte Berufstätigkeit nötig sind.

Im Jahr 2005 befanden sich 1,6 Millionen Jugendliche in der Berufsausbildung. 505 191 betriebliche Ausbildungsverträge wurden neu abgeschlossen. Fast die Hälfte aller Lehrlinge werden in Betrieben der Industrie und des Handels ausgebildet, 38% in Handwerksbetrieben. Die Ausbildungsberufe sind sehr ungleichmäßig besetzt. Fast 40% der männlichen und 54% der weiblichen Auszubildenden drängeln sich in den zehn beliebtesten Ausbildungsberufen. Eine gute berufliche Ausbildung wird immer wichtiger für die Chance, eine Beschäftigung zu finden und zu behalten. In der künftigen Wissensgesellschaft steigen die Anforderungen bezüglich der Qualifikationen, der Eigeninitiative, der Fähigkeit zur Teamarbeit sowie der Lernbereitschaft.

Beschäftigung Ein Gedicht zu lesen ist auch eine „Beschäftigung“, doch üblicherweise ist damit eine bezahlte Erwerbstätigkeit gemeint, oft auch die Zahl der abhängig und selbständig Erwerbstätigen in einer Volkswirtschaft. In Westdeutschland stieg die Beschäftigung zwischen 1980 und 1991 um 13,7%. In Gesamtdeutschland blieb die Beschäftigung zwischen 1991 und 2005 mit 38,67 Mio. fast konstant. Veränderungen der Beschäftigtenstruktur sind ein Spiegel des gesamtwirtschaftlichen [↑]Strukturwandels.

Beschäftigungspolitik Zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik gehört ein „hoher Beschäftigungsstand“ (vgl. [↑]Magisches Zielviereck). Die Beschäftigungspolitik soll mit ihren Maßnahmen dazu beitragen, dass möglichst alle [↑]Erwerbspersonen eine für sie angemessene [↑]Beschäftigung finden. Seit Jahrzehnten herrscht bei uns allerdings Massenarbeitslosigkeit; das ist kein hoher, sondern ein niedriger Beschäftigungsstand. Insofern verfehlt die Wirtschaftspolitik seit Jahren ihr wichtigstes Ziel.

Die Höhe der Beschäftigung – und damit der Arbeitslosigkeit – wird allerdings nicht von der Politik allein bestimmt, sondern auch maßgeblich von den [↑]Tarifvertragsparteien, welche die Marktbedingungen der [↑]Erwerbsarbeit festlegen, insbesondere die [↑]Arbeitskosten und einen Teil der Lohnnebenkosten. Ferner wirkt sich auch die weltwirtschaftliche Lage auf [↑]Wachstum und [↑]Konjunktur aus – und damit auf den Beschäftigungsstand.

Bei der Arbeitsmarktpolitik geht es darum, Arbeitslose zügig in [↑]offene Stellen zu vermitteln bzw. Arbeitslose durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen fit zu machen für die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Die Beschäftigungspolitik dagegen versucht, eine möglichst hohe Nachfrage nach Arbeitskräften herbei zu führen, um Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden oder um eine bestehende Arbeitslosigkeit abzubauen.

Es gibt zwei konkurrierende Konzepte der Beschäftigungspolitik: das keynesianische Konzept einer Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (vgl. [↑]Nachfragesteuerung; [↑]Keynesianismus); und das angebotspolitische Konzept der Verbesserung von Angebots- und Standortbedingungen (vgl. [↑]Angebotspolitik; [↑]Standort Deutschland). Im Rahmen des keynesianischen

Konzepts kann der Staat über die $\uparrow$ öffentlichen Haushalte zusätzliche $\uparrow$ Staatsausgaben tätigen und damit die Güternachfrage stützen (vgl. $\uparrow$ Haushaltspolitik). Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, dass er rasch wirkt und dass über höhere Staatsausgaben z.B. die Verkehrs- oder die Bildungsinfrastruktur (Schulen und Hochschulen) verbessert werden können. Nachteilig ist, dass dadurch die $\uparrow$ Staatsverschuldung steigt.



Im angebotspolitischen Konzept soll der Staat die Bedingungen für zusätzliche Arbeitsplätze verbessern. Da im Zuge des $\uparrow$ Strukturwandels viele Arbeitsplätze wegfallen, müssen zum Ausgleich dafür neue entstehen, wenn Arbeitslosigkeit vermieden werden soll. Dieser Ansatz hat den Vorteil, dass er die Unternehmen von Kosten entlastet und ihre Investitionsbereitschaft dadurch erhöht wird. Nachteilig ist, dass auf diesem Wege zunächst eine Umverteilung zugunsten der Unternehmen stattfindet (Erhöhung der Gewinne), bevor über höhere Beschäftigung und Einkommen auch die Arbeitnehmer davon profitieren.

Beide Ansätze der Beschäftigungspolitik zielen darauf ab, $\uparrow$ Konjunktur und $\uparrow$ Wachstum anzukurbeln, um dadurch eine höhere Arbeitskräftenachfrage seitens der Unternehmen zu bewirken. Das keynesianische Konzept versucht dies von der Nachfrage- und Ertragsseite her, das angebotspolitische Konzept von der Kostenseite her. In einem ausgewogenen Ansatz müssten beide Elemente berücksichtigt werden.

Betriebsrat Vertreter $\ddot{u}$ der Arbeitnehmer $\ddot{u}$ in Betrieben. Der B. vertritt die Interessen der Arbeitnehmer $\ddot{u}$ gegenüber der Betriebsleitung, er überwacht die für Arbeitnehmer $\ddot{u}$ geltenden Gesetze und Vorschriften; er nimmt auch Anregungen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen entgegen und unterstützt deren Belange. (Jugendvertreter $\ddot{u}$ gibt es in Betrieben, in denen mindestens fünf Jugendliche beschäftigt sind.) In Betrieben ab fünf Arbeitnehmern $\ddot{u}$ wird alle vier Jahre ein Betriebsrat gewählt. Bei fünf bis 20 Arbeitnehmern $\ddot{u}$ besteht der Betriebsrat aus einer Person. Bei größeren Unternehmen steigt die Zahl der Betriebsräte $\ddot{u}$ entsprechend. Ab 200 Arbeitnehmern wird ein Betriebsrat $\ddot{u}$ von der Arbeit freigestellt. Die Kosten trägt das Unternehmen. Im Öffentlichen Dienst heißt der Betriebsrat „Personalrat“.

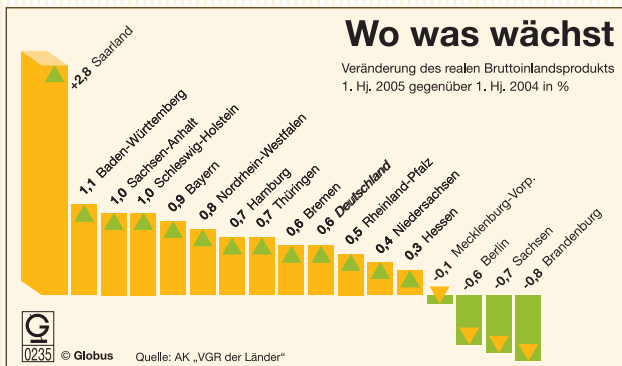
Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) Nach diesem Gesetz stehen den Arbeitnehmern $\ddot{u}$ verschiedene Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Betrieb und im Gesamtunternehmen zu. An ihrem Arbeitsplatz haben Arbeitnehmer $\ddot{u}$ individuelle Unterrichts-, Anhörungs- und Erörterungsrechte in Angelegenheiten, die sie unmittelbar betreffen (z.B. Arbeitsschutz, Lärmschutz usw.). Auf der Ebene des Betriebes bestehen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates, z.B. in Fragen der Arbeitszeit- und Urlaubsregelung, des Schichtbetriebes, der Lohngestaltung, Personalplanung usw. Neuerdings gehören auch die Themen betrieblicher Umweltschutz, Ausländerfeindlichkeit und Qualifizierung zu den Aufgaben der Betriebsräte. Bei der Wahrnehmung ihrer Interessen sollen Betriebsrat und Arbeitgeber $\ddot{u}$ vertrauensvoll zum Wohle der Arbeitnehmer $\ddot{u}$ und des Betriebes zusammenarbeiten (§ 2 BetrVG).

Binnenmarkt Wirtschaftsraum mit freiem Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für Personen; also ein Markt ohne Binnengrenzen, doch mit gemeinsamer Abgrenzung nach außen. Die ↑ Europäische Union ist heute ein Binnenmarkt.

BIP ↑ Bruttoinlandsprodukt

Börse Ursprünglich Treffplatz von Gewerbetreibenden und Händlern↗; inzwischen wird das Börsengeschäft, nämlich der Kauf und Verkauf von Wertpapieren (Aktien, festverzinsliche Rentenpapiere, Fondsanteile usw.) sowie von Waren (Gold, Kaffee, Kupfer usw.) von spezialisierten Maklern↗ besorgt.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) Die Wertschöpfung einer Volkswirtschaft im Zeitraum eines Jahres. Das deutsche BIP lag im Jahr 2005 bei 2.249 Mrd. €. Etwas ungenau wird die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung auch ↑ Sozialprodukt genannt. Gemeint ist damit die wertmäßige Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen, einschließlich der Wertschöpfung des öffentlichen Sektors.



Bundesanstalt für Arbeit ↑ Bundesagentur für Arbeit

Bundesbank ↑ Deutsche Bundesbank

Bundeskartellamt (BK) Bundesbehörde mit Sitz in Bonn; ihre Aufgabe ist der Schutz des Wettbewerbs. Das BK wendet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB; „Kartellgesetz“) an. Es kann z.B. Unternehmenszusammenschlüsse verbieten, wenn dadurch der Wettbewerb gefährdet wird. Wenn Unternehmen illegal ↑ Kartelle bilden, kann das BK saftige Strafen verhängen. Wegen der Ausweitung der Märkte (↑ Binnenmarkt) nimmt inzwischen der Wettbewerbskommissar ↗ der EU wesentliche Aufgaben der Wettbewerbsaufsicht wahr.

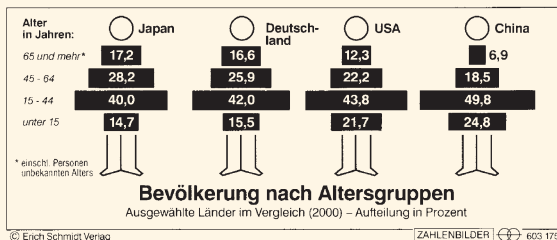
Bündnis für Arbeit Gesprächsrunde zwischen Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden; dieses Bündnis wurde 1996 mit dem Ziel eingerichtet, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland abzubauen und die Zahl der Ausbildungsplätze für Jugendliche zu erhöhen. Wesentliche Auswirkungen sind bislang ausgeblieben.

d

Deflation Gegenbegriff zu ↑ Inflation; bezeichnet ein sinkendes Preisniveau, meist verbunden mit einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung (Depression). Sinkende Preise können dazu führen, dass Konsumenten ↗ und Investoren ↗ abwarten, also Käufe zurückstellen, weil sie mit weiter sinkenden Preisen rechnen. Dadurch können sich Deflation und Depression selbst verstärken.

Demografische Entwicklung = Bevölkerungsentwicklung (Demografie = Bevölkerungswissenschaft). Während in den zurückliegenden Jahrzehnten die Bevölkerung zugenommen hat, wird aktuell damit gerechnet, dass sie stagniert und künftig zurückgeht. Dies wirkt sich aus auf Arbeitsmarkt, Sozialversicherungssysteme und Altersstruktur der Gesellschaft (alternde Gesell-

schaft). 1961 finanzierten 100 Rentenbeitragszahler 33 Rentner, 2001 waren es schon 44 Rentner, und im Jahr 2030 werden es 80 Rentner sein, die von 100 Rentenbeitragszahlern finanziert werden müssen.



Deregulierung Abbau staatlicher Vorschriften und Regulierungen, die den Wettbewerb behindern. Im Verkehrswesen (Bahn, Post, Speditionen), in der Telekommunikation, der Wasser-, Gas-, Elektrizitätsversorgung, aber auch im Handwerk und in vielen Freien Berufen (Ärzte, Notare usw.) galten lange Zeit besondere Regulierungen, die den Wettbewerb eingeschränkt haben. Zur Deregulierung gehört auch der Abbau bürokratischer Hemmnisse, d.h. dass z.B. Genehmigungsverfahren vereinfacht werden sollen, wenn neue Gewerbegebiete erschlossen werden.

Deutsche Bundesbank Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland. Sie war bis 1999 für die Geld- und Währungspolitik zuständig (die „Hüterin der Währung“). Seit die EWWU verwirklicht ist (1.1.1999), sind die meisten Zuständigkeiten auf die EZB übergegangen. Die Bundesbank ist seither Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB).

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Dachverband von acht Einzelgewerkschaften (IG Metall, IG Chemie, Ver.di, GEW usw.). Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten und versteht sich als „Stimme der Gewerkschaften gegenüber politischen Entscheidungsträgern“. Außerhalb des DGB gibt es noch die DAG (Deutsche Angestelltengewerkschaft), den DBB

(Deutscher Beamtenbund) sowie den CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund). In Deutschland sind rund ein Fünftel der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert.

Devisen Ausländische Währungen und sonstige Zahlungsmittel (Wechsel, Schecks), die auf ausländische Währungen lauten. Banknoten und Münzen fremder Währungen heißen „Sorten“.

Dienstleistungsgesellschaft Im Zuge des ↑ Strukturwandels ist die Industriegesellschaft von der Dienstleistungsgesellschaft abgelöst worden. Waren früher die meisten ↑ Erwerbstätigen im Industriesektor beschäftigt (in den „Schornsteinindustrien“), so liegt der Schwerpunkt von Wertschöpfung und Beschäftigung heute im Dienstleistungssektor; dort arbeiten schon fast doppelt so viele Leute wie in der Industrie. Der Strukturwandel geht also in Richtung tertiärer Sektor; dazu gehören Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen, private Dienstleistungsunternehmen, Gesundheit und Soziales sowie der Staatssektor.

Zwei Drittel der Erwerbstätigen sind im Dienstleistungssektor beschäftigt, noch mehr – fast drei Viertel – üben Dienstleistungstätigkeiten aus; auch in der Industrie (z.B. in Maschinenbauunternehmen) gibt es viele Beschäftigte, die Dienstleistungen erbringen; in der Metallindustrie sind dies inzwischen fast die Hälfte aller Beschäftigten.

Das Gewicht der Industriebranchen und die zugehörigen produzierenden Tätigkeiten gehen weiter zurück, während die Dienstleistungen anteilmäßig zunehmen. An die Stelle der Fabrikarbeit, die häufig auch körperliche Schwerarbeit war, tritt die Arbeit in Büros: Dort bearbeitet man Tasten: Telefongasten, Computertasten, Steuerungs- und Kontrolltasten usw. An die Stelle von Schweißen, Bohren, Fräsen und Montieren in Fabrikhallen treten Tätigkeiten wie Beraten, Lehren, Erziehen, Forschen und Entwickeln, Therapieren, Betreuen; das passiert in Büros, Praxen, Kanzleien, Kliniken, Schulen usw. Nach der Art von Dienstleistungen unterscheidet man zwischen unternehmensnahen, produktionsorientierten Dienstleistungen einerseits (Planung,

Design, Personalentwicklung, Marketing, EDV, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Wartung und Reparatur usw.) und konsumnahen, haushaltsbezogenen und sozialen Dienstleistungen andererseits (z.B. von Ärzten, Architekten, Rechtsanwälten, Friseuren, Vermögensberatern, Putzhilfen usw.). Neben vielen hochqualifizierten Experten gibt es in der Dienstleistungsgesellschaft auch viele schlecht bezahlte Jobs mit oftmals geringer sozialer Sicherung: Aushilfen im Einzelhandel, Haushaltshilfen und Küchenhilfen in Restaurants, Gebäudereiniger usw.

Die Dienstleistungsgesellschaft stellt neue Anforderungen an die Beschäftigten: höhere Qualifikationen, mehr Flexibilität, Bereitschaft zur eigenverantwortlichen und selbstorganisierten Tätigkeit. Arbeitsorganisation und Arbeitszeiten richten sich vermehrt nach den Auftragsschwankungen; entsprechend ist ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft gefordert. Auf der anderen Seite begünstigen diese flexiblen Arbeitsformen die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Alleinerziehenden.

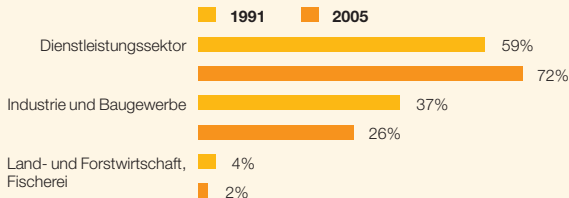
► Zunahme der Beschäftigung von 1997 bis 2010

Wirtschaftszweig	Absolut in 1000
Beratung, Planung, Werbung etc.	+ 950
Organisation ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	+ 420
Medien, Kunst, Unterhaltung, Verlage, Fotogewerbe etc.	+ 420
Gaststätten-, Beherbergungsgewerbe	+ 250
Gesundheits-, Veterinärwesen (Unternehmen, freie Berufe)	+ 250
Einzelhandel	+ 150
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlage (fast ausschl. Unternehmen und freie Berufe)	+ 150
Großhandel, Handelsvermittlung	+ 120
Wäscherei, Reinigung, Gebäudereinigung	+ 40
Friseur-, Körperpflegegewerbe	+ 40
Ausbaugewerbe	+30

IAB-Kurzbericht Nr. 9/1999, S. 3.

► Job-Motor Dienstleistung

Wie sich das Gewicht der Sektoren verschiebt. Anteile an der Gesamtbeschäftigung.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Dienstleistungssektor Handel und Verkehr, private Dienstleistungsunternehmen und der Staat bilden den Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor). Neuerdings wird davon ein [↑] „quartärer Sektor“ von wissensbasierten Dienstleistungen unterschieden.

Direktinvestitionen Um Auslandsmärkte zu beliefern, kann ein Unternehmen in Deutschland investieren, hier z.B. Autos produzieren und diese nach Südamerika exportieren. Oder es kann „direkt“ in der Exportregion investieren, z.B. in Mexiko Fabriken errichten, um von dort aus den südamerikanischen Markt zu beliefern. Direktinvestitionen ersetzen also traditionelle Exporte. Es gibt auch Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen auf dem Standort Deutschland. Weil durch Direktinvestitionen Arbeitsplätze geschaffen werden, bemühen sich viele Länder, ihre Standortbedingungen für ausländische Investoren attraktiv zu gestalten. Direktinvestitionen sind ein Motor der Globalisierung.

Duales System (der [↑] Berufsausbildung): Wenn Jugendliche in Deutschland einen Beruf erlernen, dann geschieht dies einerseits in ihrem Aus-

bildungsbetrieb, andererseits parallel dazu in der Berufsschule; diese beiden Einrichtungen wirken bei der Berufsausbildung zusammen. Im ↑Handwerk ergänzen überbetriebliche Ausbildungsstätten die Ausbildung im Betrieb.

e

Effizienz Wird mit geringem Gütereinsatz (Input) eine hohe Wertschöpfung (Output) erzielt, dann ist der Prozess effizient: er hat einen hohen Wirkungsgrad. Effizient nennt man auch eine Lösung, die optimiert ist und nicht mehr verbessert werden kann. (Zu unterscheiden von Effektivität = Wirksamkeit)

Eigenkapital Kauft jemand eine Eigentumswohnung, benötigt er dazu Eigenkapital; dieses muss aber nicht die gesamte Kaufsumme abdecken, sondern manchmal nur 40%; der Rest wird über Darlehen (Fremdkapital) finanziert. Bei Unternehmen ist es ähnlich; ein Teil des Kapitals, mit dem sie arbeiten, wird von den Eigentümern☹ aufgebracht – also Eigenkapital. Zusätzlich nehmen die meisten Unternehmen noch Fremdkapital auf (z.B. Bankdarlehen).

Eigentum Was Ihnen gehört und worüber Sie frei verfügen können, das ist Ihr Eigentum. Davon ist der bloße Besitz zu unterscheiden; Sie können z.B. ein Schulbuch besitzen, dessen Eigentümer die Schule ist. Nicht nur Sachen (Fahrrad, Grundstück, Maschinen usw.) können Eigentum sein, es gibt auch geistiges Eigentum (Patente, Autorenrechte/Copyrights, Rechte an Software-Programmen usw.). Politisch war lange umstritten, ob es Privateigentum an ↑Produktionsmitteln geben soll. Sozialisten☹ haben dies abgelehnt und Gemein- bzw. Staatseigentum an den Produktionsmitteln gefordert. Der Marktkapitalismus ist durch Privateigentum an Produktionsmitteln gekennzeichnet.

Einfuhr ↑Import

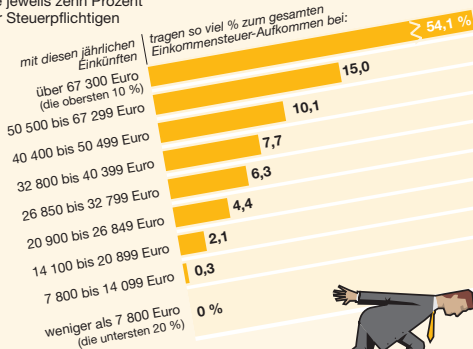
Einkommen Die häufigste Einkommensform ist das Arbeitseinkommen für ↑Erwerbstätigkeit. Daneben gibt es Einkommen aus ↑Vermögen, z.B. Zins-einkommen, Mieteinkommen, oder auch Einkommen aus geistigem Eigen-tum, z.B. aus Patenten und Lizenzen; auch Dividenden aus ↑Aktienver-mögen zählen zum Einkommen. Bei Unternehmern und Selbständigen fallen ↑Gewinne an, wenn ihre Erträge höher sind als die Kosten. Einkommen zu erzielen ist der Zweck der Erwerbstätigkeit. Es kann für Konsumzwecke verwendet werden oder zur Vermögensbildung gespart werden.

Einkommensteuer Wer ↑Einkommen hat, ist steuerpflichtig; er muss einen Teil seines Einkommens an den Staat abtreten, sofern das zu versteu-ernde Einkommen über einer bestimmten Höhe liegt. Der aktuelle Grundfrei-betrag liegt seit 2005 bei 7.664 € für Ledige, 15.329 € für Verheiratete. Wer weniger verdient, muss keine Einkommensteuer bezahlen, wer mehr verdient, muss 15% Steuern entrichten. Dieser Steuersatz ist der Einstiegstarif. Bei weiter steigendem Einkommen müssen nun nicht einfach proportional mehr Steuern abgeführt werden, also konstant 15% des zu versteuernden Einkommens, vielmehr steigt bei höherem Einkommen der Steuertarif selbst mit an: die Ein-kommensteuer ist also progressiv ausgestaltet (Steuerprogression; vgl. Tabelle S. 40). Der zu entrichtende Steuerbetrag erhöht sich überproportional mit steigendem Einkommen; zurzeit liegt der Spitzensteuersatz bei 42%; er gilt ab einem Jahreseinkommen von 52.151 €.

Die Einkommensteuer ist die wichtigste Steuer für den Staat. Im Jahr 2005 erbrachte sie rund 162 Mrd. €; das sind mehr als 36% der gesamten Steuer-einnahmen des Staates. Die Einkommensteuer ist nicht nur von privaten Per-sonen (privaten Haushalten) zu entrichten, sondern auch von Einzelunter-nehmern und Personengesellschaften. Der Einkommensteuer unterliegen prinzipiell alle ↑Einkommen; die Einkünfte müssen in einer Einkommen-steuererklärung angegeben werden. Wer hierbei absichtlich falsche Angaben macht, begeht Steuerhinterziehung und kann dafür bestraft werden.

Einkommensteuer:**Wer trägt welche Last?**

Die jeweils zehn Prozent
der Steuerpflichtigen



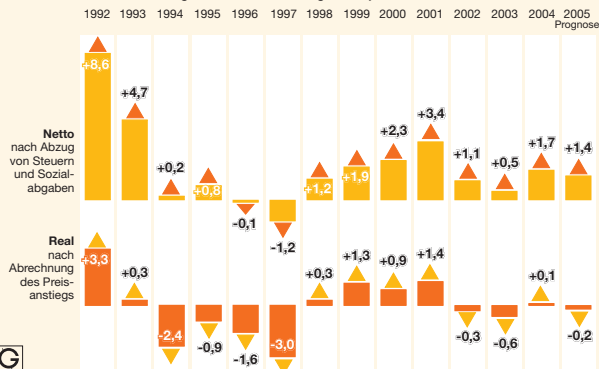
Quelle: iw, BMF

Stand 2005

© Globus 0592

Illusion beim Lohn

Durchschnittliche Veränderung der Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Deutschland in %



© Globus

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Berlin

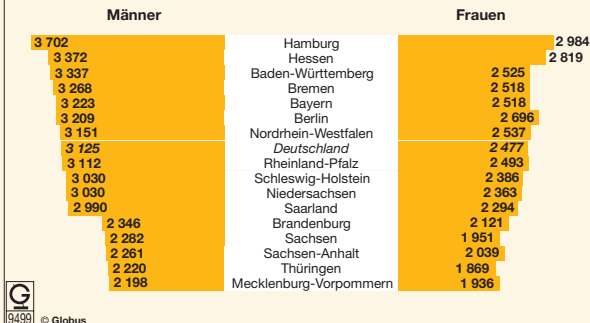
► Einkommenssteuertarife 2001 – 2006

Jahr	Spitzensteuersatz	Eingangssteuersatz	Grundfreibetrag
2001	48,5%	19,9%	7206 €
2002	48,5%	19,9%	7235 €
2004	47,0%	17,0%	7426 €
2006	42,0%	15,0%	7664 €

Den aktuellen Stand finden Sie unter: www.bundesfinanzministerium.de

Verdienen in Deutschland

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Frühjahr 2004 in Euro



Einkommensverteilung In jeder Gesellschaft gibt es Reiche, Arme und solche, die sich dazwischen befinden. „Arm“ und „reich“ kann man einerseits auf das Einkommen beziehen, andererseits auf das Vermögen. In Marktgesellschaften folgt die Einkommensverteilung aus der unterschiedlichen Entlohnung von Arbeitsleistungen. Die sehr ungleiche Marktverteilung der Ein-

kommen (Primärverteilung) wird durch staatliche Umverteilung etwas ausgeglichen. Reiche müssen überproportional mehr ↑Einkommensteuern und höhere Sozialabgaben bezahlen, die dann den Ärmern zugute kommen (in der Form von öffentlichen Gütern wie Schulbildung, aber auch als Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld usw.)

Entlassung Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses durch den Arbeitgeber. (Vgl. ↑Kündigung)

Entwicklungshilfe Zielt auf Förderung der weniger entwickelten Länder; vor allem den besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen soll ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. Entwicklungshilfe besteht aus unmittelbaren Finanzhilfen (Übertragungen von reichen in arme Länder), zunehmend auch in der „wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit“ einschließlich Aus- und Fortbildung. Nach einem UN-Beschluss sollen die reichen Länder 0,7% ihres ↑BIP für Entwicklungshilfe aufwenden; die wenigsten Länder haben dieses Ziel bisher erreicht. Die Bilanz der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe ist enttäuschend. Wichtiger als „Hilfe“ erscheint eine faire Partnerschaft mit den Entwicklungsländern im Welthandel, also z.B. beim Zugang zu den Märkten der Industrieländer.

Erwerbsarbeit Viele menschlichen Tätigkeiten werden als ↑Arbeit empfunden, doch nur ein Teil davon ist Erwerbsarbeit, also darauf gerichtet, ein Erwerbseinkommen zu erzielen. Eine Hausfrau oder ein Hausmann z.B. verrichtet Arbeiten (Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Gartenarbeit), bekommt dafür aber keinen ↑Lohn. Bei der Erwerbsarbeit handelt es sich in der Regel um Berufsarbeit; sie stellt körperliche und geistige Anforderungen und ist manchmal mühsam; unter günstigen Bedingungen trägt sie aber auch zur Selbstverwirklichung einer Person bei. Seit längerem findet ein Wandel von körperlichen zu geistig-nervlichen Anforderungen bei der Erwerbsarbeit statt. Mit dem technischen Wandel verändern sich sowohl die Erwerbstätigkeiten als auch die ↑Qualifikationsanforderungen.

Erwerbspersonen Die Bevölkerung setzt sich aus den beiden großen Gruppen der Erwerbspersonen und der Nicht-Erwerbspersonen zusammen. Zu den Nicht-Erwerbspersonen gehören Junge und Alte sowie Leute in Ausbildung und Studium. Zu den Erwerbspersonen gehören Menschen im erwerbsfähigen Alter (16 bis 64), die eine Erwerbstätigkeit ausüben oder suchen (also ↑Erwerbstätige und ↑Arbeitslose). Nicht dazu gehören Personen dieser Altersgruppe, die sich in Ausbildung/Studium befinden oder nicht auf Erwerbstätigkeit orientiert sind (z.B. Hausfrauen, erwerbsunfähig Erkrankte usw.). Erwerbspersonen März 2006: 42,08 Mio.

Erwerbstätige ↑Erwerbspersonen, die als ↑abhängig Beschäftigte oder als ↑Selbständige tatsächlich eine Erwerbstätigkeit ausüben und ein Erwerbseinkommen beziehen. Erwerbstätige März 2006: 38,36 Mio.



Euro (€) Gemeinsame europäische Währung und gesetzliches Zahlungsmittel in bislang 12 Mitgliedsstaaten der ↑EU. Die Euro-Banknoten und -Münzen wurden am 1. Januar 2002 eingeführt. Damit ging die Zuständigkeit für die ↑Geldpolitik von den nationalen Zentralbanken auf die ↑Europäische Zentralbank über. Die einheitliche europäische Währung vollendet die ↑Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Slowenien wird am 1.1.2007 den Euro als Zahlungsmittel einführen.

Europäische Gemeinschaft (EG) Die EG setzte sich aus drei Gemeinschaften zusammen, nämlich der ↑EWG (Europäische Wirtschaftsgemein-

schaft), Euratom (Europäische Atomgemeinschaft) und Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl). Die politischen Organe dieser drei Gemeinschaften sind die EG-Kommission, der Europäische Rat sowie das Europäische Parlament. Kern der EG war die EWG mit dem Ziel, einen Gemeinsamen Markt zu schaffen (↑WWU). ↑Europäische Union.

Europäische Union (EU) In zwei großen Vertragswerken – dem Maastrichter Vertrag von 1992 und dem Vertrag von Amsterdam 1997 – wurde die ↑EG zur EU ausgebaut. Kern der Union ist weiterhin die EG, doch wurden die drei Gemeinschaften um eine Reihe von gemeinsamen Politikbereichen ergänzt (insbesondere eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – GASP). Seit der Erweiterung von 2004 zählt die EU 25 Mitgliedstaaten.

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ↑WWU

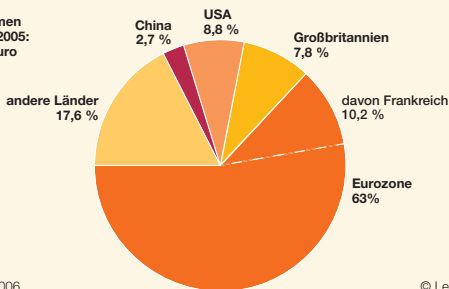
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Ziel der Gründung der EWG im Jahr 1957 war der Abbau von Zöllen und Handelsschranken, die Freizügigkeit von Gütern, Kapital und Personen (Niederlassungsfreiheit) sowie die gegenseitige Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik. Es ging den Mitgliedsländern darum, einen Gemeinsamen Europäischen Markt zu schaffen und die Bereiche der gemeinsamen Politik auszuweiten. Diese Ziele wurden 45 Jahre später mit der ↑WWU und dem ↑Euro weitgehend erreicht.

Europäische Zentralbank (EZB) Zentralbanken regeln die Geldversorgung der Wirtschaft und sind verantwortlich für die Geldpolitik. Früher war die Deutsche Bundesbank die „Hüterin der DM“, seit 1999 ist die EZB (in Frankfurt) die Hüterin des Euro. Die wichtigste Aufgabe einer Zentralbank ist es, Inflation zu vermeiden (die Verbraucherpreise sollten um höchstens zwei Prozent pro Jahr steigen). Geldpolitische Entscheidungen werden vom EZB-Rat getroffen, zu dem das Direktorium sowie die Zentralbankpräsidenten²³ der einzelnen Mitgliedsstaaten gehören.

Export Ausfuhr von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Gegenbegriff: **Import**

► Ziele deutscher Ausfuhren 2005

Gesamtvolumen der Exporte 2005: 786,2 Mrd. Euro

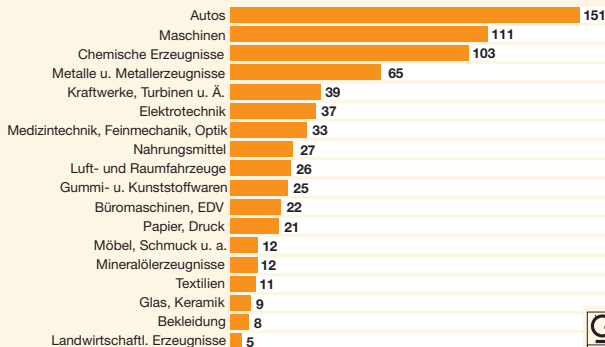


Quelle: SBA 2006

© Leitwerk 2006

Deutschlands Export-Palette

Ausfuhren 2005 in Milliarden Euro



Quelle: Stat. Bundesamt

© Globus

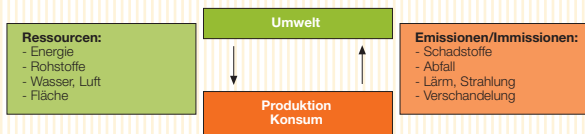


Externe Effekte Wenn jemand mit einem knatternden Motorrad herumfährt, beschränken sich die Auswirkungen dieses Verhaltens nicht auf den Motor-

radfahrer☺; vielmehr gibt es neben den internen Effekten (Fortbewegung und Spaß) auch externe Effekte: Lärm, Abgase, Verbrauch begrenzter Ressourcen (Erdöl), Unfälle usw. Auch wenn eine Fabrik giftige Produktionsabwässer in einen Fluss einleitet, hat dies negative externe Effekte auf Mensch und Natur. Entscheidend ist dabei, dass der Verursacher☺ die Kosten seiner externen Effekte nicht trägt, sondern anderen auflastet. Außer den negativen gibt es auch positive externe Effekte: Die Forstwirtschaft produziert nicht nur Holz, sondern der Wald trägt auch zu einem besseren Klima bei (ohne dass dies der Holzwirtschaft vergütet würde).

Weil externe Effekte die natürliche Umwelt belasten und die Mitmenschen belästigen, kommt es darauf an, sie zu internalisieren, d.h. den Verursachern anzulasten. Dies geschieht z.B. durch Umweltsteuern und -Abgaben, durch Lärmschutzvorschriften, technologische Auflagen, Gebote und Verbote.

► Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Umwelt



© G. Willke

f

Finanzmarkt Wer Wertpapiere kaufen will, um seine Ersparnisse anzulegen, geht zu seiner☺ Bank oder Sparkasse und erteilt einen Kaufauftrag. Alle Kauf- und Verkaufsaufträge werden an die Finanzmärkte weiter geleitet und dort ausgeführt. Es gibt Finanzmärkte für Wertpapiere und Aktien (↑ Börsen), für Hypotheken, Kapitalbeteiligungen, Währungen usw. Allgemein gesagt koordinieren Finanzmärkte das Angebot an und die Nachfrage nach ↑ Geld und ↑ Kapital. Im Zuge der ↑ Globalisierung werden die ↑ internationalen Finanzmärkte immer wichtiger.

Finanzpolitik Die ↑ öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und EU finanzieren sich über Steuern und Abgaben; damit werden öffentliche Güter bereitgestellt: Schulen, Polizei, Straßen, Krankenhäuser, Sozialämter usw. Die Finanzpolitik umfasst Entscheidungen über die Höhe von Steuern und Abgaben sowie über Art und Umfang der öffentlichen Güter, die damit beschafft werden. Darüber hinaus kann die Finanzpolitik Beiträge zu drei weiteren politischen Zielen leisten: a) zur Umverteilung der Einkommen, z.B. über eine progressive ↑ Einkommensteuer und ↑ Transferleistungen; b) zur Ökologie, z.B. über Umwelt- oder Energiesteuern, und c) zur Konjunkturstabilisierung, z.B. über eine Erhöhung der Staatsausgaben.

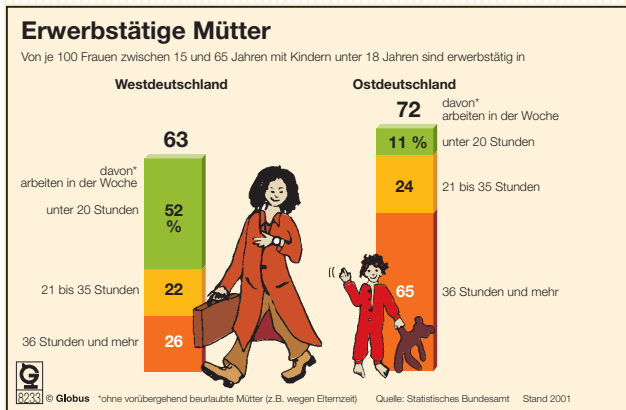
Flexibilisierung (Arbeitszeit-Flexibilisierung) Viele Arbeitnehmer*innen können heute selbst entscheiden, wann ihr Arbeitstag beginnt: Es gibt eine „Gleitphase“ z.B. zwischen 7 und 9.30 Uhr. Ab 9.30 Uhr beginnt die Kernzeit, in der alle da sein müssen, und gegen Ende des Arbeitstages, z.B. ab 15.30 Uhr, schließt sich wieder eine Gleitphase an, innerhalb der die Beschäftigten bestimmen können, wann sie Feierabend machen. Immer mehr Betriebe und Ämter lösen sich von starren Arbeitszeiten; heute arbeitet die Mehrheit der Erwerbstätigen flexibel.

Für die Unternehmen haben flexiblere Arbeitszeiten den Vorteil, dass Schwankungen im Geschäftsverlauf ausgeglichen und (teure) Überstunden vermieden werden können; Arbeitnehmer*innen können die Vorteile eigener Entscheidungsspielräume und größerer „Zeitsouveränität“ nutzen. Die Stoßzeiten des Berufsverkehrs werden entzerrt, Arztbesuche und Behördengänge können außerhalb der Arbeitszeit erledigt und die Freizeit kann beweglicher gestaltet werden; insbesondere Frauen können Familie und Berufstätigkeit besser miteinander vereinbaren. (↑ DGB: „Arbeitszeit-Flexibilisierung/Teilzeit ist beste Familienpolitik“.) Neben dem Arbeitstag sind inzwischen auch die Wochen- und Jahresarbeitszeiten flexibler gestaltet.

Eine wesentliche Ursache der Arbeitszeit-Flexibilisierung ist die allgemeine Verkürzung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten von 1.885 Stunden im Jahr 1970 auf 1.351 Stunden im Jahr 2005. Um die teuren Produktions-

anlagen besser auszunutzen, werden die Maschinenlaufzeiten von den Arbeitszeiten der Beschäftigten entkoppelt. Statt starrer Achtstundenschichten können dann z.B. zwei Schichten à sieben Stunden oder drei Teilzeitschichten à vier Stunden gefahren werden.

Auch die Beschäftigungsformen sind heute stark flexibilisiert. Neben dem Normalarbeitsverhältnis gibt es befristete Erwerbsarbeit, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit (Zeitarbeit), Heimarbeit usw. (vgl. Übersichten S. 47 und 51).



Frauenerwerbstätigkeit Knapp zwei Drittel aller Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64) sind erwerbstätig; im Jahr 2002 lag die Frauenerwerbsquote bei 66,8% (Männer: 80,4%). In den letzten Jahrzehnten ist die Erwerbsquote der Frauen kontinuierlich gestiegen, während die der Männer leicht gefallen ist. International gesehen liegt die deutsche Frauenerwerbsquote im Mittelfeld; in Skandinavien z.B. ist sie deutlich höher. Eine beträchtliche Hemmschwelle besteht für viele Frauen darin, nach der Familienphase wieder ins Erwerbsleben einzusteigen.

Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt ist stetig gewachsen;

er lag 2005 bei 45%. Im Wesentlichen ist dabei die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen gestiegen. Eine große Rolle spielt die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Nur bei aktiver Unterstützung durch die (ihre) Männer, vor allem bei der Hausarbeit und der Kinderbetreuung, sowie durch die Unternehmen (z.B. Betriebskindergärten) haben Frauen eine Chance auf Gleichstellung im Erwerbsleben.

Frauen sind überwiegend im Büro, im Gesundheitsdienst und im Verkauf tätig. In dem Maße jedoch, wie das Qualifikationsniveau der Frauen steigt, erweitert sich auch die Bandbreite der Berufe und Tätigkeiten von Frauen. Im Wintersemester 1996/97 begannen erstmals mehr Frauen als Männer ein Hochschulstudium.

Freiberufler (freie Berufe) Ärzte, Krankengymnasten, Rechtsanwälte, Apotheker, Steuerberater usw. gehören zu den Freiberuflern, soweit sie selbständig und in einer eigenen Praxis, Kanzlei usw. arbeiten (Gegenbegriff: ↑abhängig Beschäftigte)

friktionelle Arbeitslosigkeit ↑Arbeitslosigkeit

Fusion Zusammenschluss von bislang selbständigen Unternehmen zu einem neuen, größeren Unternehmen. Fusionen können den Wettbewerb beeinträchtigen. Großfusionen müssen deswegen dem ↑Bundeskartellamt gemeldet werden.

g

GATS= General Agreement on Trade in Services ↑WTO-Vereinbarung (1995) über eine Liberalisierung (Marktöffnung und Abbau von Handelshemmnissen) bei international gehandelten Dienstleistungen.

GATT = General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Vereinbarungen mit dem Ziel, Zölle zu senken, Handels-

schränken abzubauen, die internationale Arbeitsteilung zu fördern und die Entwicklungsländer besser in die Weltwirtschaft zu integrieren. Das GATT ist inzwischen als Institution von der [↑]WTO abgelöst worden.

Gehalt Die meisten Erwerbstätigen beziehen heute ihr Arbeitseinkommen in der Form eines monatlich ausbezahlten Gehalts. Zum regulären Gehalt kommen häufig noch Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Prämien) dazu. Im Jahr 2005 beliefen sich die Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer[☞] in Deutschland auf durchschnittlich 2.744 € pro Monat. Vergl. [↑]Lohn.

Geld Wenn Sie etwas kaufen, bezahlen Sie entweder mit Bargeld (Münzen und Banknoten) oder mit Karte, also mit Giralgeld; diese Geldform wird so genannt, weil Sie damit über ein Girokonto verfügen (auf dem sich hoffentlich ein Guthaben befindet). Geld ist das Tauschmittel bei wirtschaftlichen Transaktionen (Kauf und Verkauf) und das alleinige allgemeingültige (gesetzliche) Zahlungsmittel.

Geldentwertung Ein steigendes [↑]Preisniveau bedeutet [↑]Inflation, und bei Inflation sinkt der Wert des Geldes. Beispiel: Wenn ein Brötchen 50 Cent kostet, bekommen Sie 20 Brötchen für 10 €. Steigt der Preis des Brötchens auf 55 Cent, dann bekommen Sie für Ihre 10 € weniger Güter (Sie können ja mal ausrechnen, wie viele Brötchen es dann noch gibt). Inflation führt also zur Entwertung der Kaufkraft des Geldes: Man bekommt real weniger für das Geld.

Geldmenge Wenn Sie feststellen wollen, über welche Geldmenge Sie persönlich verfügen, müssen Sie entscheiden, was dazu zählen soll. Üblicherweise gehört das Bargeld und das Geld auf Giro- und Sparkonten dazu. Für die gesamtwirtschaftliche Geldmenge gibt es unterschiedliche Definitionen; die engste setzt sich aus dem Bargeldbestand und den Beständen auf Girokonten zusammen. Die weiteren Definitionen beziehen auch noch Spareinlagen und sonstige Geldanlagen mit längeren Kündigungsfristen ein.

Geldpolitik Ziel der Geldpolitik ist die $\uparrow$ Geldwertstabilität, also die Verhinderung von $\uparrow$ Inflation. Daneben soll die Geldpolitik die allgemeine $\uparrow$ Wirtschaftspolitik unterstützen. Zuständig für die Geldpolitik ist die Zentralbank; bis 1999 war dies die Deutsche Bundesbank, mit der Einführung der Gemeinschaftswährung Euro ist die geldpolitische Zuständigkeit auf die $\uparrow$ Europäische Zentralbank (EZB) übergegangen. Die wichtigsten Instrumente der Geldpolitik sind Erhöhung/Senkung der Leitzinsen und die Steuerung der $\uparrow$ Geldmenge.

Geldwertstabilität Der Wert des $\uparrow$ Geldes ist nur dann stabil, wenn das $\uparrow$ Preisniveau nicht steigt, wenn es also keine $\uparrow$ Inflation gibt. Aufgabe der $\uparrow$ Geldpolitik ist es, den Geldwert stabil zu halten, indem Inflation vermieden bzw. möglichst gering gehalten wird. (Stabilitätsziel der $\uparrow$ EZB: weniger als 2% Inflation)

Generationenvertrag Angenommen, Sie haben eine Großmutter, die Rente bezieht. Wer bezahlt eigentlich diese Rente? Sie werden sagen: ja, die Rentenversicherung, schließlich hat Großvater einbezahlt, als er noch erwerbstätig war. Schon richtig; aber was der Großvater vor 10 oder 20 Jahren einbezahlt hat, haben die damaligen Rentner:innen bekommen; davon ist nichts mehr übrig. Tatsächlich werden die heutigen Renten von denen finanziert, die heute erwerbstätig sind und Rentenbeiträge einbezahlen. Die jüngere Generation der heutigen Erwerbstätigen finanziert die ältere Generation der heutigen Rentner:innen; in 30 Jahren, wenn die jetzigen Erwerbstätigen Rentner:innen sind, werden diese von der nachfolgenden Generation finanziert. Diese Regelung nennt man Generationenvertrag: Es handelt sich um einen (virtuellen) Vertrag zwischen den Generationen, der beinhaltet, dass die jeweils Erwerbstätigen die Rentnergeneration „mittragen“. Probleme ergeben sich bei dieser Regelung, wenn bei schrumpfender Bevölkerung die Zahl der Erwerbstätigen ab- und die Zahl der Rentner:innen zunimmt ($\uparrow$ demografische Entwicklung). Deswegen sollten junge Leute, wenn sie ins Erwerbsleben eintreten, die gesetzliche Altersvorsorge durch eine private Vorsorge und Vermögensbildung ergänzen.

Geringfügige Beschäftigung Sie haben vermutlich schon des öfteren gejobbt; dann wissen Sie, dass der Monatsverdienst unterhalb einer bestimmten Grenze liegen sollte, weil sonst Steuern und Abgaben fällig sind. Von geringfügiger Beschäftigung spricht man, wenn die Grenze von 400 € monatlich nicht überschritten wird. Dann muss allein der ↑Arbeitgeber⚡ einen Pauschalbetrag von 25% abführen (Krankenversicherung 11%, Rentenversicherung 12% und Steuern 2%) (siehe auch Mini-Job).

Die Minijobber

Geringfügig Beschäftigte in Deutschland
(jeweils Jahresende in Mio.)

2003 2004 2005



Branchen mit dem höchsten Anteil
an geringfügig Beschäftigten
in % (Juni 2005):



Quelle: Minijobzentrale, Institut für Wirtschaftsforschung Halle

© Globus 0599

Gewerkschaft Eine Gewerkschaft ist der Zusammenschluss von Arbeitnehmern⚡ einer bestimmten Branche zu dem Zweck, die Interessen der Arbeitnehmer⚡ gegenüber den Arbeitgebern⚡ (und auch gegenüber der Politik) wirkungsvoll zu vertreten. Die Gewerkschaft ist ↑Tarifvertragspartei; als solche führt sie ↑Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und schließt ↑Tarifverträge ab. Um in diesen Verhandlungen Druck auszuüben, können Gewerkschaften zum Mittel des ↑Streiks greifen. (Die Arbeitgeberseite kann dies mit ↑Aussperrungen beantworten)

Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist freiwillig; Gewerkschaftsmitglieder zahlen Beiträge, die sich nach der Höhe des Bruttolohnes richten. Acht große Einzelgewerkschaften sind im Dachverband des [↑]Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zusammengeschlossen; daneben gibt es eigene Gewerkschaften der Angestellten (DAG) und der Beamten (DBB) sowie einen Christlichen Gewerkschaftsbund. Der Organisationsgrad (Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer  an allen abhängig Beschäftigten) schwankt je nach Einzelgewerkschaft, insgesamt liegt er heute bei rund 20% (mit fallender Tendenz). Auf betrieblicher Ebene gibt es in der Regel eine enge Kooperation zwischen Gewerkschaft und Betriebsrat, wenngleich beide formal voneinander unabhängig sind. In größeren Betrieben nehmen Vertrauensleute die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder wahr. Umfragen zufolge sieht rund die Hälfte der Bevölkerung die Gewerkschaften als Verteidigerinnen sozialer Errungenschaften. 40% sehen ihre Rolle hingegen darin, nötige Reformen zu verhindern. (Und wie sehen Sie das?)

Gewinn Um eine Klassenfahrt zu finanzieren, organisieren Sie eine Disco; der Gewinn soll in die Klassenkasse gehen. Wie errechnet man den Gewinn? Als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben: das ist der Bruttogewinn. Ein Unternehmen muss den Gewinn versteuern, dann bleibt der Nettogewinn übrig. Gewinnmaximierung gilt als Ziel marktorientierter Unternehmen; Kritiker sagen dazu Profitmaximierung ([↑]Profit). (Sie können mal überlegen, worin das Unternehmensziel bestehen sollte – wenn nicht in der Gewinnmaximierung)

Gleichstellung (von Frau und Mann) Frauen sind im Wirtschaftsleben (und anderswo) benachteiligt. So sind z.B. die Verdienst- und Karrierechancen von Frauen geringer als bei Männern; die meisten Führungspositionen sind von Männern besetzt; die Kinder- und Hausarbeit ist ungleich aufgeteilt usw. Um die Chancen der Frauen zu verbessern, wurden in vielen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen Gleichstellungsprogramme eingeführt. Damit sollen Benachteiligungen beseitigt und Frauen unterstützt werden, z.B. Führungspositionen zu übernehmen.

Globalisierung Der Kern der Globalisierung ist die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft. Viele Großunternehmen haben sich zu ↑Transnationalen Unternehmen (TNU) gewandelt; sie sind weltweit tätig und haben Niederlassungen und Produktionsstätten in allen wichtigen Ländern der Erde. Im Gefolge dieser wirtschaftlichen Verflechtung breiten sich auch bestimmte Lebensstile und kulturelle Muster weltweit aus. Der internationale Tourismus tut ein Übriges. Ursachen der Globalisierung sind zum einen rasante Verbesserungen der Kommunikationstechnologien und des Transportwesens, die zu beträchtlichen Kostensenkungen geführt haben; zum anderen die fortschreitende ↑Deregulierung der Weltwirtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die ↑GATT-Konferenzen und später die ↑WTO Zollsenkungen die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse vorangetrieben; dies brachte eine starke Ausweitung der Welthandelsströme mit sich. Der Fall der Mauer und das Ende des Ost-West-Konflikts lösten einen weiteren Globalisierungsschub aus.

Eine wichtige Auswirkung der Globalisierung ist der sich verschärfende ↑Standortwettbewerb. Kritiker☹ halten die Globalisierung für entgrenzten Marktkapitalismus. Jetzt müssten die Erwerbstätigen in Deutschland mit den Hungerlöhnen in manchen ↑NICs konkurrieren. Der globale Wettbewerb habe zerstörerische Wirkungen auf gewachsene Sozialstrukturen, eigenständige alte Kulturen und die natürliche Umwelt: »Wenn Globalisierung ohne Regeln neoliberal vorangetrieben wird, bleibt unsere Welt ökologisch und sozial auf der Strecke« (sagte Fritz Kuhn, damals Parteichef der Grünen). Dem steht entgegen, dass es heute den Ländern am besten geht, die sich dem Weltmarkt geöffnet haben und an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung partizipieren (siehe auch: pocket global, bpb 2004).

Gruppenarbeit Arbeiten in Teams wird immer wichtiger, weil komplexe Aufgaben nur durch Zusammenarbeit mehrerer Fachleute gelöst werden können. Auch in der industriellen Fertigung ist in vielen Bereichen die Einzelarbeit am Fließband durch die Arbeit in selbstverantwortlichen Gruppen abgelöst worden.

Gut ↑Wirtschaftsgut

Gütermarkt Für Marktwirtschaften ist charakteristisch, dass die ↑Wirtschaftsgüter auf Märkten gehandelt werden. Dort bilden sich ↑Preise. Diese Preise bestimmen die Mengen, die produziert und gekauft werden. Neben Gütermärkten gibt es ↑Arbeitsmärkte, Geld- und Kapitalmärkte, Immobilienmärkte usw.

h

Handel Zwischen den produzierenden Unternehmen und den Endverbrauchern (Konsumenten) steht vermittelnd der Handel (Groß- und Einzelhandel sowie der Außenhandel mit dem Ausland). Hauptaufgabe von Handelsbetrieben ist die Verteilung der Güter an die Orte des kaufkräftigen Bedarfs.

Handelsbilanz Importe und Exporte von Waren werden in der Handelsbilanz erfasst; sie ist Teil der ↑Zahlungsbilanz. Deutschland hat seit Jahrzehnten eine positive Handelsbilanz, also einen Exportüberschuss bei den Waren (vgl. S. 24). Im Unterschied dazu ist der Saldo bei den Dienstleistungen negativ.

Handelshemmnisse Im internationalen Güterverkehr bestehen Handelshemmnisse, z.B. Zölle, Sicherheits-, Umwelt- und Gesundheitsvorschriften, Zulassungsregelungen, technische Vorgaben, sowie Import- und Exportverbote. Ziel internationaler Organisationen wie ↑GATT und der ↑WTO ist der Abbau von Handelshemmnissen, um die Weltwirtschaft zu fördern.

Handwerk In Deutschland gab es Ende 2004 genau 887.093 Handwerksbetriebe mit fast 4,96 Mio. Erwerbstätigen und mehr als 477.000 Auszubildenden (das sind über 1/3 aller Lehrlinge). Das Handwerk ist mittelständisch geprägt (überwiegend kleine und mittlere Betriebe) und ein vielseitiger Wirtschaftsbereich.

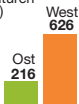
Hartz-Kommission Um die $\uparrow$ Arbeitsmarktpolitik und die $\uparrow$ Bundesagentur für Arbeit zu reformieren, setzte die Bundesregierung 2002 eine Kommission ein (der Vorsitzende hieß Dr. Peter Hartz). Mehrere Vorschläge der Kommission wurden auch umgesetzt, z.B. die zügigere Vermittlung von Arbeitslosen durch „Personal-Service-Agenturen“, die Neuregelung von $\uparrow$ Mini-Jobs und die Förderung von Existenzgründungen (Ich-AGs). Siehe auch Arbeitslosengeld II.

Arbeitsmarkt-Reformen: Hartz I und II

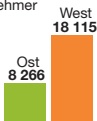
Hartz I in Kraft getreten: 1. Januar 2003 · Die wichtigsten Regelungen:

- Arbeitnehmer müssen sich im Falle einer Kündigung frühzeitig beim Arbeitsamt melden (gilt seit 1.7.03)
- Die Arbeitsämter richten Personal-Service-Agenturen (PSA) ein. Sie sollen „ihre“ Zeit-Arbeitnehmer möglichst schnell in reguläre Arbeitsverhältnisse vermitteln.
- Die Zeitarbeitsvorschriften werden gelockert; gleichzeitig wird ein Tariflohn vereinbart.

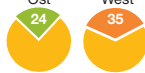
Zahl der
Personal-Service-
Agenturen
(PSA)



Zahl der
PSA-Arbeit-
nehmer



Von je 100 Arbeitnehmern, die eine PSA verlassen haben, sind in ein reguläres Arbeitsverhältnis vermittelt worden (durchschnittliche Integrationsquote):



Stand Juli 2004 Quelle: BA

Hartz II in Kraft getreten: 1. Januar 2003 · Die wichtigsten Regelungen:

- Einrichtung von Job-Centern: Dort erhalten Arbeit Suchende Förderung und Vermittlung aus einer Hand
- Zuschüsse für Ich-AGs: 1. Jahr 600 Euro monatlich, 2. Jahr 360 Euro, 3. Jahr 240 Euro
- Minijobs: Grenze der geringfügigen Beschäftigung auf 400 Euro pro Monat angehoben. Arbeitgeber zahlt pauschal 25 Prozent für Steuern und Sozialabgaben (private Haushalte 12 Prozent), für Arbeitnehmer abgabenfrei

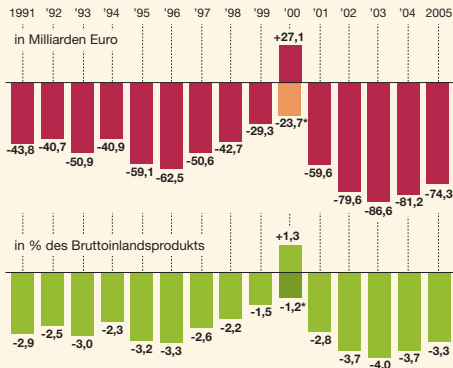
© Globus



Haushaltsdefizit Wenn die Steuereinnahmen der $\uparrow$ öffentlichen Haushalte wegen schlechter Wirtschaftslage zurückgehen, die Staatsausgaben aber nicht verringert werden, dann ergibt sich eine Finanzierungslücke: Einnahmen < Ausgaben = Defizit. Der Staat kann ein solches Haushaltsdefizit auch bewusst herbeiführen, indem er die Ausgaben erhöht, um die $\uparrow$ Konjunktur anzukurbeln. (Vgl. $\uparrow$ Konjunkturpolitik)

Staat in den roten Zahlen

Finanzierungssaldo des Staates



Quelle: Statistisches Bundesamt

*ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen

© Globus 0439

Haushaltseinkommen Wissen Sie, wie hoch das Monatseinkommen Ihres Haushalts ist? Oder unterliegt das der Geheimhaltung? Im Durchschnitt liegt das Netto-Haushaltseinkommen (alle Einkommensarten wie Arbeitsverdienst, Zinsen, Mieten usw. abzüglich Steuern und Sozialabgaben) von Angestellten-Haushalten im Jahr 2003 bei 3.470 € im Monat.

Haushaltspolitik ↑Finanzpolitik

Hochkonjunktur ↑Konjunktoren sind eine Abfolge von Auf- und Abschwüngen. Ein stark ausgeprägter Aufschwung wird auch als Hochkonjunktur oder Boom bezeichnet.

Humankapital (lat: humanum= menschlich). Wenn Sie gerade eine Ausbildung machen oder eine Schule besuchen, investieren Sie in Ihr Humankapital: in Qualifikationen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die Sie im Erwerbsleben

produktiv und gewinnbringend einsetzen können. Im Unterschied zum Sachkapital (Maschinen, Anlagen, Gebäude usw.) ist Humankapital an Personen gebunden. In der Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung des Humankapitals weiter zu.



Ideologie Neutrale Definition: Weltanschauung. Umgangssprachlich meist abwertend gebraucht: Brille, durch die man die Welt sieht: Sie besteht aus Einstellungen und Glaubenssätzen über die Wirklichkeit, von deren Richtigkeit man überzeugt ist. Empirische Befunde, die der Ideologie widersprechen, werden nicht wahrgenommen. So verzerren Ideologien die Wahrnehmung.

Immissionen Wenn Sie Auto fahren, produzieren Sie Immissionen: CO₂, das in die Atmosphäre gelangt und sie schädigt; Lärm und Erschütterungen, die als Störungen wahrgenommen werden. Der Immissionsschutz soll die Belastung von Umweltmedien wie Luft, Boden, Wasser usw. mit Schadstoffen verringern.

Immobilienmarkt Der Markt, auf dem Häuser, Eigentumswohnungen, Grundstücke, Gewerbeflächen usw. gehandelt werden („Immobilie“ bedeutet hier: unbewegliches Gut).

Import Wenn Sie französischen Wein oder eine japanische Kamera kaufen, dann handelt es sich dabei um Importgüter; sie wurden von ausländischen Unternehmen produziert und hier eingeführt. Der ↑Außenhandel umfasst Importe und ↑Exporte.

Industrialisierung Die industrielle Produktionsweise ist durch Fabriken, Maschinen und Fließbänder gekennzeichnet. Im Zuge der Industrialisierung hatte die Industriegesellschaft die von der Landwirtschaft geprägte Agrargesellschaft abgelöst. Die Industrie wurde zum wichtigsten Wirtschaftssektor.

Industrie- und Handelskammer (IHK) Die Unternehmen einer Region sind in IHK organisiert. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts nehmen sie auch hoheitliche Aufgaben wahr (z.B. Prüfungen in der beruflichen Bildung). Weitere Aufgaben sind die Interessenvertretung gegenüber Öffentlichkeit und Politik (z.B. Anhörung bei Gesetzesentwürfen) sowie Dienstleistungen für die Mitgliedsunternehmen (Information, Weiterbildung).

Inflation Wenn Busfahren und Brötchen teurer werden, haben wir es zwar mit steigenden Preisen zu tun, aber das ist noch keine Inflation. Davon spricht man erst, wenn eine allgemeine Teuerung vorliegt, also das $\uparrow$ Preisniveau insgesamt ansteigt. Gemessen wird die $\uparrow$ Inflationsrate mit einem $\uparrow$ Preisindex, der auf der Grundlage eines $\uparrow$ Warenkorbes errechnet wird. Der gebräuchlichste Maßstab ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (in der EU heißt diese Messlatte: „Harmonisierter Verbraucherpreisindex“ HVPI).

Ursachen der Inflation können Preissteigerungen im Ausland sein (importierte Inflation), Kostensteigerungen (z.B. höhere Energie- und Rohstoffkosten, höhere Löhne) oder eine starke Inlandsnachfrage. Inflation bedeutet, dass die $\uparrow$ Geldmenge schneller zunimmt als die Gütermenge; dann steigen die Preise und das führt zu Geldentwertung (vgl. $\uparrow$ Geldwert); deswegen besteht die Aufgabe der $\uparrow$ Geldpolitik darin, Inflation zu vermeiden bzw. möglichst gering zu halten.

Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) Telefon und Faxgerät, PC und Handy, Hardware, Software und Teachware – alles, womit man Informationen speichern, austauschen vernetzen und kommunizieren kann, gehört zur IuK. Sie ist die Grundlage der $\uparrow$ Informations- und $\uparrow$ Wissensgesellschaft.

Informationsgesellschaft Der $\uparrow$ Strukturwandel führte von der Agrargesellschaft über die Industriegesellschaft zur heutigen Informations- und Wissensgesellschaft. In der Agrargesellschaft waren die meisten Menschen in der

Landwirtschaft beschäftigt. In der Industriegesellschaft waren die meisten Menschen an Maschinen in Fabriken beschäftigt, Kapital der dominante Produktionsfaktor. In der Informationsgesellschaft sind dagegen immer mehr Menschen damit befasst, Informationen zu beschaffen, zu verteilen und zu bewerten. Aufbereitete Informationen sind hier der wichtigste Produktionsfaktor. Zu den Arbeitsmitteln gehören die gesamten Informations- und Kommunikationstechniken, Computer, Datenbanken, Mobiltelefone, Internet usw.

Triebkräfte der heutigen Informations- und [↑]Wissensgesellschaft sind die neuen und sich rasant weiterentwickelnden [↑]Informations- und Kommunikationstechnologien, ferner die dramatisch verbesserten Möglichkeiten, riesige Informationsmengen zu digitalisieren, elektronisch zu speichern und schnell auszutauschen – z.B. über das Internet. Daraus ergeben sich tiefgreifende Veränderungen der Arbeitsprozesse und des Alltages.

Im Internet können Informationen und Wissen schnell, kostengünstig und weltweit transportiert werden. Das Internet ist u. a. die Basis für „E-Business“, also für elektronisches Wirtschaften. Bücher, Filme, CDs, Eintrittskarten, Fahrkarten usw. können im Internet bestellt werden; man kann dort gebrauchte Waren versteigern. Ausschreibungen, Bestellungen, Abrechnungen, bargeldlose Finanzdienstleistungen usw. werden über das Internet abgewickelt. Man kann virtuelle Rathäuser und Marktplätze besuchen und dort Geschäfte erledigen. Medienkompetenz im Umgang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien ist eine wichtige Voraussetzung dafür, die Chancen der Informationsgesellschaft effektiv nutzen zu können.

Im Jahr 2004 lag der Anteil des Umsatzes mit Informationstechnik und Telekommunikation (IuK) am [↑]Bruttoinlandsprodukt bei 6,2%. Die IuK-Branche liegt damit nach Umsatzanteilen auf Rang 5 nach Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, Maschinenbau und Chemie.

Infrastruktur Wie wichtig die Infrastruktur ist, merkt man häufig erst dann, wenn sie nicht funktioniert: beim Zusammenbruch der Strom- oder Wasserversorgung, bei der Sperrung von Straßen, beim Streik der Müllabfuhr usw. Die Infrastruktur ist die Basis einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft.

Innovation Als ein findiger Kopf auf die Idee kam, vier Rollen hintereinander anzuordnen statt im Rechteck, waren die alten Rollschuhe out und Inline-skating war in. Diese Produktinnovation schuf ganz neue Märkte: für Skates, Sportbekleidung, Schuhe, Schutzausrüstung usw. Die Vorstufe zur Innovation sind neue Ideen (Erfindung/Invention); die Umsetzung dieser Ideen in neue Produkte und Produktionsverfahren ist dann die Innovation. Heute wenden Unternehmen hohe Summen für Forschung und Entwicklung auf, um Innovationen auf den Markt zu bringen, weil dies ihre Wettbewerbsfähigkeit und Gewinne erhöht.

Internationale Finanzmärkte Während die nationalen [↑]Finanzmärkte das inländische Geld- und Kapitalangebot mit der entsprechenden Nachfrage koordinieren, werden auf den Internationalen Finanzmärkten grenzüberschreitende Finanzgeschäfte in ausländischen Währungen abgewickelt, z.B. der Handel mit ausländischen Staatsanleihen oder mit [↑]Devisen. Seit dem Abbau vieler Kapitalverkehrsbeschränkungen zwischen den Staaten haben sich internationale Finanztransaktionen in den letzten Jahrzehnten rasant ausgeweitet. Ein Großteil dieser Vorgänge sind spekulative Finanzgeschäfte; um diese einzuschränken, wird z.B. von [↑]ATTAC eine Steuer auf Spekulationsgeschäfte gefordert ([↑]Tobin-Steuer).

Internationaler Währungsfonds (IWF) Sonderorganisation der UNO. Dem IWF (Sitz in Washington, USA) gehören inzwischen 184 Staaten an. Er soll die internationale Kooperation in der Währungs-, Finanz- und Handelspolitik fördern. Der IWF kann Überbrückungskredite an Staaten vergeben, die in Zahlungsbilanz- oder Währungskrisen geraten sind.

Investition Ein Unternehmen investiert, wenn es z.B. neue Maschinen anschafft; es steckt Geld (entweder [↑]Eigenkapital oder Fremdmittel) in Ausbau und Verbesserung seiner Produktionsanlagen und bildet dadurch Vermögen (Sachkapital). Neben Sachinvestitionen gibt es auch Finanzinvestitionen; eine solche liegt z.B. vor, wenn ein Haushalt seine Ersparnis in [↑]Aktien

oder Immobilienfonds oder in eine Lebensversicherung anlegt. Darüber hinaus kann nicht nur in Sach- und Finanzkapital investiert werden, sondern auch in [↑]Humankapital: z.B. durch Schule, Studium, Weiterbildung oder Qualifizierungsmaßnahmen.

IWF = [↑]Internationaler Währungsfonds



Jugendarbeitsschutz Bis zum Alter von 18 Jahren sind Jugendliche bei der Erwerbsarbeit durch das Jugendarbeitsschutzgesetz besonders geschützt. Die Vorschriften beziehen sich auf Arbeitszeiten, Pausen, die Art der Arbeit (keine Akkord- oder Fließbandarbeit, keine Arbeit „unter Tage“ in Bergwerken); verboten sind auch unfallträchtige Tätigkeiten und solche, die gesundheitsgefährdend oder sittlich zweifelhaft sind. Unter 14 Jahren ist Erwerbsarbeit grundsätzlich verboten (Verbot der Kinderarbeit).



Kapital Die Maschinen, Anlagen und Gebäude eines Unternehmens sind sein Sachkapital; die Mitarbeiter[☺] sind sein Humankapital (vgl. [↑]Investition); Patente sind Teil des Wissenskaptals; Geldreserven des Unternehmens (Eigenkapital und Rücklagen) sind sein Finanzkapital. Es gibt also unterschiedliche Formen von Kapital; immer ist es Produktivvermögen, d.h.es besteht aus Vermögenswerten, die nicht in Schatztruhen gehortet oder in Kunstwerken angelegt sind, sondern zur Güterproduktion eingesetzt werden.

Kapitalgesellschaften Aktiengesellschaften (AG) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) sind Unternehmen, die in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft geführt werden. Sie sind fremdfinanziert, d.h. ihr haftendes Kapital stammt von Aktionären[☺] (AG) bzw. von Gesellschaftern[☺] (GmbH).

Kapitalflucht $\uparrow$ Investition

Kapitalanlage Wenn Kapitalanlagen im Land A hoch besteuert werden, im Land B dagegen niedrig, dann kommt es zu Kapitalverlagerungen ins Land B. Geschieht dies in großem Stil, spricht man von Kapitalflucht. Eine besondere Variante ist die illegale Kapitalflucht, wenn Anleger $\rightarrow$ Wertpapiere oder Geld „in Koffern“ ins Ausland schaffen, um Besteuerung zu vermeiden.

Kapitalismus Zu den wichtigsten Merkmalen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehört das Privateigentum an den Produktionsmitteln sowie $\uparrow$ Markt und $\uparrow$ Wettbewerb als Instrumente der Koordination des wirtschaftlichen Handelns. Private „Kapitalisten $\rightarrow$ “ sind die Eigentümer $\rightarrow$ der Unternehmen, der Maschinen und Anlagen (Produktionsmittel) sowie des Grund und Bodens. Im $\uparrow$ Sozialismus dagegen gehört das alles der Gesellschaft bzw. dem Staat (bzw. allen bzw. niemandem).



Im Zuge der Industrialisierung löste der Kapitalismus den Feudalismus ab; die Produktion wurde zunehmend maschinell betrieben und in Fabriken verlagert – mit Arbeitskräften, die vom Land in die Städte strömten (Landflucht) und nichts besaßen außer ihrer Arbeitskraft. Konkurrenz zwang die Unternehmen, ihre $\uparrow$ Gewinne (Profite) in leistungsfähigere Maschinen und Produktions-

anlagen zu investieren; dadurch kam ein starkes wirtschaftliches [↑]Wachstum in Gang. Gleichzeitig nahm die Unternehmenskonzentration zu, es bildeten sich marktbeherrschende Großunternehmen heraus. Das führte zur Proletarisierung und zur Verelendung vieler Menschen. Auf diese „soziale Frage“ und auf die sozialistische Bewegung ([↑]Marxismus) reagierte der Staat mit der Regulierung des „freien“ Marktes: Gesetzliche [↑]Sozialversicherungen wurden eingeführt, die Rechte der Arbeiter[↔] wurden gestärkt und das Verbot der [↑]Gewerkschaften aufgehoben; der Staat übernahm wettbewerbs-, sozial- und konjunkturpolitische Aufgaben.

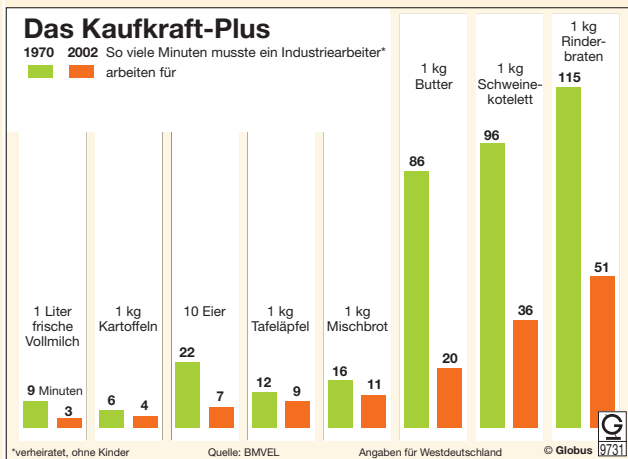
Inzwischen hat sich der Kapitalismus (in Deutschland) zur [↑] Sozialen Marktwirtschaft gewandelt (zum „gemischten Wirtschaftssystem“). Die Eigentumsverhältnisse sind zwar nach wie vor „kapitalistisch“ und der Markt koordiniert (weitgehend) das Wirtschaftsgeschehen, doch der Staatseinfluss ist beträchtlich ausgeweitet worden ([↑]Staatsquote rund 47%).

Kapitalmarkt Will ein Unternehmen Finanzmittel aufnehmen, um sie in neue Maschinen und Produktionsanlagen zu investieren, dann geht es (über seine Bank) an den Kapitalmarkt. Dort kann es Kredite oder Anleihen aufnehmen, neue [↑]Aktien ausgeben oder auch Kapitalbeteiligungen vereinbaren. Auf dem Kapitalmarkt können sich Investoren[↔] Kapital besorgen, das dort von Sparern[↔] angeboten wird.

Kapitalstock Das Sachkapital eines Unternehmens oder einer Volkswirtschaft: Maschinen, Gebäude, Anlagen, Infrastruktur.

Kartell „Zementkartell zu hohen Bußen verurteilt“ (Pressemeldung). Die Zementhersteller hatten ein Kartell gebildet. Das sind Absprachen (schriftlich oder mündlich) über Preise und Mengen. Dadurch wird der Wettbewerb ausgeschaltet zu Lasten von Abnehmern[↔]/Konsumenten[↔]. Kartelle sind durch das Wettbewerbsrecht grundsätzlich verboten. Verstoßen Unternehmen dagegen, kann das [↑]Bundeskartellamt oder die Europäische Kartellbehörde Bußgelder verhängen.

Kaufkraft Ein Brötchen kostet 50 Cent; dann beträgt die Kaufkraft des Euro zwei Brötchen. Erhöht sich der Brötchenpreis, sinkt die Kaufkraft. Verdoppeln sich alle Preise, halbiert sich die Kaufkraft: Man bekommt für einen Euro nur noch ein Brötchen.

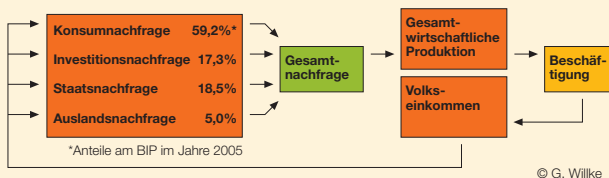


Keynesianismus John Maynard Keynes (1883–1946) war der Begründer des Keynesianismus und einer der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Die verheerende [↑]Weltwirtschaftskrise der Jahre nach 1929 war für ihn Beweis, dass der Markt nicht automatisch zu Vollbeschäftigung führt (wie viele geglaubt hatten). Keynes forderte, der Staat solle in der Krise eine aktive [↑]Konjunkturpolitik betreiben, um für eine ausreichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu sorgen.

Dem Keynesianismus zufolge hängt die Beschäftigung von der Produktion ab, – und die Produktion von der Nachfrage. Wenn es den Unternehmen an Nachfrage fehlt und sie deswegen weniger produzieren und Arbeitskräfte

entlassen, dann muss der Staat dafür sorgen, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder steigt. Das kann er tun, indem die Staatsausgaben erhöht werden. Sollte dies zu $\uparrow$ Haushaltsdefiziten führen und die Staatsverschuldung erhöhen, dann muss man das in Kauf nehmen. Wenn die Krise überwunden ist und Produktion und Beschäftigung wieder steigen, erhöhen sich auch wieder die Steuern und damit die Einnahmen des Staates. Aus Haushaltsüberschüssen können die Schulden damit wieder getilgt werden (so die optimistische These der Keynesianer). Tatsächlich hat die Schuldentilgung nicht funktioniert; die $\uparrow$ Staatsverschuldung ist vielmehr dramatisch angestiegen.

► Das keynesianische Kreislaufschema

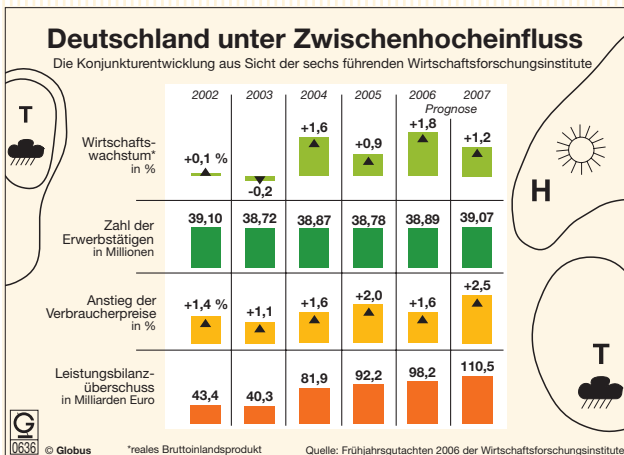


Kindergeld Kinder sind dem Staat einiges wert: Familien und Alleinerziehende mit Nachwuchs bekommen Kindergeld. Die Beträge sind gestaffelt: Erstes bis drittes Kind: je 154 € im Monat, für alle weiteren Kinder je 179 €. (Sie können ja mal überlegen, warum das vierte Kind mehr wert ist als das dritte.) Diese staatliche Transferleistung deckt nur einen Teil der tatsächlichen Kosten. Im Jahr 2002 bezogen 9,06 Mio. Personen/Familien Kindergeld in Höhe von 28,8 Mrd. €.

Knappheit Das Verhältnis zwischen Ihrem Kontostand und Ihren Wünschen (Klamotten, aktuellstes Handy, Urlaubsreise usw.) ist mit dem Begriff Knappheit vermutlich zutreffend beschrieben: Die verfügbaren Mittel sind knapp – gemessen an den möglichen Verwendungszwecken. Weil es diese Art von

Knappheit gibt, arbeiten und wirtschaften Menschen. Man kann die Knappheit zeitweilig verringern, indem man sich z.B. durch Erwerbsarbeit Einkommen verschafft (und dadurch gleichzeitig die Gütermenge erhöht). Alternative: Wünsche reduzieren.

Kommunismus Aus der Kritik am Marktkapitalismus hat sich im 19. Jahrhundert der K. entwickelt. Sozialisten und Marxisten machten die Kapitalisten (Kapitalismus) für Ausbeutung und Verelendung der Arbeiter verantwortlich. Sie forderten, das „kapitalistische“ Privateigentum abzuschaffen und alle Produktionsmittel in Gemeineigentum zu überführen. Wenn jedoch die Produktionsmittel allen gehören und es keinen Marktwettbewerb mehr gibt, muss der Staat die Wirtschaft lenken (Planwirtschaft); damit ist eine Bürokratie überfordert. In der Umwälzung von 1989 gaben die sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas die Idee des Kommunismus auf und übernahmen das erfolgreichere System der Marktwirtschaft.



Konjunktur Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft nicht stetig, sondern in konjunkturellen Auf- und Abschwüngen (Konjunkturzyklen): Einem Konjunkturaufschwung mit steigenden Wachstumsraten des $\uparrow$ BIP folgt regelmäßig eine Konjunkturabschwächung mit geringeren Wachstumsraten oder sogar sinkender Wertschöpfung ($\uparrow$ Rezession).

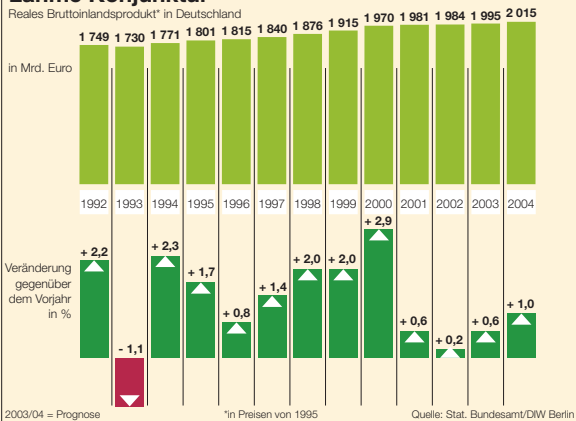
Im Aufschwung steigt die $\uparrow$ Beschäftigung, aber auch die Inflationsrate geht nach oben; im Abschwung sinkt die Beschäftigung, die $\uparrow$ Inflation schwächt sich ab. Um die Verringerung des Wachstums und die damit verbundene $\uparrow$ konjunkturelle Arbeitslosigkeit zu vermeiden, kann der Staat konjunkturpolitische Maßnahmen ergreifen. (Vgl. $\uparrow$ Konjunkturpolitik)

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit $\uparrow$ Arbeitslosigkeit

Konjunkturpolitik Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft nicht stetig, sondern in konjunkturellen Zyklen ($\uparrow$ Konjunktur). Das Ziel der staatlichen Konjunkturpolitik besteht deswegen darin, die Konjunkturschwankungen zu glätten und damit auch $\uparrow$ Wachstum und $\uparrow$ Beschäftigung zu verstetigen. In diesem Sinne ist Konjunkturpolitik im Kern $\uparrow$ Stabilisierungspolitik. Ausdrücklich wird dieses Ziel im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) von 1967 genannt, wo es heißt, dass Bund und Länder zu einem „stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstum“ beitragen sollen ($\uparrow$ Magisches Viereck). Instrumente der Konjunkturpolitik sind die $\uparrow$ Geldpolitik und die Haushaltspolitik ($\uparrow$ Finanzpolitik). Im Rahmen der keynesianischen Konzeption sollen diese Instrumente antizyklisch eingesetzt werden ($\uparrow$ Keynesianismus). Von der konkurrierenden Konzeption der $\uparrow$ Angebotspolitik wird dieser Ansatz kritisiert. Eine kurzfristig orientierte Konjunkturpolitik bringe wegen vielerlei Prognose-Unsicherheiten und Wirkungsverzögerungen nicht die erhoffte Verstetigung. Statt dessen sollte der Staat eine mittelfristig ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik betreiben. Das stabilisiere die Erwartungen von Investoren und Konsumenten – und verstetige damit wirkungsvoller das Wachstum.

Lahme Konjunktur

Reales Bruttoinlandsprodukt* in Deutschland



Konkurrenz ↑ Wettbewerb

Konsum Der Zweck des Wirtschaftens besteht nach herrschender Meinung darin, einen hohen Lebensstandard zu ermöglichen, also Quantität und Qualität der Konsumgüter zu steigern. Haushalte konsumieren einerseits private Güter wie Lebensmittel, Kleider, Bücher usw., andererseits öffentliche Güter wie Schulbildung, Autobahnen, Rechtsprechung usw. Die Konsumnachfrage (vgl. Schema S.65) ist die wichtigste Komponente der Gesamtnachfrage.

Konsumentenkredit Manche Konsumenten (Verbraucher) finanzieren Anschaffungen wie Auto oder Wohnungseinrichtung mit Konsumentenkrediten – Ratenkredit oder Bankkredit. Die Werbung dafür ist verlockend und oft irreführend: „Alles easy – Wunschfinanzierung mit günstigen Konditionen“. Tatsächlich sind Konsumentenkredite sehr teuer und können in eine Verschuldensfalle führen. Besser wäre es, auf größere Anschaffungen zu sparen (da gibt's noch Zinsen), bis man das Geld zusammenhat.

Konzentration (Unternehmenskonzentration) Als sich Daimler-Benz und Chrysler 1998 zusammenschlossen ($\uparrow$ Fusion), entstand aus zwei zuvor selbständigen und konkurrierenden Unternehmen ein gemeinsames transnationales Großunternehmen. Die Folge von Unternehmenszusammenschlüssen ist ein Konzentrationsprozess, bei dem die Zahl der selbständigen Unternehmen zurückgeht und die übrig bleibenden Großunternehmen immer mehr Marktmacht auf sich konzentrieren. Es ist Aufgabe der $\uparrow$ Wettbewerbspolitik, Zusammenschlüsse zu verhindern, die zu marktbeherrschenden Unternehmen führen.

Körperschaftsteuer Auf die Einkommen von Privatpersonen wird $\uparrow$ Einkommensteuer erhoben, auf die Gewinne von Wirtschaftsunternehmen Körperschaftsteuer. Diese Steuer betrifft nur Kapitalgesellschaften in der Rechtsform der GmbH oder der Aktiengesellschaft. Bei den anderen Unternehmen (Personengesellschaften) werden die Gewinne den Eigentümern $\ddot{=}$ zugeordnet und unterliegen der Einkommensteuer.

Krankenversicherung In Deutschland besteht eine gesetzliche Krankenversicherungspflicht. Bei den meisten Erwerbstätigen zieht der Arbeitgeber $\ddot{=}$ die Krankenversicherungsbeiträge vom Gehalt ab und überweist sie direkt der Versicherung. Arbeitnehmer $\ddot{=}$ und Arbeitgeber $\ddot{=}$ tragen die Kosten der Krankenversicherung je zur Hälfte. Die Höhe der Beiträge wird in der gesetzlichen K. durch das Einkommen bestimmt (Beitragsatz zurzeit ca. 14%), nicht etwa durch das Krankheitsrisiko der Versicherten. Wer mehr verdient, zahlt höhere Beiträge. Ehepartner $\ddot{=}$ und Kinder sind beim erwerbstätigen Versicherten $\ddot{=}$ mitversichert. Die Versicherungspflicht gilt für Erwerbstätige, deren Bruttoarbeitsverdienst unter der so genannten Versicherungspflichtgrenze liegt (im Jahr 2006: bei 47.250 Euro Jahresarbeitsentgelt). Wer darüber liegt, kann sich entweder freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern oder Mitglied einer privaten Krankenversicherung werden. Aktueller Stand: www.die-gesundheitsreform.de

Krise (Wirtschaftskrise) Zuspitzung einer wirtschaftlich schwierigen Situation (z.B. Krise der öffentlichen Finanzen, Verschuldungskrise der Entwicklungsländer). In der Krise entscheidet sich, ob es zum Zusammenbruch kommt oder ob Besserung eintritt. (Vgl. ↑Weltwirtschaftskrise)

Kündigung Arbeitnehmern[☒] kann gekündigt werden (↑Entlassung), wenn bestimmte Kündigungsgründe vorliegen; der Arbeitgeber[☒] muss die gesetzlichen Kündigungsfristen einhalten; nur eine außerordentliche (fristlose) K. wirkt sich sofort aus. Mit einer K. wird ein Arbeitsverhältnis einseitig beendet; zum Schutz der Arbeitnehmer[☒] sind willkürliche K. verboten. Kündigungsgründe können sein: mangelnde Eignung des Arbeitnehmers[☒] für seine Tätigkeit, Pflichtverletzungen, Verschlechterung der Leistung usw., aber auch wirtschaftliche Veränderungen („betriebsbedingte“ ↑Kündigungen“ bei rückläufiger Produktion, Einführung neuer Technologien, Verlagerungen der Produktion ins Ausland usw.). Fristlose Kündigungen sind nur aus triftigen Gründen zulässig, z.B. bei beharrlicher Pflichten-Verweigerung, dauernder Arbeitsunfähigkeit, Untreue usw. Bestimmte Gruppen genießen speziellen ↑Kündigungsschutz. Eine Kündigung kann auch vom Arbeitnehmer[☒] ausgehen (Eigenkündigung).

Kündigungsschutz Das Gesetz schützt Arbeitnehmer[☒] vor willkürlichen und übereilten ↑Kündigungen; um wirksam zu sein, müssen berechtigte Kündigungsgründe vorliegen und bestimmte Fristen beachtet werden; Kleinbetriebe mit bis zu fünf Mitarbeitern[☒] sind vom Kündigungsschutz ausgenommen. Für bestimmte Gruppen wie werdende Mütter, Schwerbehinderte, Betriebsratsmitglieder[☒], Jugendvertreter[☒], Wehrpflichtige, Ältere oder Eltern im Erziehungsurlaub gelten besondere Kündigungsschutzregelungen.

Kurzarbeit Leidet ein Betrieb vorübergehend unter Auftragsmangel oder Zulieferausfällen, kann Kurzarbeit eingeführt werden; damit sollen Entlassungen vermieden werden. Die Beschäftigten arbeiten dann z.B. nur halbtags und bekommen auch nur halben Lohn. Ein von der ↑Arbeitsagentur aus-

gezahltes Kurzarbeitergeld gleicht jedoch die Einkommenseinbußen zu 60 bis 67% aus (entsprechend dem $\uparrow$ Arbeitslosengeld).



Langzeit-Arbeitslosigkeit $\uparrow$ Arbeitslosigkeit

Lebenshaltungskosten $\uparrow$ Inflation $\uparrow$ Warenkorb

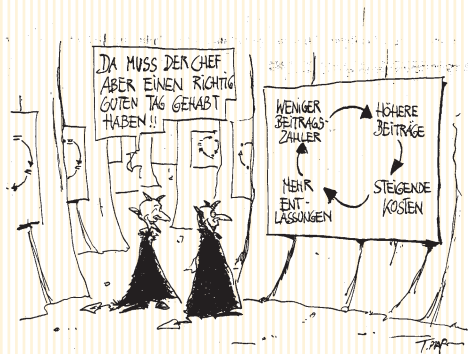
Leiharbeit (Zeitarbeit; Arbeitnehmerüberlassung) Eine Firma benötigt eine qualifizierte Sekretärin $\ddot{a}$, aber nur für ein halbes Jahr als Schwangerschaftsvertretung. Sie ruft bei einer Zeitarbeitsfirma an, um eine so genannte Leiharbeiterin $\ddot{a}$ (Zeitarbeiterin $\ddot{a}$) „auszuleihen“. Leiharbeiter $\ddot{a}$ sind bei der Zeitarbeitsfirma fest angestellt und werden für eine begrenzte Zeit anderen Firmen überlassen. Der Schutz der Leiharbeiter $\ddot{a}$ wird durch das Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz geregelt.

Lohn „Der Arbeiter ist seines Lohnes wert“, heißt es in der Bibel (Lk. 10:7). Lohn ist das Entgelt für Arbeitsleistungen $\uparrow$ abhängig Beschäftigter $\ddot{a}$. Traditionell wird zwischen Lohn und Gehalt unterschieden: Arbeiter $\ddot{a}$ bekommen Lohn, Angestellte Gehalt. Heute sind beide Entlohnungsformen fast gleichgestellt.

Lohnfortzahlung (im Krankheitsfall) Ein Arbeitnehmer $\ddot{a}$ wird krank und muss vier Wochen ins Krankenhaus. Früher war das eben Pech: keine Arbeit, kein Lohn. Heute gibt es sozialstaatliche Regelungen für diesen Fall. Arbeitgeber $\ddot{a}$ sind verpflichtet, im Krankheitsfall Lohn bzw. Gehalt bis zu sechs Wochen lang weiter zu bezahlen. Nach dieser Frist übernimmt die $\uparrow$ Krankenversicherung und bezahlt Krankengeld (Stand: August 2006).

Lohnkosten Für den Arbeitgeber $\ddot{a}$ bestehen die Lohnkosten in den gesamten Aufwendungen für die $\uparrow$ abhängig Beschäftigten. Dazu gehören

die ausbezahlten Bruttolöhne und -gehälter sowie die Lohnnebenkosten, insbesondere die Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungen und freiwillige Betriebsleistungen.



Lohn-Preisspirale Steigende Löhne werden von den Unternehmen in steigenden Preisen weitergegeben; steigende Preise sind für die Gewerkschaften ein Argument, höhere Löhne zu fordern. So können sich beide Faktoren gegenseitig verstärken und zu einer „Spirale“ führen.

Lohnquote Gibt den Anteil der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen an; gilt als Maßstab der Einkommensverteilung. Da Arbeitnehmer jedoch neben Löhnen und Gehältern auch Einkommen aus Kapitalanlagen und Vermögen beziehen, z. B. Zinsen, Dividenden, Mieten, Pachten, ist die Aussagekraft der Lohnquote eher gering.

Die Lohnquote ist trendmäßig gesunken: von 74,7% im Jahr 1993 auf 66,9% im Jahr 2005.

Lohnsteuer Der Arbeitslohn von Arbeitnehmern wird in der Weise besteuert, dass der Arbeitgeber vom Bruttolohn bzw. -Gehalt die Lohnsteuer abzieht und direkt an das Finanzamt überweist. Es handelt sich also um eine

direkt abgeführte Einkommensteuer. Im Lohnsteuer-Jahresausgleich können nachträglich noch bestimmte Belastungen und Aufwendungen geltend gemacht werden.

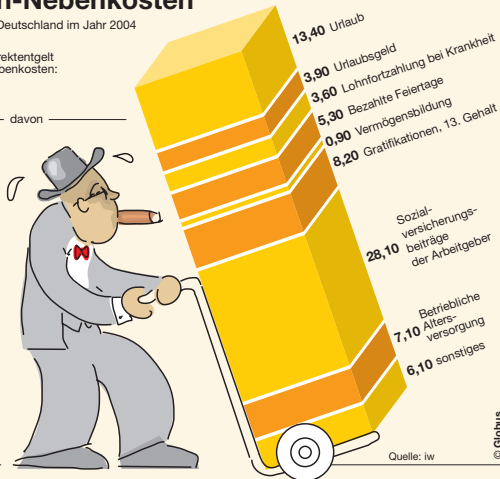
Die Lohn-Nebenkosten

in der Industrie in Deutschland im Jahr 2004

Auf je 100 Euro Direktentgelt kommen diese Nebenkosten:

76,60 Euro

_____ davon _____



Quelle: iw

© Globus

m

Magisches Zielviereck Die vier Ziele „hoher Beschäftigungsstand, Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ bilden das Zielsystem der Wirtschaftspolitik (↑ Stabilisierungspolitik). Diese vier Ziele müssten im Prinzip gleichzeitig und gleichrangig angestrebt und erreicht werden. Da innerhalb dieses Zielbündels jedoch Zielkonflikte bestehen und es außerdem immer irgendwelche Störungen gibt, müsste es schon mit Magie zugehen, wenn es gelingen sollte, alle Ziele zu erreichen.

Management Die Praxis der Führung von Unternehmen und Organisationen. Die meisten Unternehmen werden heute nicht mehr von den Eigentümern/Kapitalisten geleitet, sondern von angestellten Managern.

Manchesterkapitalismus Ausbeutung, lange Arbeitszeiten, Frauen- und Kinderarbeit, Verelendung, Rechtlosigkeit, mangelnde soziale Absicherung usw. – das waren Merkmale des Frühkapitalismus in der Baumwoll- und Tuchindustrie von Manchester (Großbritannien) im frühen 19. Jahrhundert. Noch heute werden deswegen besonders rücksichtslose Formen des Marktkapitalismus als Manchesterkapitalismus gebrandmarkt.

Markt Auf Wochenmärkten können Sie Obst und Gemüse, auf Flohmärkten gebrauchte Waren kaufen und verkaufen. Ein Markt ist der Ort, auf dem Anbieter und Nachfrager zusammentreffen und Tauschgeschäfte tätigen. In der Saison, wenn das Angebot an Äpfeln oder Sommerklamotten reichlich ist, sinken die Preise. Ist das Angebot knapper, ziehen die Preise an. Neben den konkreten, sinnlich erfahrbaren Wochenmärkten gibt es in „Markt“-Wirtschaften verschiedene „virtuelle“ Märkte: Warenmärkte, Dienstleistungsmärkte, Arbeitsmärkte, Finanz- und Kapitalmärkte, Internet-Märkte etc. Durch den Wettbewerb zwischen Anbietern und Nachfragern bilden sich die Preise, die ihrerseits das Verhalten der Marktteilnehmer steuern.

Marktwirtschaft Um zu überleben, benötigen Menschen Güter (Nahrungsmittel, Bekleidung, Behausung usw.). Um in den Besitz dieser Güter zu kommen gibt es drei Methoden: a) man lässt sie sich schenken; b) man raubt sie; oder c) man tauscht sie gegen andere Güter bzw. Arbeitsleistungen ein. Das Tauschprinzip ist typisch für Marktwirtschaften. Märkte sind Veranstaltungen, auf denen Tauschprozesse koordiniert werden: Auf Gütermärkten kann man Güter gegen Geld tauschen, auf Arbeitsmärkten Arbeitsleistungen gegen Geld, auf Finanzmärkten Kapital gegen Geld (Zins).

In der Marktwirtschaft steuern Angebot und Nachfrage, Wettbewerb und Preise den Wirtschaftsprozess. Dies ist der entscheidende Unterschied zum Gegen-

modell der [↑]Planwirtschaft, in der durch staatliche Anordnungen und Planvorgaben bestimmt wird, von wem was wie und wo produziert werden soll. Marktwirtschaften sind kapitalistische Wirtschaftssysteme ([↑]Kapitalismus), in denen Privateigentum an den Produktionsmitteln vorherrscht; die Wirtschaftsprozesse werden durch die Marktkräfte gesteuert; und das vorrangige Ziel der Unternehmen besteht darin, eine möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften.

Marktwirtschaft kann nur in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung funktionieren, in der die wirtschaftlichen Grundrechte gewährleistet sind, insbesondere das Recht auf Privateigentum, die Vertrags- und Koalitionsfreiheit, das Recht auf freie (d.h. nicht staatlich gelenkte) Berufs- und Arbeitsplatzwahl, [↑]Tarifautonomie usw. Sie kann andererseits aber auch nur dann wirklich funktionieren, wenn den Menschen die Teilhabe am Arbeitsmarkt, der Zugang zur Bildung und die Chance zum Vermögensaufbau effektiv ermöglicht und nicht vorenthalten wird.

Die Marktwirtschaft ist bislang das einzige verwirklichte Wirtschaftssystem, das in der Lage ist, die folgenden drei Leistungen zu erbringen: a) den Wohlstand und die Konsummöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten nachhaltig zu erhöhen; b) die Unternehmen zu Innovationen und Produktivitätssteigerungen zu motivieren; und c) durch Wettbewerb und Strukturwandel zu verhindern, dass Unternehmen übermäßig viel Marktmacht ansammeln. Dies bedeutet nicht, dass die Marktwirtschaft keine Schwächen hätte. Die Achillesferse dieses Systems ist seine Tendenz, vorhandene Ungleichheiten der Einkommens- und Vermögensverteilung noch zu verstärken. Was jedoch üblicherweise der Marktwirtschaft angelastet wird, z.B. Umweltzerstörung, ist kein Problem des Marktes, sondern mangelhafter politischer Vorgaben. (Vgl. [↑]externe Effekte)

Allerdings erhält sich die marktwirtschaftliche Ordnung nicht von selbst; vielmehr muss sie vom Staat durch Maßnahmen der Ordnungs- und Wettbewerbspolitik gesichert werden. (Vgl. [↑]Soziale Marktwirtschaft)

Marxismus In seinem Hauptwerk „Das Kapital“ begründete Karl Marx (1818–1883) die Theorie des „wissenschaftlichen Sozialismus“. Diese Denk-

schule wurde später nach ihrem Begründer Marxismus genannt. Marx vertrat die Auffassung, im Kapitalismus würden die Arbeiter ausgebeutet, und zwar von den Kapitalisten, den Eigentümern der Produktionsmittel; denen ginge es nur darum, ihre Profite zu erhöhen. Dies führe zu einer wachsenden Verelendung der Massen, während sich bei den Kapitalisten immer mehr Reichtum ansammelt. Das könne natürlich nicht lange gut gehen, sondern müsse im Zusammenbruch des kapitalistischen Systems enden. Mit einer Revolution würden die Kapitalisten schließlich hinweggefegt und der Marktkapitalismus müsse dem ↑ Sozialismus Platz machen.

Wenn die Produktionsmittel im Sozialismus vergesellschaftet sind, also nicht mehr den privaten Kapitalisten gehören, sondern allen bzw. dem Staat bzw. keinem, dann hätte die Ausbeutung ein Ende; davon waren Marx und seine Anhänger überzeugt. In vielen Ländern war der Marxismus lange Zeit sehr einflussreich. Lenin führte den Sozialismus in Russland ein (damals einem Agrarland) und begründete damit die Sowjetunion. In den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas war der Marxismus-Leninismus jahrzehntelang die offizielle Staatsideologie. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers nach 1989 hat der Marxismus an Glanz verloren. Doch ist er weiterhin von literarischem und moralischem Interesse. Man wird es Marx immer zugute halten, dass er alle Verhältnisse revolutionieren wollte, in denen der Mensch „ein erniedrigtes und ein geknechtetes Wesen“ ist. Dass marxistische Systeme ihrerseits zur Knechtung von Millionen von Menschen geführt haben, steht auf einem anderen Blatt.

Mehrwertsteuer Mein Haarschnitt kostet eigentlich nur 15,52 €. Tatsächlich aber muss ich 18 € lohnen. Die Differenz nimmt der Frisör zwar ein, muss diesen Betrag jedoch ans Finanzamt abführen: Das ist die Mehrwertsteuer in Höhe von zur Zeit noch 16% auf den Grundpreis. (Rechnen Sie das Beispiel zur Kontrolle mal nach.) Die Mehrwertsteuer ist eine indirekte Steuer (↑ Umsatzsteuer), die den Konsum belastet. Für bestimmte Waren wie Lebensmittel und Bücher gilt der ermäßigte Satz von 7%. Im Jahr 2005 erbrachte die Mehrwertsteuer ca. 140 Mrd. €; damit ist sie nach der ↑ Lohn-

steuer die zweitwichtigste Einnahmequelle des Staates. Das Aufkommen fließt zu 50,25% an den Bund und zu 49,75% an die Bundesländer. Ab 1. 1. 2007 wird der Mehrwertsteuersatz auf 19% erhöht.

Die Mehrwertsteuer

19%

Normalsatz in Deutschland

1. 1. 1968	10 %
1. 7. 1968	11
1. 1. 1978	12
1. 7. 1979	13
1. 7. 1983	14
1. 1. 1993	15
1. 4. 1998	16
1. 1. 2007	19

dpa —
Grafik 2408

Wie sich die Anhebung auswirkt

Haushalts- typ	Brutto- einkommen	Konsum 2006 (mit 16 % MwSt.)	Monatl. Mehr- belastung 2007 bei gleichem Konsum (19 % MwSt.)
Lediger Arbeitnehmer	2 000 €	650 €	16,81 €
Allein- erziehender 1 Kind	1 500	550	14,22
Doppel- verdiener- Ehepaar	11 000	3 300	85,34
Allein- verdiener- Ehepaar	4 000	1 400	36,21
Rentner- Ehepaar	1 500	700	18,10

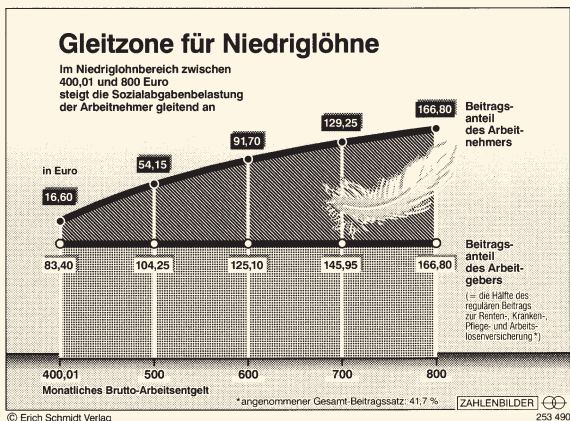
Quelle: Bund der Steuerzahler

Mini-Jobs Zu diesen niedrig entlohnnten Beschäftigungsverhältnissen gehören a) die [↑]geringfügige Beschäftigung (mit der Verdienstgrenze von 400 € monatlich) und b) Jobs in der „Gleitzone“ mit Verdiensten zwischen 400 und maximal 800 € pro Monat. Bei geringfügiger Beschäftigung fallen für Arbeitnehmer $\ddot{=}$ keine Steuern oder Sozialabgaben an; in der Gleitzone müssen neben den Arbeitgebern $\ddot{=}$ auch die Arbeitnehmer $\ddot{=}$ Abgaben leisten. Die Abgabensätze steigen mit dem Verdienst an, bis bei 800 € pro Monat die vollen Sätze erreicht sind.

Mitbestimmung In Deutschland haben Arbeitnehmer $\ddot{=}$ weitreichende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in Betrieb und Unternehmen. ([↑]Betriebsrat; [↑]Betriebsverfassungsgesetz). Mitbestimmung bedeutet, dass

Arbeitgeber^z bestimmte Managemententscheidungen nicht allein treffen können, sondern zuvor die Betroffenen informieren bzw. ihre Zustimmung einholen müssen. Dies gilt z.B. für Betriebsänderungen, Stilllegungen und Sozialpläne, für Personalmaßnahmen wie Einstellung, Kündigung und Versetzung oder für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Die wichtigsten Formen der Mitbestimmung sind der ↑ Betriebsrat sowie auf Unternehmensebene die Mitbestimmung im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften.

Der Betriebsrat wird bei Fragen beteiligt, welche die Arbeitnehmer^z unmittelbar betreffen (z.B. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Pausen, Überstunden, neue Entlohnungsmethoden usw.). Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat betrifft die allgemeine Unternehmenspolitik sowie die Mitwirkung bei der Bestellung des Vorstandes (Geschäftsführung).



Mittelstand Handwerksbetriebe, Einzelhändler^z, Selbständige und „Familienunternehmen“ sind typische Mittelständler^z. Formal sind es „kleine und mittlere Unternehmen“ (KMU), die drei Kriterien erfüllen: a) bis 500 Beschäftigte, b) bis 50 Mio. € Umsatz und c) unabhängig von Großunternehmen. In Deutschland liegt der Anteil mittelständischer Unternehmen an allen Unter-

nehmen bei 99,6% (!). Mehr als 80% der Auszubildenden und der Beschäftigten entfallen auf den Mittelstand. Bei Umsatz und Investitionen liegt der Anteil jedoch unter 50%.

Mobilität Ist ein Arbeitsloser bereit, für eine neue Stelle zu pendeln oder in eine andere Stadt umzuziehen, beweist er Mobilitätsbereitschaft: Technische Voraussetzung für diese Mobilität ist oft ein Auto oder eine gute Anbindung an Bus/Bahn.

Monetarismus Wirtschaftswissenschaftliche Denkschule, die dem Markt, dem Wettbewerb und der ↑Geldmenge große Bedeutung beimisst. Monetaristen sind davon überzeugt, dass Märkte stabil sind, wenn sie nicht durch politische Eingriffe gestört werden. Geldmengen-Veränderungen bestimmen die ↑Konjunktur und die Inflationsrate; deswegen fordern Monetaristen eine regelgebundene ↑Geldpolitik: die Geldmenge soll stetig (mit konstanter Rate) zunehmen. Als Konzeption steht der Monetarismus in Konkurrenz zum ↑Keynesianismus.

Monopol Microsoft war lange Zeit Monopolist, d.h. einziger Anbieter von Betriebssystemen für PCs – bis Linux aufkam und Konkurrenz machte. Das M. ist also eine Marktform mit nur einem Anbieter, der die Preise diktieren kann, weil Konkurrenz fehlt.

Mutterschutz Vor und nach der Geburt eines Kindes sind Frauen im Erwerbsleben besonders geschützt: z.B. keine Nachtarbeit, Schutz vor gesundheitsschädlichen Arbeiten, besonderer ↑Kündigungsschutz.

n

Nachfragesteuerung Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bestimmt die Höhe des Sozialprodukts und die Beschäftigung. Wenn es an Nachfrage fehlt, kommt es zu Arbeitslosigkeit (↑Keynesianismus). Der Staat kann die

gesamtwirtschaftliche Nachfrage (in Grenzen) steuern ($\uparrow$ Konjunkturpolitik), um das Wachstum zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Nachhaltigkeit 1992 wurde das Nachhaltigkeitsprinzip von der UN-Konferenz in Rio de Janeiro so definiert: „Nachhaltig ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der gegenwärtig lebenden Menschen entspricht, ohne die Fähigkeiten zukünftiger Generationen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu gefährden“. Konkretes Beispiel wäre eine Waldwirtschaft, in der nur so viele Bäume gefällt werden, wie nachwachsen. Dieses Prinzip wird in den tropischen Regenwäldern brutal verletzt. Nachhaltige Entwicklung verlangt neben der erhaltenden Nutzung natürlicher Ressourcen die gleichberechtigte Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Belange, also insbesondere die Bekämpfung der Armut.

Neoliberalismus „Die neoliberale Globalisierung richtet die Welt zugrunde!“ – so könnte man die Position der Neoliberalismus- und Globalisierungskritiker (z.B. von $\uparrow$ Attac) zusammenfassen. Neoliberal bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs gestärkt und der Einfluss des Staates zurückgedrängt werden sollen. Der Neoliberalismus befürwortet die Liberalisierung der Märkte, insbesondere auch der $\uparrow$ internationalen Finanzmärkte, die Deregulierung bislang staatlich regulierter Wirtschaftsbereiche sowie die Privatisierung von Unternehmen, die wie Bahn und Post bislang als Staatsunternehmen betrieben wurden. Dem Neoliberalismus wird ein übertriebener „Ökonomismus“ und Markt radikalismus vorgeworfen. Alles solle der Konkurrenz und dem Markt unterworfen werden. Neoliberale, so die Kritik, glauben dogmatisch an die freien Marktkräfte und an ihre angeblich segensreichen Wirkungen. Mehr Markt und mehr Wettbewerb, Liberalisierung und Deregulierung – das ist alles ganz nützlich, wenn es unter (einigermaßen) gleich Starken passiert, wie z.B. innerhalb der EU. Dort hat der Abbau von Marktschranken, von staatlichen Regulierungen und von nationalen Wettbewerbsbeschränkungen allen Vorteile gebracht. Doch zwischen Ungleichen, z.B. zwischen den

westlichen Industrieländern und den südlichen Entwicklungsländern, kann eine zu rasche und überzogene Marktliberalisierung viel Schaden anrichten.

Nettoeinkommen Werden vom Bruttoeinkommen die Steuern und Sozialabgaben abgezogen, dann bleibt das netto verfügbare Einkommen übrig.

New Economy Im Boom der 1990er Jahre, als die Informations- und Kommunikationstechniken, Bio- und Gentechnologien, das E-Business (E = electronic), Internet-Dienste und die Technologiebörsen einen ungeahnten Aufschwung nahmen (vor allem in den USA), wurde ein neues Zeitalter ausgerufen: die New Economy. (Die old economy, das waren die „Schornsteinindustrien“ von gestern). Inzwischen hat sich die Aufregung gelegt. Geblieben ist die zunehmende Durchdringung gerade auch der traditionellen Branchen mit den neuen Techniken; wir befinden uns auf dem Weg zur ↑ Informations- und Wissensgesellschaft.

NGO = Non-Governmental-Organisation (Nicht-Regierungsorganisation) wie Greenpeace, Amnesty International, Misereor, Brot für die Welt, die parteinahen Stiftungen, attac usw.

NIC = newly industrialised country (Neues Industrieland; auch: Schwellenland) wie Südkorea, Singapur, Taiwan, Hong Kong, Malaysia und andere.

Niedriglohnländer In vielen ↑NICs, aber auch in mittel- und osteuropäischen Ländern wie Tschechien oder Ukraine sind die Löhne deutlich niedriger als bei uns; teilweise betragen sie nur ein Zehntel unserer Lohnkosten. Wenn deutsche Unternehmen die Fertigung in Niedriglohnländer verlagern, können sie Lohnkosten sparen. Es müssen allerdings zusätzliche Transport- und Koordinationskosten berücksichtigt werden.

Niedriglohnsektor Bei Geringqualifizierten ist die Arbeitslosenquote besonders hoch, weil es für sie wenig Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Der

bestehende Niedriglohnsektor (haushaltsnahe Dienstleistungen, Hotel- und Gaststättenbereich, Reinigungsgewerbe, Garten- und Landschaftsbau usw.) könnte bedeutend mehr Erwerbspersonen aufnehmen, wenn sowohl die Löhne als auch die Arbeitslosenunterstützung niedriger wären. Die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten verhindern, dass mehr geringqualifizierte Arbeitslose zu niedrigen Löhnen eingestellt werden können. Ihre Beschäftigungschancen würden steigen, wenn die Löhne nach unten flexibel wären. Dann müssten allerdings die zu niedrigen Einkommen durch staatliche Übertragungen ergänzt werden, um das Existenzminimum zu sichern.

Normalarbeitsverhältnis Unbefristete, sozialversicherungspflichtige, tariflich gebundene Vollzeit-Beschäftigung in einem anerkannten Berufsfeld. Nur noch rund die Hälfte aller Beschäftigten stehen in einem solchen Normalarbeitsverhältnis. Die anderen sind in ↑ Teilzeitarbeit, befristeten Jobs, ↑ Leiharbeit, Projektarbeit, Urlaubsvertretung usw.

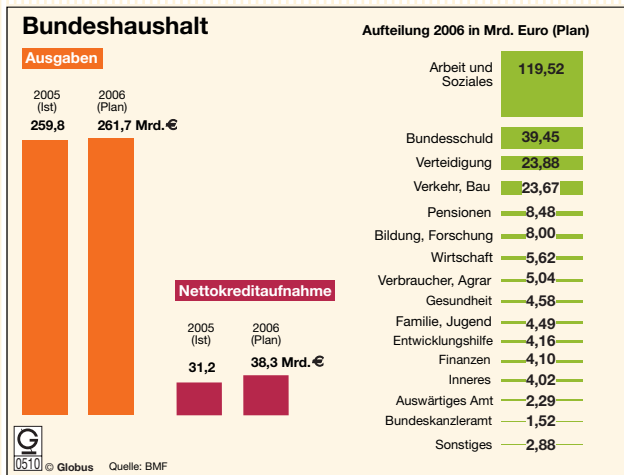


OECD = Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Zusammenschluss der 30 höchstentwickelten Industrieländer; Sitz in Paris.

Offene Stellen Sucht ein Unternehmen Mitarbeiter☺, dann kann es seine Stellenangebote dem Arbeitsamt melden; dort wird versucht, Arbeitslose auf die offenen Stellen zu vermitteln. Im März 2006 gab es in Deutschland 506.400 bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen (bei 4.976.000 Arbeitslosen). Zunehmend werden offene Stellen von den Unternehmen auch im Internet ausgeschrieben.

Öffentliche Güter Straßen, Schulen, Krankenhäuser, die Dienstleistungen von Polizei, Richtern☺, Militär und Regierung sind öffentliche Güter, die über öffentliche Haushalte bereit gestellt werden. (Gegenbegriff: private Güter)

Öffentlicher Dienst Lehrer↗, Polizisten↗, Ministerialbeamte↗, Angestellte↗/Arbeiter↗ der städtischen Müllabfuhr, Sozialarbeiter↗, Museumswärter↗ – das sind Beispiele für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, die ↑ öffentliche Güter produzieren. (Versuchen Sie mal, diese öffentlichen Güter zu benennen.)



Öffentlicher Haushalt Der Bundeshaushalt mit einem Volumen von 261,7 Mrd. € im Jahr 2006 und alle Länder- und Gemeindehaushalte gehören zum öffentlichen Gesamthaushalt (Gebietskörperschaften); dieser beläuft sich im Jahr 2006 auf über 623 Mrd. € (ca. 27% des BIP). Die öffentlichen Haushalte werden über Steuern, Abgaben und Kredite finanziert. Der Zweck öffentlicher Haushalte ist es, ↑ öffentliche Güter bereitzustellen.

Ökoinlandsprodukt Bei der Berechnung des ↑ Bruttoinlandsprodukts wird nicht berücksichtigt, dass auch Schäden entstehen, wenn die Menschen

produzieren und konsumieren: Umweltzerstörungen, Verbrauch natürlicher Ressourcen, Lärm usw. Bewertet man diese Kosten und zieht sie vom BIP ab, dann erhält man das „realistischere“ Ökoinlandsprodukt.

Ökologie Ursprünglich bezeichnet der Begriff Ökologie die Wissenschaft von den Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt; heute ist damit vor allem das (problematische) Verhältnis zwischen Mensch und natürlicher Umwelt gemeint – vor dem Hintergrund einer zunehmenden Schädigung und teilweisen Zerstörung von Ökosystemen durch Produktion, Konsum, Verkehrswege, Zersiedelung usw. (vgl. externe Effekte). Die Ökologie untersucht diese Schädigungen und erarbeitet Wege zu nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensformen (vgl. Nachhaltigkeit).

Ökonomisches Prinzip Handle so, dass bei gegebenem Mitteleinsatz der Nutzen bzw. der Ertrag maximiert wird. Wenn Sie ein Fahrrad kaufen, können Sie das Ökonomische Prinzip auf zweierlei Weise anwenden: Entweder Sie bestimmen den Betrag, den Sie ausgeben wollen (sagen wir 600 €) und suchen dann nach dem besten Rad für diesen Preis. Oder Sie definieren genau die Art des gewünschten Fahrrads (Rahmen, Schaltung, Bremsen etc.) und suchen dann nach dem so definierten Rad mit dem günstigsten Preis.

Ökosteuer Anfang 2003 war die 5. Stufe der Ökosteuerreform in Kraft getreten; u.a. wurde die Strom- und Mineralölsteuer erhöht mit dem Ziel, den Energieverbrauch teurer zu machen und damit zu drosseln. Ökosteuern sind staatliche Zwangsabgaben, mit denen knappe natürliche Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden und Energie verteuert werden. Dadurch soll ein Anreiz entstehen, Umweltbelastungen zu vermeiden oder zu verringern.

OPEC = Organisation of the Petroleum Exporting Countries (Organisation Erdöl exportierender Länder). Die OPEC legt für ihre Mitglieder die Fördermengen von Rohöl fest und kann damit die Rohölpreise beeinflussen.

Ordnungspolitik Die Wirtschaft benötigt eine staatlich vorgegebene und gesicherte Rahmenordnung, insbesondere Wettbewerbs-, Geld- und Sozialordnung. Ordnungspolitische Meilensteine waren das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz); das Bundesbankgesetz; die Mitbestimmung der Arbeitnehmer^{z.B.} Und der Beitritt zur EWG.

Outsourcing Auslagerung von betrieblichen oder unternehmerischen Aufgaben (z.B. EDV, Marketing, Weiterbildung) an spezialisierte Unternehmen. Die ausgelagerten Leistungen werden dann nicht mehr intern erbracht, sondern von außen zugekauft. Das spart dem Unternehmen Kosten – und Arbeitsplätze.

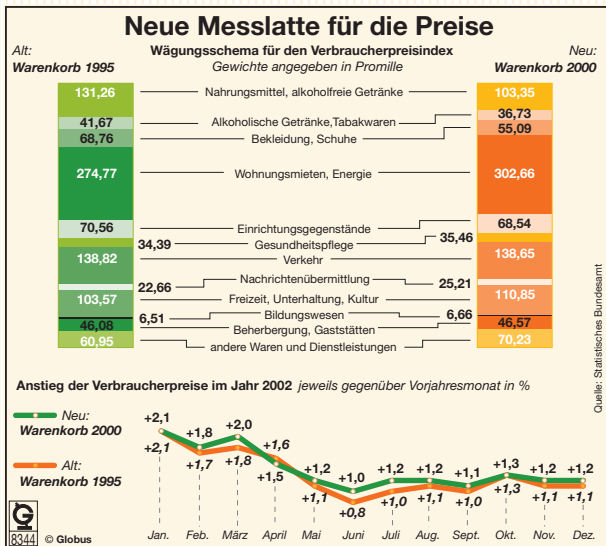
p

Planwirtschaft (Zentralplanwirtschaft; Staatswirtschaft) Das Wirtschaftssystem der früheren DDR war eine Planwirtschaft: Der Staat (das Planungsministerium) erstellte einen Fünf-Jahresplan, in dem festgelegt wurde, wer wo was wann wie produziert. Die Unternehmen mussten den für sie gültigen Plan erfüllen. Die Folgen waren Unterversorgung, niedrige Produktivität, geringe Effizienz und wenig Innovation etc.

Preise signalisieren die relative Knappheit der Güter (Informationsfunktion) und lenken die Produktionsfaktoren in die bestmögliche Verwendung (Anreiz- und Lenkungsfunktion). Preise passen ständig die sich ändernden Bedürfnisse und Knappheitsverhältnisse einander an (Koordinations- und Ausgleichsfunktion).

Preisindex Maßzahl zur Berechnung der Inflationsrate. Dazu wird ein [↑]Warenkorb gebildet, in dem eine Auswahl (repräsentativer) Güter zusammengefasst ist; deren Preise werden monatlich erhoben. Preisveränderungen schlagen sich in einer Veränderung des Durchschnitts aller Preise dieses Warenkorbs nieder. Im Ausgangsjahr wird der Preisindex gleich 100 gesetzt;

steigt der Index im Folgejahr z.B. auf den Wert 102,5, dann liegt die Teuerung (Inflationsrate) bei 2,5%. Der bei uns gebräuchlichste Preisindex ist der für die „Lebenshaltung aller privaten Haushalte“; in der $\uparrow$ WWU wird der „Harmonisierte Verbraucherpreisindex“ (HVPI) verwendet.



Preisniveau Gemessen wird das Preisniveau als Durchschnitt aller Preise mit einem $\uparrow$ Preisindex. Im Basisjahr hat das Preisniveau den Wert 100. Steigt der Preisindex z.B. in fünf Jahren auf den Wert 112,4, dann kann man sagen: Das Preisniveau liegt jetzt um 12,4% höher als im Basisjahr.

Preisniveaustabilität Eines der vier Ziele des $\uparrow$ Magischen Zielvierecks. Gleichbedeutend mit $\uparrow$ Geldwertstabilität.

Primärer Sektor Die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft bilden den Primären Sektor.

Privatisierung Die Post war früher ein Staatsunternehmen, also im öffentlichen Eigentum. Dann wurde sie privatisiert und in Aktiengesellschaften (Deutsche Post, Deutsche Telekom) umgewandelt. Jetzt sind Aktionäre↗ die privaten Eigentümer↗ dieser Wirtschaftsunternehmen. In der DDR waren fast alle Betriebe Staatsbetriebe. Mit der Einführung der Marktwirtschaft wurden diese privatisiert, d.h. an Privateigentümer↗ verkauft – oder „abgewickelt“ = „platt gemacht“, wenn sie nicht wettbewerbsfähig waren.

Produktionsfaktoren Die Produktion von Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung) erfordert den Einsatz vieler Produktionsfaktoren: Arbeit, Wissen, Management, Kapital, Technologien, natürliche Ressourcen, Boden (als Standort) usw. Aus der Verwendung von Produktionsfaktoren entstehen einerseits Kosten, andererseits Einkommen – in der Form von Löhnen, Gehältern, Gewinnen, Zinsen, Mieten, Pachten, Tantiemen usw. ↑Wachstum hängt nicht nur davon ab, ob mehr, sondern ob qualitativ verbesserte Produktionsfaktoren eingesetzt werden. Beim Faktor Arbeit (Humankapital) kann die Qualität z.B. durch bessere Berufsausbildung und Qualifizierungsmaßnahmen erhöht werden; bei Technologien durch Innovationen.

Produktionspotential Die produktiven Kapazitäten einer ganzen Volkswirtschaft (Menschen, Sachkapital, Wissen, Boden).

Produktionsprozess Vorgang der Herstellung von Gütern durch die Kombination von ↑Produktionsfaktoren.

Produktivität Für die Schule ist ein Bericht über eine Betriebsbesichtigung fällig. Mit traditionellen „Produktionsmitteln“ (Kuli und Papier) dauert das bei Ihnen zwei Stunden. Mit einer elektrischen Schreibmaschine 90 Minuten, mit modernen Mitteln (PC und Textprogramm) schaffen Sie es in einer Stunde:

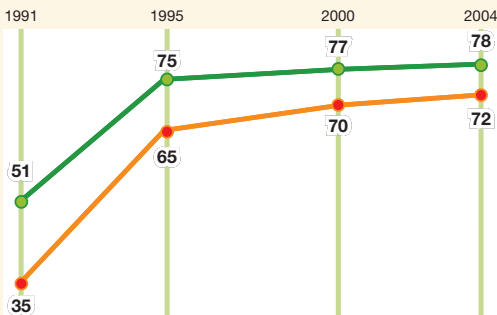
Ihre Produktivität steigt mit der besseren Kapitalausstattung stark an. Die Produktivität bezeichnet somit das Verhältnis von Output zu Input, von Produktionsmenge (Bericht) zu Faktoreinsatzmenge (Arbeitszeit). Allgemeiner ausgedrückt ist die Produktivität ein Maß für die Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Durch die immer bessere Ausstattung der Arbeitsplätze mit leistungsfähigeren Produktionsmitteln ist die Arbeitsproduktivität im Trend stark angestiegen. Das ist deswegen von großer Bedeutung, weil dadurch auch die $\uparrow$ Reallöhne und das Wohlstandsniveau steigen können.

Der Osten holt auf

Angaben für die neuen Bundesländer*
Westdeutschland = 100

● Produktivität

● Löhne und Gehälter



*ohne Berlin Quelle: AK „VGR der Länder“



© Globus

Profit Umgangssprachlich für $\uparrow$ Gewinn; der auf dem Markt erzielte Mehrwert.

Protektionismus Als der deutsche Kohlebergbau durch billige Importkohle bedroht wurde, verlangten Unternehmen und Belegschaften Schutz vom Staat. Seitdem wird die Kohle subventioniert. P. bedeutet Abschottung der heimischen Wirtschaft gegen Konkurrenz aus dem Ausland, z.B. durch Zölle,

Handelsbeschränkungen, Einfuhrkontingente, technische Vorschriften, Subventionen, Steuern usw. Nicht mehr wettbewerbsfähige Branchen werden so künstlich am Leben erhalten. Weil P. die internationale Arbeitsteilung stört, versucht die [↑]WTO, den P. abzubauen (z.B. durch Zollsenkungen).

q

Qualifikation Um einen interessanten Arbeitsplatz zu bekommen und zu behalten, benötigt man heute vor allem eins: gute (berufliche) Qualifikationen. In der Arbeitswelt der [↑]Wissensgesellschaft sind Lernbereitschaft und Qualifikationen unerlässliche Voraussetzungen für Beschäftigungsfähigkeit. Verlangt werden sowohl eine gute Allgemeinbildung als auch berufsspezifisches Fach- und Praxiswissen. Daneben sind sogenannte Schlüsselqualifikationen wichtig:

- *Kommunikationsfähigkeit*: sich gut ausdrücken und klar argumentieren können, zuhören können, sein Wissen mit anderen teilen;
- *Teamfähigkeit*: gerne mit anderen zusammen arbeiten, sich in ein Team integrieren können, Ziele gemeinsam erreichen wollen.
- *Belastbarkeit*: nicht die Übersicht verlieren, wenn man unter Termindruck steht – und dann auch noch der PC streikt.
- *Leistungsbereitschaft*: Wenn's brennt, sollte man auch mal bereit sein, eine zusätzliche Aufgabe zu übernehmen;
- *Medienkompetenz*: verlangt sind (ein gewisses) Technikverständnis und die Fähigkeit, mit PC, Internet und anderen Informations- und Kommunikationstechniken umzugehen;
- *Flexibilität*: Ist ein Kollege krank geworden, sollte man sich rasch umstellen und anpassen können. Nicht an Routinen kleben, sondern (geistig) beweglich bleiben.

Das **Qualifikationsniveau** wird auch künftig weiter ansteigen; deswegen wird „lebenslanges“ bzw. „lebensbegleitendes Lernen“ immer wichtiger. Es reicht nicht mehr aus, sich allein auf die berufliche Erstausbildung zu verlassen.

Für Jugendliche ist es wichtig, zwei Dinge zu verstehen: a) Erwerbspersonen ohne Qualifikationen und ohne Berufsabschluss haben heute auf dem Arbeitsmarkt ganz schlechte Karten; sie weisen die höchsten $\uparrow$ Arbeitslosenquoten auf; b) die Mutter aller Qualifikationen ist die Bereitschaft und die Fähigkeit zu lernen. Auf der Gegenseite sollten die Unternehmen begreifen, dass sie die berufliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter $\rightarrow$ ernst nehmen müssen; denn deren Qualifikationsniveau ist eine wesentliche Voraussetzung sowohl der Wettbewerbsfähigkeit als auch des Innovationspotentials der Unternehmen.

Qualitatives Wachstum Beim quantitativen Wachstum zählt allein die Steigerung des Sozialprodukts ($\uparrow$ BIP): je mehr, desto besser, unabhängig davon, was zunimmt; es können auch abgeholzte Baumstämme aus Regenwäldern, Autounfälle oder Schundvideos sein. Beim qualitativen Wachstum ist Thema, was wächst: Erhöhen sich Wohlfahrt, Gesundheit und Lebensqualität der Menschen tatsächlich, wenn das BIP steigt? Beim qualitativen Wachstum werden solche Fragen und insbesondere auch die ökologischen Folgekosten des Wirtschaftens beachtet ($\uparrow$ Nachhaltigkeit; nachhaltiges Wachstum). In diesem Sinne geht es um die Abstimmung der Erfordernisse von Ökonomie und Ökologie.

Quartärer Sektor (lat. Quartum = das Vierte) Aus dem $\uparrow$ Dienstleistungssektor bildet sich ein spezialisierter Bereich mit hochqualifizierten Dienstleistungen heraus (Software-Entwicklung, Therapien, Medien, Forschung und Entwicklung usw.). Dieser Teilbereich prägt die $\uparrow$ Wissensgesellschaft.

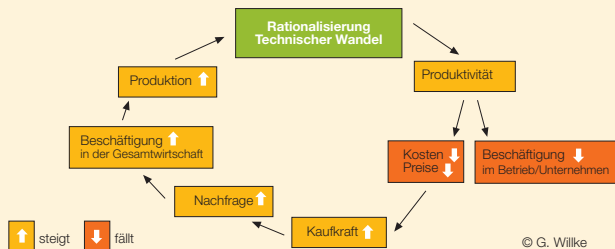
r

Rationalisierung (lat. ratio = Vernunft, Verstand) Vor dem Ersten Weltkrieg wurden in Henry Fords Automobilfabriken bei Detroit rund zehntausend Autos im Jahr produziert. Dann kam die Rationalisierung: An die Stelle der handwerklichen Arbeitstechniken trat jetzt das Fließband. Jeder Arbeiter

führte nur noch ein paar spezialisierte Handgriffe aus; Leerlauf und Wartezeiten wurden „wegrationalisiert“, die Durchlaufzeiten verkürzt, das Tempo gesteigert. Die Löhne wurden kräftig angehoben, der freie Samstag eingeführt. Die Produktion explodierte: Im Jahr 1914 wurden fast 250.000 Automobile hergestellt. Durch die Massenproduktion wurde das Auto auch für die „Massen“ erschwinglich.

Seither ist die Rationalisierung weiter fortgeschritten; dem Fließband folgte die Automatisierung, der Einsatz von Robotern, die Steuerung der Produktionsprozesse durch Computerprogramme, die mikroelektronische Revolution. Ziel der Rationalisierung ist es, Effizienz und Produktivität zu steigern und die Produktionskosten zu senken; dadurch erhöht sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen: Sie können mehr Güter zu günstigeren Preisen anbieten. Im Fall der Automobilproduktion sind die Stückkosten durch Mechanisierung und Automatisierung so stark gefallen (während gleichzeitig die Einkommen gestiegen sind), dass heute fast jeder ein Auto hat. Vor dem Ersten Weltkrieg waren es nur die Reichen, die sich das Luxusgut Automobil (plus Chauffeur) leisten konnten.

► Wie Rationalisierung sich auswirkt



Rationalisierung ist nicht auf den technischen Bereich beschränkt, auch die Unternehmensorganisation kann rationalisiert werden. An die Stelle hierarchischer Strukturen mit vielen Kontrollebenen treten selbstorganisierte und eigenverantwortliche Gruppen; die mittlere Führungsebene kann ausgedünnt

werden. Wenn $\uparrow$ Unternehmen rationalisieren, geht es häufig auch darum, Lohnkosten, also Arbeitskräfte einzusparen. Sofern nicht anderswo neue Arbeitsplätze entstehen, kommt es zu Entlassungen. Es ist aber nicht so, dass wegen der Rationalisierung die Arbeit ausgeht. Seit Jahrhunderten wird rationalisiert, und die Zahl der Erwerbstätigen hat insgesamt zugenommen. Auch im Falle von Fords Fließbändern ist die Zahl der Automobilarbeiter in Detroit enorm angestiegen, weil der Output (die Zahl der Autos) schneller zunahm als die Produktivität (also der Einsparungseffekt der Rationalisierung). Ist Rationalisierung ein „Fluch“ oder ein „Segen“, ist sie eher ein „Job-Killer“ oder ein „Job-Knüller“? Darüber wird heftig gestritten. Über einen längeren Zeithorizont betrachtet haben bisher die arbeitsplatzschaffenden Wirkungen der Rationalisierung überwogen. Immer ist Rationalisierung aber auch ein Prozess der „schöpferischen Zerstörung“, woraus Neues entstehen kann.

Reallohn Werden die tarifvertraglich vereinbarten Löhne ($\uparrow$ Nominallohne) um 3% erhöht, während gleichzeitig das $\uparrow$ Preisniveau um 3% steigt, dann haben die $\uparrow$ Arbeitnehmer:innen „real“ nichts gewonnen: ihre Reallohne bleiben unverändert. Der Reallohn ergibt sich als rechnerische Größe, wenn man die Nominallohne um die $\uparrow$ Inflation bereinigt (siehe Tabelle). Die Reallohne sind also ein Maß für die tatsächliche $\uparrow$ Kaufkraft der Löhne.

► Nominal- und Reallohnentwicklung

(in Deutschland; Veränderungen in %)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Tariflöhne	2,0	2,0	2,6	2,0	1,3	1,1
Preisanstieg	1,4	2,0	1,4	1,0	1,6	2,0
Reallohne	0,6	0,0	1,0	1,0	-0,3	-0,9

Daten: Deutsche Bundesbank

Recht auf Arbeit Artikel 23, Absatz 1 der UN-Menschenrechtserklärung lautet: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz

gegen Arbeitslosigkeit.“ Dies sind allerdings keine einklagbaren subjektiven Rechte, sondern Programmsätze. Im Grundgesetz fehlt das Recht auf Arbeit, als Programmsatz steht es jedoch in einigen Länderverfassungen. Beispiel: Verfassung des Landes Brandenburg; Artikel 48:

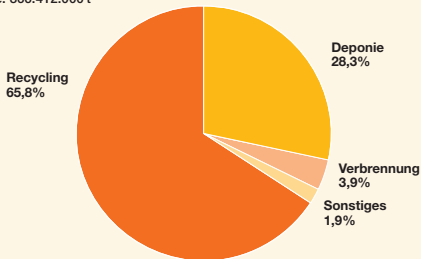
“Das Land ist verpflichtet, im Rahmen seiner Kräfte durch eine Politik der Vollbeschäftigung und Arbeitsförderung für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sorgen, welches das Recht jedes einzelnen umfasst, seinen Lebensunterhalt durch freigewählte Arbeit zu verdienen.“

(Im Jahr 2005 lag die $\uparrow$ Arbeitslosenquote dort bei 20,3%.)

Recycling Teile des Hausmülls, insbesondere Verpackungsmaterialien, werden heute vom „Dualen System Deutschland“ eingesammelt, sortiert und später zum größten Teil wiederverwertet. Auch Rest- und Abfallstoffe aus Produktionsprozessen werden nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft „recycelt“ = zurückgewonnen, um die Umweltbelastung zu verringern. Weniger als ein Drittel des Abfalls landet immer noch auf Deponien.

► Was mit dem Müll in Deutschland passiert

Gesamtmüllmenge: 366.412.000 t
Zahlen 2003



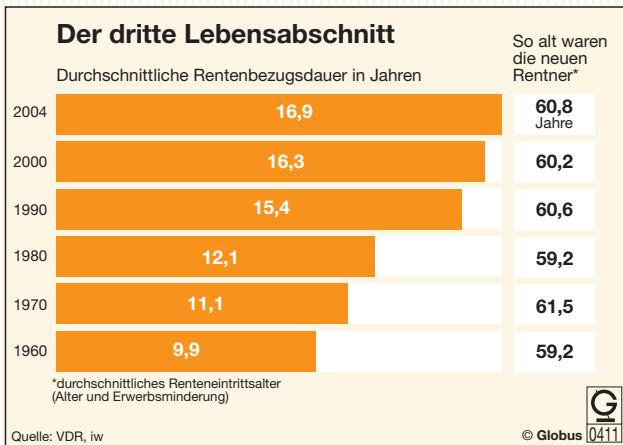
Quelle: SBA

© Leitwerk 2006

Rentabilität Wie hoch ist die Rentabilität, wenn Sie Ihrem Freund $\ddot{A}$ 200 € leihen und nach einem Jahr diese Summe plus 14 € „Zinsen“ zurückbekommen? (Formel: Ertrag/Gewinn als prozentualer Anteil am eingesetzten Kapital;

rechnen Sie mal!). In Marktwirtschaften verfolgen Unternehmen das Ziel, eine möglichst hohe Rentabilität zu erreichen, also den Gewinn im Verhältnis zum eingesetzten Kapital zu maximieren. Für diese Unternehmen ist die Rentabilität eine Maßzahl des finanziellen Erfolgs.

Rente Wenn ältere Menschen nicht mehr erwerbstätig sind, benötigen sie trotzdem ein Einkommen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten: die meisten bekommen eine Rente (bei Beamten heißt es etwas vornehmer: Pension). Finanziert wird das „Altersruhegeld“ durch die gesetzliche Rentenversicherung, in die alle $\uparrow$ abhängig Beschäftigten einzahlen müssen. Neben dieser Rente gibt es noch Betriebsrenten und Leistungen aus privater Altersvorsorge (z.B. „Riester-Renten“).



Rentenversicherung Die gesetzliche Rentenversicherung ist Teil des Systems der staatlichen $\uparrow$ Sozialversicherungen. Sie ist eine Zwangsver-

sicherung: Alle Arbeitnehmer^{zz} müssen einen bestimmten Teil ihres Bruttoeinkommens in die Rentenversicherung einbezahlen; der Beitragssatz liegt bei 19,5% (Stand: 2006); Arbeitnehmer^{zz} und Arbeitgeber^{zz} teilen sich den Betrag. Die eingezahlten Rentenbeiträge werden unmittelbar wieder an die heutigen Rentner^{zz} ausbezahlt (vgl. [↑]Generationenvertrag).

Ressourcen Allgemein sind damit produktive Faktoren gemeint (Arbeit, Kapital, Boden, Wissen usw.). Meistens geht es jedoch um „natürliche“ Ressourcen, also um nicht erneuerbare Rohstoff- und Energiequellen wie Kohle und Erdöl, die irgendwann erschöpft sein werden, sowie um erneuerbare Ressourcen wie Regenwälder, Sonnenenergie, Wind- und Wasserkraft usw.

Rezession Starke Abschwächung des wirtschaftlichen [↑]Wachstums mit ansteigender Arbeitslosigkeit. Genauer gesagt spricht man von Rezession, wenn die [↑]Konjunktur einbricht und die Wirtschaft in zwei aufeinander folgenden Quartalen (Vierteljahren) schrumpft (negatives Wachstum des realen [↑]BIP).

Rohstoffe Produktionsgüter, die direkt aus der Natur gewonnen werden: Wasser, Kohle, Steine, Kupfer, Eisen usw. Nachwachsende Rohstoffe sind land- und forstwirtschaftliche Produkte wie Holz, Getreide, Baumwolle, Arzneipflanzen usw.

S

Sachverständigenrat = Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Beratungsgremium von Bundesregierung, Bundestag und Öffentlichkeit. Der Sachverständigenrat veröffentlicht Jahresgutachten, die im Internet verfügbar sind:

www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit) Ein Handwerker^z kommt ins Haus und repariert tropfende Wasserhähne. Als er^z fertig ist, fragt er^z: „Mit Rechnung? Dann kostet's 70 €; oder bar auf die Hand? Dann kostet's 40 €.“ Erwerbsarbeit, die gegenüber dem Finanzamt und den Sozialversicherungen verschwiegen wird, spielt sich „im Schatten“ bzw. im Verborgenen ab; sie ist illegal, weil dabei Steuern und Sozialabgaben hinterzogen werden.

Schwarzarbeit [↑]Schattenwirtschaft

Schwellenländer [↑]NIC

Sekundärer Sektor = Produzierendes Gewerbe; dazu gehören folgende Branchen: Verarbeitendes Gewerbe (Industrie), Produzierendes [↑]Handwerk, Energie und Bergbau, Bauwirtschaft.

Selbständige Im Jahr 2006 gab es in Deutschland rund 4.364 Mio. Selbständige. Die meisten von ihnen arbeiten im Dienstleistungssektor – die Hälfte allein ohne weitere Beschäftigte. (Vgl. [↑]Freiberufler^z; Gegenbegriff: [↑]abhängig Beschäftigte.)

Shareholder-Value Orientierung der Geschäftspolitik eines Unternehmens am Interesse der Kapitaleigentümer, also ausschließlich am Gewinn (shares = Aktien). Die Interessen der anderen ([↑]Stakeholder; stakes = allgemeine Belange) wie Arbeitnehmer^z, Verbraucher^z, Umweltgruppen usw.) werden vernachlässigt. Vertreter des „Stakeholder-Value“ stellen die Belange der Mitarbeiter^z des Unternehmens mit dem Argument in den Vordergrund, das Wohlergehen der Mitarbeiter^z dürfe der Rendite nicht nachgeordnet werden. Inzwischen weiß man, dass eine faire Behandlung der Mitarbeiter^z und ihre Förderung nicht nur diesen nützt, sondern auch dem Unternehmen, seinem Ansehen und seiner Rendite – kurz: dem Shareholder-Value.

Solidaritätszuschlag Aus (staatlich verordneter) Solidarität mit den Men-

schen in den neuen Bundesländern bezahlen alle Steuerpflichtigen seit 1995 einen Zuschlag; er beträgt 5,5% auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Diese Mittel werden dafür verwendet, die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland zu verbessern und denen in Westdeutschland anzugleichen.

Sozialabgaben (Sozialbeiträge) Zwangsabgaben für die gesetzlichen [↑]Sozialversicherungen; sie werden vom [↑]Arbeitgeber $\ddot{=}$ direkt vom Bruttolohn abgezogen und an die Versicherungen abgeführt. Zurzeit betragen die Sozialabgaben rund 41,7% des Bruttolohns und werden je zur Hälfte von [↑]Arbeitnehmer $\ddot{=}$ und Arbeitgeber $\ddot{=}$ getragen.

Sozialbudget Tabellarische Übersicht über alle [↑]sozialpolitischen Aufwendungen des Staates und ihrer Finanzierung. Dazu gehören die [↑]Sozialversicherungen, Kinder- und Erziehungsgeld, Wohngeld, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Kriegsopferversorgung, Sozialhilfe, Beamtenversorgung usw. Im Jahr 2003 belief sich das Sozialbudget auf rund 694,5 Mrd. €. Das sind 32,6% des [↑]BIP. (www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq23.php)

Soziale Marktwirtschaft Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Westdeutschland die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack eingeführt. Die leitende Idee dabei war, den [↑]Kapitalismus sozialverträglich zu gestalten. Eine aktive staatliche Wettbewerbspolitik sollte der Entstehung wirtschaftlicher Macht und marktbeherrschender Unternehmen einen Riegel vorschieben, und eine breit angelegte Sozialpolitik sollte für „sozialen Ausgleich“ sorgen, d.h. soziale Sicherheit bieten ([↑]Sozialversicherung) und soziale Gerechtigkeit herstellen – durch Sozialleistungen und Einkommensumverteilung. Das Prinzip des „sozialen Ausgleichs“ hat zu einer starken Ausweitung des [↑]Sozialstaats geführt. Entsprechend ist die Belastung der privaten Haushalte und der Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben progressiv angestiegen. Daher wird heute versucht, die soziale Marktwirtschaft zu reformieren, – mit weniger Sozialstaat und mehr Eigenverantwortung der Wirtschaftsbürger $\ddot{=}$.

Sozialhilfe Wer sich in einer Notlage befindet und außerstande ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten (weder aus eigenen Kräften noch durch familiäre Hilfe), hat Anspruch auf Sozialhilfe vom Staat. Dieses „soziale Netz“ soll sicherstellen, dass niemand hungern oder frieren muss, sondern ein (einigermaßen) menschenwürdiges Leben führen kann. Viele Menschen geraten durch Arbeitslosigkeit in eine Notlage, in der sie auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Sozialismus Diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption stellt einen Gegenentwurf zur Marktwirtschaft dar. Kern ist die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, also die Abschaffung des Privateigentums an Unternehmen. Damit sollten Ausbeutung verhindert und soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden. In der Praxis ist das Modell gescheitert: In den Jahren nach 1989 haben die ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas den Sozialismus aufgegeben und die marktwirtschaftliche Konzeption übernommen. (Vgl. ↑Marxismus)

Sozialleistungen ↑Kindergeld, ↑BAföG für Schüler↗ und Studierende, ↑Wohngeld, ↑Sozialhilfe – kurz: alle Zahlungen von staatlichen Stellen ohne direkte Gegenleistung der Empfänger↗ werden als Sozialleistungen bezeichnet. (Vgl. ↑Sozialbudget)

Sozialpartner ↑Tarifvertragsparteien

Sozialpolitik Wichtigstes Ziel der Sozialpolitik ist der „soziale Ausgleich“, d.h. die Verbesserung der Lage „sozial schwacher“ Personen und Familien mit geringem Einkommen durch ↑Sozialleistungen und Umverteilungsmaßnahmen (z.B. progressive ↑Einkommensteuer). Zur Sozialpolitik gehören die gesetzlichen ↑Sozialversicherungen, Familienpolitik (↑Kindergeld, ↑BAföG), Wohnungspolitik (sozialer Wohnungsbau, Bausparprämien, ↑Wohngeld), Vermögensbildungspolitik (Sparförderung, ↑vermögenswirksame Leistungen) sowie – als beste Sozialpolitik: eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik.

Sozialprodukt = Nationaleinkommen. Der Wert aller Güter (Waren und Dienstleistungen), die im Laufe eines Jahres in einer Volkswirtschaft produziert werden. Dazu gehört die Wertschöpfung der inländischen Unternehmen, der privaten Haushalte sowie des Staates. An der Entwicklung des Sozialprodukts wird das wirtschaftliche Wachstum gemessen (vgl. ↑BIP). Dem Sozialprodukt entspricht das gesamte Einkommen aller privaten Haushalte (Löhne, Gehälter, Zinsen, Mieten, Pachten und Gewinne).

Sozialstaat Der Kern des Sozialstaats sind die gesetzlichen ↑Sozialversicherungen (↑Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung). Darüber hinaus verteilt der Sozialstaat eine Fülle von steuerlich finanzierten Sozialleistungen (wie Sozial- und Arbeitslosenhilfe, ↑Wohngeld, ↑Kindergeld, ↑BAföG usw.). Die Ausweitung des Sozialstaats geht mit einer steigenden ↑Staatsquote einher, und diese mit einer steigenden Belastung des Faktors der Arbeit, denn es sind im Wesentlichen die Arbeitseinkommen, denen die Sozialabgaben und Lohnnebenkosten aufgebürdet werden. So kommt es zu einer unheilvollen Spirale: Weil die Arbeitskosten den Unternehmen zu hoch sind, wird rationalisiert und ins Ausland verlagert; die Arbeitslosigkeit steigt, und entsprechend die Aufwendungen des Sozialstaats für Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohngeld usw. Wegen der höheren Aufwendungen müssen die Beitragssätze der Sozialversicherungen erhöht werden, was den Faktor Arbeit noch weiter verteuert und noch mehr Leute arbeitslos macht usw. Heute ist unstrittig, dass der Sozialstaat reformiert werden muss, weil er nach dem alten Muster nicht mehr finanziert werden kann. Umstritten ist nur, wie.

Sozialversicherung Bismarcks Sozialgesetzgebung (das war in den 1880er Jahren) bildet die Grundlage der Pflichtversicherungen in Deutschland. Damals wurde die gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung eingeführt; 1927 kam die Arbeitslosenversicherung hinzu, und seit 1995 gibt es die Pflegeversicherung. Über 90% der Bevölkerung sind heute durch diese Sozialversicherungen gegen Einkommens- und Finanzierungsrisiken

abgesichert. Die Versicherungsleistungen werden überwiegend durch Beiträge finanziert, die sich Arbeitnehmer^z und Arbeitgeber^z teilen.

Der Krankenversicherungsbeitrag liegt je nach Krankenkasse zwischen 13% und 15%, der Rentenbeitragssatz bei 19,5%, die Arbeitslosenversicherung bei 6,5% und die Pflegeversicherung bei 1,7% des Bruttogehalts. Insgesamt wird der Faktor Arbeit also mit rund 42% Sozialabgaben belastet. (Sie können ja mal den Monatsbeitrag ausrechnen, den ein Arbeitnehmer^z zahlen muss, wenn er 3.384 € brutto hat.)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte^z Die überwiegende Mehrheit der ↑abhängig Beschäftigten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Nicht dazu gehören die ↑geringfügig Beschäftigten, die keine ↑Sozialabgaben leisten.

Sparquote Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte; Ersparnis ist der Teil des Einkommens, der nicht für Konsumzwecke verbraucht wird. In Deutschland bewegt sich die Sparquote je nach Wirtschaftslage zwischen 9 und 11% des verfügbaren Einkommens.

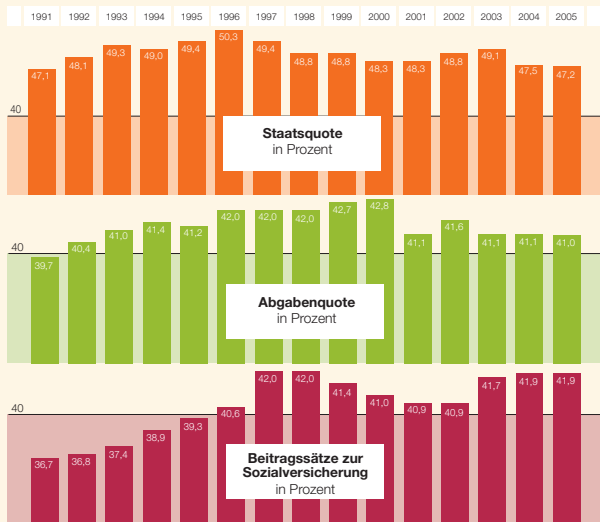
Staatsausgaben Ausgaben der ↑öffentlichen Haushalte bzw. des Staatsapparats; der setzt sich zusammen aus den Gebietskörperschaften (Bund,



Länder und Gemeinden) sowie den Sonderhaushalten (gesetzliche ↑ Sozialversicherungen). Den Staatsausgaben stehen die Staatseinnahmen (Steuern und Abgaben) gegenüber. Sind die Ausgaben höher als die Einnahmen (das ist leider der Normalfall), dann besteht ein ↑ Haushaltsdefizit. Im Jahr 2003 beliefen sich die Staatsausgaben auf 1.003 Mrd. €.

Staatsquote Anteil der ↑ Staatsausgaben am ↑ BIP. In Deutschland liegt die Staatsquote (in der engen Definition: nur Gebietskörperschaften) bei rund 35 %; (in der weiten Definition, einschließlich Sozialversicherungen: bei rund 47,2% am BIP im Jahr 2005).

▷ Staatseinfluss: Weit über 40 Prozent



Staatsquote: Gesamtausgaben des Staates in Prozent des BIP, 1995: ohne die Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft, 2000: ohne die Erlöse aus der UMTS-Versteigerung; **Abgabenquote:** Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge in Prozent des BIP; **Beitragssätze zur Sozialversicherung:** Westdeutschland

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

© Leitwerk 2006

Staatsverschuldung Sind die $\uparrow$ Staatsausgaben größer als die Einnahmen des Staates, entstehen $\uparrow$ Haushaltsdefizite. Diese müssen durch Kreditaufnahme finanziert werden. Der Staat leiht sich Geld bei Banken und Lebensversicherungen, bei Privatleuten, die z.B. Bundesschatzbriefe kaufen, und auch bei ausländischen Anlegern $\ddot{a}$. Im Jahr 2001 belief sich das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalte auf fast 50 Mrd. €, 2005 waren es 57 Mrd. €. Je höher die Fehlbeträge ausfallen, desto größer wird die Staatsverschuldung als Summe aller Haushaltsdefizite. Im Mai 2006 lag die Staatsverschuldung bei 1.501 Milliarden Euro (= 69% des $\uparrow$ BIP); jeder einzelne Bürger $\ddot{a}$ ist also mit rund 18.210 € „öffentlich“ verschuldet.



Man könnte fragen: „Wo liegt das Problem? Der Staat – das sind die Bürger $\ddot{a}$; der Staat verschuldet sich bei seinen Bürgern $\ddot{a}$; die sind also sowohl Gläubiger $\ddot{a}$ als auch Schuldner $\ddot{a}$.“ Schon richtig; dennoch gibt es drei schwerwiegende Folgeprobleme der Staatsverschuldung:

- Der Staat muss Zinsen zahlen auf seine Schulden; die öffentlichen Haushalte sind deswegen mit enormen Zinsausgaben belastet (allein im Bundeshaushalt 2006 sind rund 39,45 Mrd. € = 15,1% der Gesamtausgaben für Zinszahlungen angesetzt).
- Das schränkt den politischen Handlungsspielraum von Parlament und Regierung beträchtlich ein. Ohne Staatsverschuldung könnten diese Mittel

z.B. für die Modernisierung der Infrastruktur und des Bildungssystems verwendet werden.

c) Darüber hinaus ist mit den staatlichen Zinszahlungen eine Einkommensumverteilung „von unten nach oben“ verbunden: die öffentlichen Haushalte werden von allen Steuerzahlern finanziert, während die Empfänger der Zinszahlungen überwiegend die besser verdienenden und vermögenden Haushalte sind.

Stabilisierungspolitik Wirtschaftspolitische Maßnahmen mit dem Ziel, die ↑Konjunktur und die ↑Beschäftigung zu verstetigen (stabilisieren).

Stabilitätspolitik Wirtschaftspolitische Maßnahmen mit dem Ziel, die ↑Geldwertstabilität zu sichern.

Stagnation Geringes oder gar kein wirtschaftliches Wachstum. Führt zu sinkenden Realeinkommen und zu steigender Arbeitslosigkeit.

Standort Deutschland Unternehmen investieren nur dann auf dem Standort Deutschland, wenn die Bedingungen für sie attraktiv sind. Zu den ungünstigen deutschen Standortbedingungen gehören hohe ↑Lohn- und Lohnnebenkosten, hohe Steuern und Abgaben, das Ausmaß an Regulierung (z.B. die Dauer von Genehmigungsverfahren) usw. Zu den günstigen Bedingungen gehört die hohe ↑Produktivität, das gute Ausbildungsniveau der meisten Arbeitskräfte, die moderne ↑Infrastruktur usw. Bei großen Investitionen vergleichen Unternehmen verschiedene Standorte und wählen den günstigsten aus; so kommt es zum ↑Standortwettbewerb.

Standortwettbewerb Unterschiedliche ↑Standorte konkurrieren um Unternehmensinvestitionen, weil damit Beschäftigung, Einkommen und Steuererträge verbunden sind. Das gilt für Gemeinden, Bundesländer und für Staaten. Daraus ergibt sich ein Druck auf die Verantwortlichen, die Standortbedingungen günstig für die Unternehmen zu gestalten.

Statistisches Bundesamt (SBA) Staatliche Behörde (Sitz in Wiesbaden), die eine Vielfalt statistischer Erhebungen durchführt und veröffentlicht. Dem SBA sind Statistische Landesämter nachgeordnet.

Steuerpolitik Mit Steuern verschafft sich der Staat Einnahmen. Indem er Steuern einführt oder abschafft, erhöht oder senkt, kann der Staat die Höhe seiner Einnahmen beeinflussen und verschiedene Gruppen von Steuerzahlern unterschiedlich stark belasten. Durch die progressive Gestaltung der Einkommensteuer können umverteilungspolitische Ziele erreicht werden, durch Steuerbefreiungen, z.B. Kinderfreibeträge, werden sozialpolitische Ziele verfolgt.

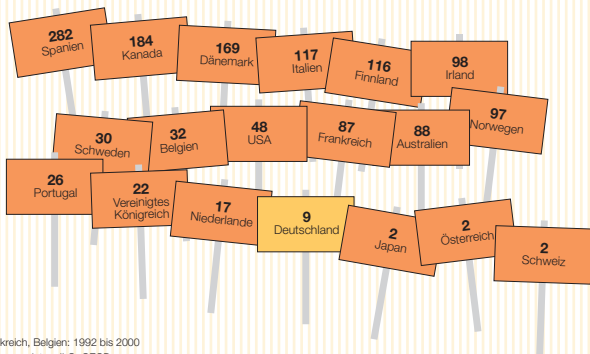
Steuersatz Der $\uparrow$ Mehrwertsteuersatz beträgt aktuell (bei den meisten Gütern) 16%, ab dem 1.1.2007 19%. Der Einkommenssteuersatz beginnt bei 15% auf niedrige Einkommen und steigt dann mit höherem Einkommen auf den Spitzensteuersatz von 42% an (Progression). (Vgl. $\uparrow$ Einkommensteuer)

Stille Reserve Personen im erwerbsfähigen Alter, die nicht eindeutig den $\uparrow$ Erwerbspersonen zugeordnet werden können. Es sind in der Mehrzahl Hausfrauen, die gelegentlich, d.h. unter günstigen Arbeitsmarktbedingungen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen (häufig $\uparrow$ Teilzeitarbeit oder eine $\uparrow$ geringfügige Beschäftigung), bei schlechter $\uparrow$ Konjunktur sich vom $\uparrow$ Arbeitsmarkt aber wieder zurückziehen und sich nicht arbeitslos melden.

Streik Wird als Maßnahme des $\uparrow$ Arbeitskampfes von $\uparrow$ Gewerkschaften ausgerufen, wenn $\uparrow$ Tarifverhandlungen nicht zum gewünschten Ziel führen. Arbeitsniederlegungen verursachen auf beiden Seiten hohe Kosten. Eine geringe Streikhäufigkeit gilt als Indikator für „sozialen Frieden“. Im Zeitraum 1990 bis 1998 gab es im Jahresdurchschnitt in Deutschland 4,8 Streiktage pro 1.000 Arbeitnehmer $\ddot{a}$, in den USA 42,5, in Italien 177,1.

▷ Arbeitskämpfe international

So viele Arbeitstage gingen im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 2001 je 1.000 Beschäftigte durch Streiks und Aussperrungen verloren



Frankreich, Belgien: 1992 bis 2000
 Ursprungsdaten: ILO, OECD
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© Leitwerk 2003

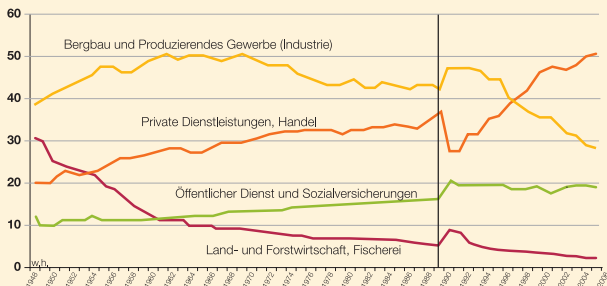
Strukturelle Arbeitslosigkeit ↑ Arbeitslosigkeit

Strukturpolitik Wenn der Bergbau in Nordrhein-Westfalen und im Saarland subventioniert wird oder wenn die Landwirtschaft in Bayern besonders gefördert wird, dann beeinflusst dieses staatliche Handeln die Wirtschaftsstruktur: es handelt sich um Strukturpolitik. Unterschieden werden sektorale Strukturpolitik (beeinflusst einzelne Wirtschaftsbranchen und -sektoren), regionale Strukturpolitik (beeinflusst bestimmte Regionen) und Maßnahmen zur Gestaltung der ↑ Infrastruktur.

Strukturwandel Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen verändern sich laufend. Auf die Agrargesellschaft folgte die Industriegesellschaft. Diese wurde von der Dienstleistungsgesellschaft abgelöst, die sich aktuell zur Informations- und Wissensgesellschaft entwickelt.

▷ Sektoraler Wandel der Arbeitswelt in Deutschland

Anteil der Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren in %*



* Dienstleistungssektor: Private Dienstleistungen + Beschäftigte (incl. Beamte) im Öffentlichen Dienst und Sozialversicherungen, Daten bis 1990 nur für Westdeutschland

Quellen: Statistisches Bundesamt, THE ECONOMIST

© Leitwerk 2006

Am deutlichsten ist dieser Strukturwandel an der Veränderung der Sektoralanteile zu beobachten (entsprechend der so genannten „Vier-Sektoren-Hypothese“; vgl. Abbildung). Hier zeigt sich, gemessen an den jeweiligen Anteilen am ↑ BIP, wie der primäre Sektors dramatisch an Bedeutung verloren hat, während der Anteil des sekundären Sektors zunächst gestiegen, seit den 1970er Jahren aber wieder rückläufig ist; der Anteil des tertiären Sektors nahm laufend zu; aus diesem entwickelt sich nun ein quartärer Sektor mit hochqualifizierten wissensbasierten Dienstleistungen.

Subsidiarität Für die ↑ Sozialhilfe sind die Kommunen zuständig; dies ist Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips: Aufgaben sollen auf der Ebene durchgeführt werden, die möglichst nahe „am Problem dran“ ist. Bezogen auf die Gebietskörperschaften (Gemeinden, Länder, Bund, EU) heißt dies, dass politische Verwaltungs- und Versorgungsaufgaben dort angesiedelt sein sollten, wo sie am besten wahrgenommen werden können. Auch der Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ entspricht dem Subsidiaritätsprinzip: Was der Einzelne selbst tun kann, sollen nicht andere für ihn tun. Wohl aber müssen die Einzelnen zur Selbsthilfe befähigt werden.

Subvention Kohlebergbau, Schiffbau, Land- und Forstwirtschaft, Wohnungsbau, Verkehr – diese und weitere Branchen werden vom Staat unterstützt. Sie erhalten Zahlungen, Beihilfen oder Steuervergünstigungen ohne unmittelbare Gegenleistung. Zweck der Erhaltungssubventionen ist es, diese Wirtschaftszweige und die zugehörigen Unternehmen am Leben zu erhalten; ohne Subventionen wären sie nicht wettbewerbsfähig und würden vom Markt verschwinden. Auch private Haushalte werden vom Staat unterstützt, d.h. subventioniert – durch Transferleistungen wie z.B. ↑Kindergeld, ↑Wohnungsgeld, ↑Sozialhilfe, ↑BAföG usw. Der Umfang aller Subventionen lag im Jahr 2004 bei rund 150 Mrd. €.

Sustainable development = nachhaltige Entwicklung ↑Nachhaltigkeit

t

Tarifautonomie Die ↑Tarifvertragsparteien haben laut Grundgesetz (Art. 9 Abs. 3) das Recht, ↑Tarifverträge in eigener Verantwortung abzuschließen. Bei der Wahrung ihrer Interessen (Löhne und Gehälter, ↑Arbeitszeiten und sonstige Arbeitsbedingungen) darf der Staat sich nicht einmischen; hier sind die Tarifvertragsparteien unabhängig, also autonom.

Tarifkommission Vertreter:innen der ↑Tarifvertragsparteien, die damit beauftragt sind, ↑Tarifverhandlungen zu führen und ↑Tarifverträge abzuschließen.

Tarifpartner ↑Tarifvertragsparteien.

Tarifpolitik Die ↑Tarifvertragsparteien vereinbaren in ↑Tarifverträgen wesentliche Bedingungen der ↑Erwerbsarbeit, z.B. Lohn- und Gehaltserhöhungen, ↑Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsregelungen usw. Bei diesen tarifpolitischen Entscheidungen sind die Tarifvertragsparteien autonom, also unabhängig von staatlicher Einflussnahme (vgl. ↑Tarifautonomie).

Tarifverhandlungen Regelmäßige Gespräche zwischen den ↑Tarifvertragsparteien mit dem Ziel, ↑Tarifverträge zu vereinbaren. Führen diese Verhandlungen nicht zur Einigung, kann es zu ↑Streiks kommen.

Tarifvertrag Wird in ↑Tarifverhandlungen eine Einigung erzielt, dann werden die Ergebnisse in einem schriftlichen Vertrag festgehalten. In Deutschland gibt es zurzeit über 57.000 Tarifverträge (für die verschiedenen Branchen und Tarifgebiete). Die Geltungsdauer vieler Tarifverträge ist auf ein bis zwei Jahre begrenzt. Während dieser Zeit dürfen keine ↑Arbeitskampfmaßnahmen ergriffen werden.

Tarifvertragsparteien ↑Gewerkschaften vertreten die ↑Arbeitnehmer↔ und Arbeitgeberverbände die ↑Unternehmen in den ↑Tarifverhandlungen. Ihnen steht im Rahmen der ↑Tarifautonomie das Recht zu, ↑Tarifverträge für die Beschäftigten abzuschließen. Eine wichtige Aufgabe der Tarifvertragsparteien besteht darin, einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen von Arbeitgebern↔ und Arbeitnehmern↔ zu finden.

Tausch Zentrale Handlungseinheit des Wirtschaftens. Ursprünglich wurde Ware gegen Ware getauscht (Naturaltausch), heute meist Ware gegen Geld bzw. Geld gegen Ware (Verkauf/Kauf).

Technischer Fortschritt Wertender Ausdruck für den (neutralen) Begriff ↑technischer Wandel. (Ist technischer Wandel immer ein „Fortschritt“?)

Technischer Wandel Erfindungen und ↑Innovationen führen zu verbesserten, effizienteren Produktionsverfahren und zu neuen Produkten. Unternehmen treiben den technischen Wandel mit dem Ziel voran, ihre Produktionskosten zu senken. Neue Basistechnologien verändern nicht nur die Wirtschaft, sondern die Gesellschaft insgesamt (Beispiele: Automobil, Computer).

Technologiepolitik Staatliche Maßnahmen zur Förderung des technischen Wandels. Innovation und Modernisierung steigern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen – und damit Wachstum und Beschäftigung.

Teilzeitbeschäftigung im Jahr 2005 arbeiteten 11,3 Millionen Beschäftigte in Deutschland Teilzeit, das sind rund ein Drittel aller Beschäftigten. Überwiegend sind es Frauen (nämlich 9,7 Mio. = 86% aller Teilzeitbeschäftigten). Sie beziehen auch nur ein Teilzeit-Einkommen. Flexible $\uparrow$ Arbeitszeitregelungen erlauben heute eine bessere Abstimmung zwischen den persönlichen Arbeitszeitwünschen und den betrieblichen Erfordernissen.

Tigerstaaten Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan werden als die „vier kleinen Tigerstaaten“ bezeichnet – wegen ihrer rasanten Industrialisierung und Modernisierung. Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand gelten als die Tigerstaaten der zweiten Generation.

Tobinsteuer Der US-Ökonom James Tobin hat 1978 vorgeschlagen, eine Steuer auf internationale Finanztransaktionen einzuführen, um die Spekulation zu unterbinden. Der Vorschlag ist sehr umstritten; bislang wurde die Steuer nicht eingeführt.

Transnationale Unternehmen (TNU) Daimler-Chrysler, Coca Cola, Nokia, Siemens, IBM usw. gelten nicht mehr als deutsche, finnische oder amerikanische Unternehmen, sondern als „transnationale“; sie sind weltweit tätig und in allen größeren Staaten mit Niederlassungen, Tochterfirmen und Produktionsstätten „zu Hause“. Diese TNU treiben die $\uparrow$ Globalisierung voran.

U

Umsatz Verkauft ein Unternehmen im Jahr 100 Maschinen zum Preis von je 400.000 €, dann beträgt sein Umsatz (= Menge mal Preis) 40 Mio. € pro Jahr.

Umsatzsteuer Die $\uparrow$ Mehrwertsteuer ist eine typische Umsatzsteuer; Bemessungsgrundlage ist der $\uparrow$ Umsatz.

Umweltpolitik Das Dosenpfand, die Erhöhung der Benzinpreise durch eine Ökosteuer, strengere Höchstwerte für Schadstoffbelastungen ($\uparrow$ Immissionen) – dies sind Beispiele für Maßnahmen der Umweltpolitik. Sie haben das Ziel, eine gesunde Umwelt zu gewährleisten und die natürlichen $\uparrow$ Ressourcen zu schonen.

Umweltschutz Umweltschäden zu beseitigen, zu vermeiden und die Umweltqualität zu verbessern ist das Ziel aller Maßnahmen des Umweltschutzes. Dazu gehört nicht nur die staatliche $\uparrow$ Umweltpolitik, sondern auch ein ökologisch vernünftiges Verhalten der $\uparrow$ Unternehmen und der privaten Haushalte.

Umweltsteuern Energiesteuer, Mineralölsteuer, Verpackungssteuer, Steuern auf Pestizide, Lärmemissionsabgaben – das sind Beispiele für Umweltsteuern; sie dienen dem Ziel der $\uparrow$ Umweltpolitik, umweltschädigende Formen von Produktion und Konsum zu verteuern und dadurch möglichst zu verdrängen.

UNCTAD = United Nations Conference on Tariffs and Development. Das wichtigste Ziel der 1964 gegründeten UNCTAD (191 Mitgliedstaaten) besteht darin, die Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zu integrieren, und zwar mit Rücksicht auf die Belange der bedürftigsten Bevölkerungsgruppen.

Unterbeschäftigung $\uparrow$ Arbeitslosigkeit

Unternehmen Man kann Unternehmen unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten: Technisch gesehen produzieren sie Güter; in rechtlicher Hinsicht sind es selbständig wirtschaftende Organisationen, die aus mehreren Betrieben, Tochterunternehmen usw. bestehen können. Wirtschaftlich

gesehen setzen Unternehmen Produktionsfaktoren wie Kapital, Arbeit und Wissen ein, um mit dem Verkauf von Gütern eine möglichst hohe Rendite auf das eingesetzte Kapital zu erwirtschaften.

Neben privaten Unternehmen gibt es in unserem Wirtschaftssystem auch öffentliche Unternehmen, die in der Regel Versorgungsleistungen erbringen (z.B. öffentlicher Nahverkehr, Energieversorgung, Müllabfuhr usw.); sie streben in der Regel nicht nach Gewinn, sondern nach Kostendeckung.

Privatwirtschaftliche Unternehmen kombinieren $\uparrow$ Produktionsfaktoren zu dem Zweck, Güter zu produzieren, für die auf den Märkten kaufkräftige Nachfrage besteht. Der Chance auf Gewinne steht dabei das Risiko von Verlusten gegenüber. Als Nebeneffekt ihrer Güterproduktion fragen Unternehmen Arbeitskräfte nach und sorgen damit für Beschäftigung. Arbeitsplätze zu schaffen oder für Beschäftigung zu sorgen ist jedoch kein primäres Ziel von Unternehmen. (Oder wie sehen Sie das?)

Unternehmenskonzentration $\uparrow$ Konzentration

V

Verbraucherschutz Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Verbraucher $\checkmark$ und zur Stärkung ihrer Rechte als Konsumenten $\checkmark$. Beim gesundheitlichen Verbraucherschutz geht es um Verbote schädlicher Inhaltsstoffe, um mehr Sicherheit bei Kosmetika, Geräten und Produkten; der rechtliche Verbraucherschutz verbessert die Rechtsstellung der Käufer $\checkmark$, z.B. bei Haustürgeschäften (Rückgaberecht); verbesserte Verbraucherinformation (z.B. Lebensmittelkennzeichnung) erlaubt es den Konsumenten $\checkmark$, sich informiert z.B. zwischen gentechnisch veränderten und unveränderten Lebensmitteln zu entscheiden.

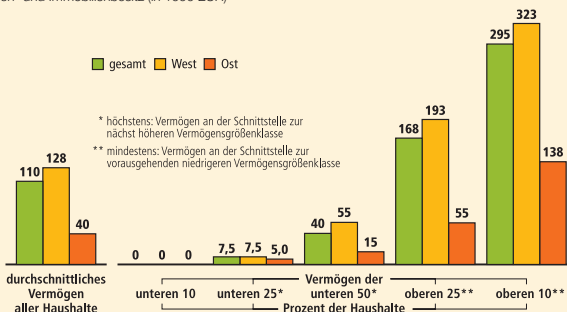
Verdienst $\uparrow$ Einkommen

Verlust Gegenbegriff zu $\uparrow$ Gewinn; $\text{Ertrag} < \text{Aufwand} = \text{Verlust}$.

Vermögen Sparguthaben, Lebensversicherungen, Bausparguthaben, Wohnungen, Häuser, Grundstücke, Anteile an Unternehmen (z.B. in der Form von Aktien) und sonstige Finanzanlagen bilden das Vermögen der privaten Haushalte. Zwei Drittel aller deutschen Haushalte haben kein oder nur geringes Vermögen. Während im statistischen Durchschnitt auf jeden Haushalt ein Vermögen von 110.000 € entfällt (128.000 € im Westen, 40.000 € im Osten), beträgt das Vermögen eines mittleren Haushalts lediglich 40.000 € (55.000 € im Westen, 15.000 € im Osten; vgl. Abbildung). Ein Viertel aller Haushalte verfügt über maximal 7.500 € (Daten: DGB/Prognos).

► Vermögensverteilung in West- und Ostdeutschland

Anteil der Privathaushalte an Barvermögen, Sparanlagen, Aktien- und Immobilienbesitz (in 1000 EUR)



Quelle: Prognos AG, Vermögensbildung und Vermögensverteilung, Basel 2002

Geldvermögen und Grundvermögen sind sehr ungleich verteilt. Etwa 51% der Westdeutschen und 39% der ostdeutschen Haushalte hatten 2003 Haus- und Grundbesitz. Die reichsten 10% der Haushalte verfügen über rund 49% des gesamten Grundvermögensbestandes. Ähnlich ungleich sind auch die Geldvermögen verteilt; auf die oberen 10% der Haushalte entfallen rund 47% des gesamten Geldvermögens (Daten: DIW). Da das verfügbare Einkommen der wichtigste Faktor für die Vermögensbildung ist, hohes Vermögen aber zugleich ein hohes Einkommen abwirft (in der Form von Gewinnen,

Zinsen, Mieten usw.), gilt in der marktmäßigen Vermögensbildung das „Matthäus-Prinzip“: Wer hat, dem wird noch gegeben.

Verschuldung Viele private Haushalte sind verschuldet: ihre laufenden Ausgaben sind höher als die laufenden Einkommen.

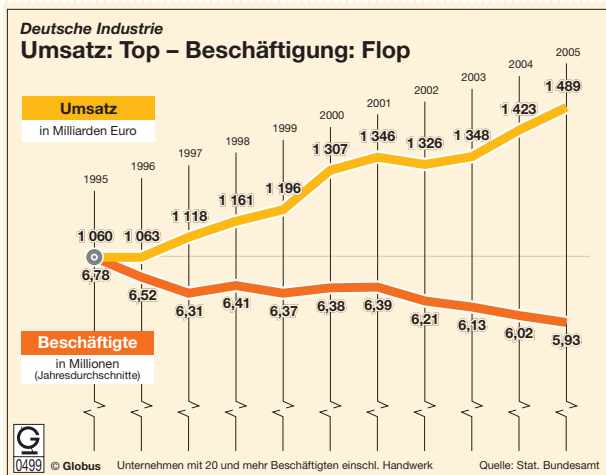
Verursacherprinzip In der $\uparrow$ Umweltpolitik bedeutet dieses Prinzip, dass die Verursacher² von Umweltschäden bzw. von negativen $\uparrow$ externen Effekten auch die Kosten der Beseitigung bzw. Vermeidung tragen sollen.

Volkseinkommen Die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die den privaten Haushalten im Verlaufe eines Jahres zugeflossen sind. In Deutschland betrug das Volkseinkommen im Jahr 2005 rund 1.684 Mrd. €; davon waren 1.129 Mrd. € Arbeitnehmerinkommen (Löhne und Gehälter) und 555 Mrd. € Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Aus diesen Zahlen können Sie die $\uparrow$ Lohnquote berechnen.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) Die VGR ist die „Buchhaltung“ einer Volkswirtschaft. Sie besteht aus drei Teilen: 1. Entstehungsrechnung; sie zeigt, welche Wirtschaftsbereiche in welcher Höhe zum $\uparrow$ BIP beitragen. 2. Verwendungsrechnung; sie zeigt, wie das BIP verwendet, d.h. auf Konsum, Investitionen und Staatsausgaben aufgeteilt wird; 3. Verteilungsrechnung; diese gibt Auskunft darüber, wie sich das Volkseinkommen auf Lohn Einkommen einerseits und auf Gewinn- und Vermögenseinkommen andererseits aufteilt (vgl. Abbildung S. 31).

Vollbeschäftigung Wären alle $\uparrow$ Erwerbspersonen beschäftigt und niemand arbeitslos, dann könnte man von Vollbeschäftigung sprechen. Ein solcher Zustand ist jedoch praktisch ausgeschlossen, weil es immer eine gewisse Anzahl von $\uparrow$ Arbeitslosen gibt. Das entsprechende wirtschaftspolitische Ziel lautet deswegen auch nicht Vollbeschäftigung, sondern „hoher Beschäftigungsstand“ (vgl. $\uparrow$ Magisches Zielviereck).

Wachstum (wirtschaftliches Wachstum) Zunahme der gesamtwirtschaftlichen $\uparrow$ Wertschöpfung – und damit des $\uparrow$ Volkseinkommens. Die Quellen des Wachstums sind a) mehr Produktionsfaktoren, b) verbesserte Produktionsfaktoren ($\uparrow$ technischer Wandel, höhere Qualifikationen).



Gemessen wird das Wachstum als prozentuale Veränderungsrate des realen $\uparrow$ BIP gegenüber dem Vorjahr: Im Jahr 2000 betrug das BIP-Wachstum 2,9 %, im Jahr 2005 nur 0,9%. (Vgl. $\uparrow$ qualitatives Wachstum und $\uparrow$ Wachstumsrate)

Wachstumspolitik Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums, z.B. Verbesserung der Bedingungen des $\uparrow$ Standorts Deutschland, Verbesserung der Berufsausbildung, Förderung von Innovationen und Existenzgründungen usw.

Wachstumsrate Beispiel für die Berechnung der Wachstumsrate des realen BIP im Jahr 2000:

BIP (1999) = 1.914 Mrd. €;

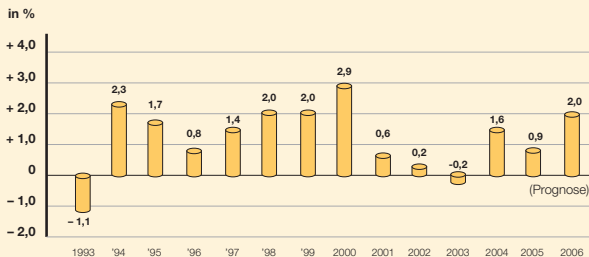
BIP (2000) = 1.970 Mrd. €;

$$\text{Wachstumsrate (in \%)} = \frac{1.970 - 1.914}{1.914} \times 100 = 2,9\%.$$

(Vorschlag: Versuchen Sie mal, die aktuelle Rate des Wirtschaftswachstums herauszufinden.)

▷ Wirtschaftswachstum in Deutschland

Entwicklung des realen BIP in % gegenüber dem Vorjahr



© Leitwerk 2006

Wachstumszyklen ↑ Konjunktur

Währung Bezeichnung für das Geld eines Landes oder eines Währungsraumes, z.B. Euro (€), US-Dollar (\$), Pfund (£) usw.

Währungspolitik ↑ Geldpolitik

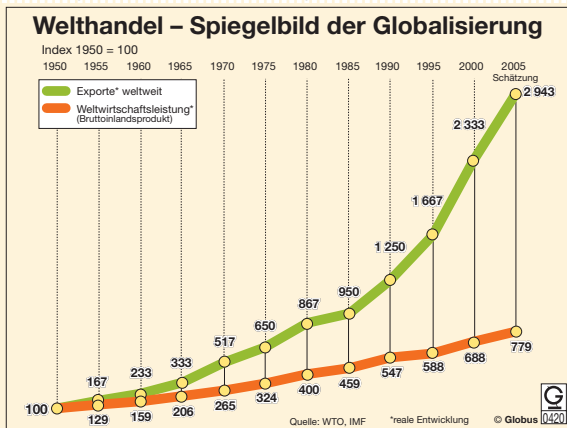
Warenkorb Will man die ↑ Inflation messen, braucht man dazu einen ↑ Preisindex; dieser Index beruht auf einem Warenkorb. Die Zusammensetzung des Warenkorbs ist repräsentativ für den Konsum der Haushalte. Der Warenkorb

der „Lebenshaltung“ umfasst rund 750 Waren und Dienstleistungen. Die Preise dieser 750 Güter werden monatlich erhoben; daraus wird dann ein Durchschnittspreis ($\uparrow$ Preisniveau) berechnet. So kann man bestimmen, ob und wie stark die Preise gestiegen sind.

Wechselkurs Preis einer ausländischen $\uparrow$ Währung (z.B. US-Dollar) in Einheiten der eigenen Währung (Euro). Mitte Mai 2006 betrug der \$-Wechselkurs 0,787 €. Man musste also für einen US-\$ 0,787 € hinlegen. Umgekehrt lag der €-Wechselkurs bei 1,2706 \$.

Weltbank Die wichtigste Aufgabe der Weltbank besteht darin, die Entwicklungsländer zu unterstützen, z.B. durch Finanzhilfen, Kredite und Beratung. (www.worldbank.org)

Weltwirtschaft Die Volkswirtschaft umfasst das wirtschaftliche Geschehen innerhalb eines Staates; mit Weltwirtschaft sind dagegen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten gemeint.



Dazu gehört der Welthandel, also der Austausch von Waren und Dienstleistungen über Ländergrenzen hinweg, sowie der internationale Finanz- und Kapitalverkehr (↑Internationale Finanzmärkte). Wie jedes Wirtschaftssystem so benötigt auch die Weltwirtschaft eine Rahmenordnung; bislang besteht diese nur in Ansätzen (z.B. ↑WTO, ↑Weltbank, ↑IWF, ILO = Internationale Arbeitsorganisation, ↑UNCTAD usw.). Das Bestreben mancher Reformer geht dahin, die Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft auf die gesamte Weltwirtschaft auszuweiten.

Weltwirtschaftskrise Die „Große Zeit der Depression“ zwischen 1929 und 1933 in Europa und Nordamerika. Sie wurde durch Bankenzusammenbrüche und Kurseinbrüche an den Weltbörsen ausgelöst und schlug sich in einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit nieder.

Wertschöpfung Güterproduktion durch Einsatz von ↑Produktionsfaktoren. Die Wertschöpfung entspricht dem Marktwert der produzierten Waren und Dienstleistungen. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung wird im ↑BIP erfasst. (Sie können ja mal überlegen, ob die Leistung eines Lehrers auch „Wertschöpfung“ darstellt.)

Wettbewerb Ein ↑Monopol ist keinem Wettbewerb ausgesetzt; es fehlen die Konkurrenten. Wettbewerb entsteht, wenn es auf einem ↑Markt mehrere Anbieter gibt, die um die Gunst (= das Geld) der Nachfrager wetteifern. Wettbewerb ermöglicht es den Konsumenten, zwischen verschiedenen Angeboten auszuwählen. Das zwingt die Anbieter, ihr Preis-Leistungsverhältnis laufend zu verbessern. Der Wettbewerb führt zu Leistungssteigerungen und ↑Innovationen. Es kann aber auch zu übersteigertem Wettbewerb kommen: Verdrängungswettbewerb mit unlauteren Mitteln.

Wettbewerbsbeschränkungen Da Wettbewerb anstrengend ist, versuchen Unternehmen immer wieder, den Wettbewerb durch Absprachen (↑Kartell) zu beschränken oder durch ↑Fusion eine marktbeherrschende

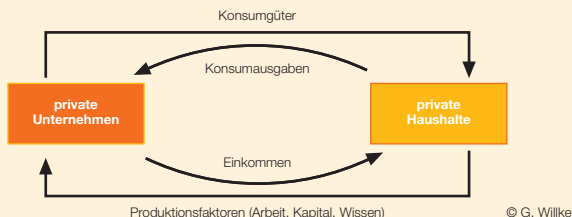
Stellung zu erringen. Dem müssen die „Wettbewerbschüter“ (↑ Bundeskartellamt, EU-Kommission) entgegentreten.

Wettbewerbspolitik Der Wettbewerb erhält sich nicht von selbst, er muss durch staatliche Maßnahmen aufrecht erhalten werden. Wichtige Politikbereiche sind die Wettbewerbsaufsicht und die Fusionskontrolle durch das ↑ Bundeskartellamt und die EU-Kommission.

Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) Am 1.1.1999 ist die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion einen bedeutenden Schritt vorangekommen: Elf Teilnehmerländer haben ihre nationalen Währungen aufgegeben und als gemeinsame europäische Währung den Euro angenommen. 2001 kam Griechenland hinzu, und als 13. Land wird Slowenien am 1.1. 2007 den Euro einführen. Für die Geld- und Währungspolitik der WWU ist jetzt die ↑ Europäische Zentralbank verantwortlich. Auch ihre Wirtschaftspolitik wollen die WWU-Mitglieder besser aufeinander abstimmen.

Wirtschaftskreislauf Das wirtschaftliche Geschehen spielt sich in Kreislaufzusammenhängen ab: Die Ausgaben des einen sind die Einnahmen des anderen.

▷ Wirtschaftskreislauf



In einem einfachen Modell kann man den Wirtschaftskreislauf zwischen den privaten Haushalten und den Unternehmen so beschreiben: Die Haushalte

stellen den Unternehmen Produktionsfaktoren zur Verfügung und beziehen dafür Einkommen. Mit diesen Einkommen können die Haushalte die Güter kaufen, die in den Unternehmen produziert wurden. Die Verkaufserlöse wiederum decken die Kosten der Unternehmen (und ergeben einen Gewinn, wenn Erlöse > Kosten).

Wirtschaftsgut Fahrräder, Blinddarmoperationen, ein Beratungsgespräch – das sind Beispiele für Wirtschaftsgüter, nämlich Waren und Dienstleistungen, die begehrt und knapp sind und die einen Preis haben. Atemluft ist zwar auch begehrt (und saubere Luft ist an manchen Orten auch knapp), aber sie hat keinen Preis; also ist Atemluft kein Wirtschaftsgut.

Wirtschaftsordnung Bis zur deutschen Einheit Anfang der 1990er Jahre gab es in Westdeutschland eine marktwirtschaftlich-kapitalistische und in Ostdeutschland eine planwirtschaftlich-sozialistische Wirtschaftsordnung (↑ Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Kapitalismus, Sozialismus). Die Wirtschaftsordnung kennzeichnet den rechtlichen Rahmen und den organisatorischen Aufbau eines Wirtschaftsystems. Innerhalb der beiden „Extremformen“ Marktwirtschaft und Planwirtschaft gibt es weitere Differenzierungen wie z.B. die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wirtschaftspolitik Alle staatlichen Maßnahmen, mit denen die Wirtschaftsordnung gestaltet und Wirtschaftsprozesse gelenkt werden, gehören zum Bereich der Wirtschaftspolitik. Die fünf wichtigsten Gründe, warum der Staat Wirtschaftspolitik betreibt, sind die folgenden:

- a) die Markt- und Wettbewerbsordnung ist nicht stabil; sie erhält sich nicht von selbst, sondern muss durch Ordnungs- und Wettbewerbspolitik „veranstaltet“ und abgesichert werden;
- b) der Markt funktioniert gut bei privaten Gütern, aber nicht bei öffentlichen Gütern (z.B. Straßen, Schulbildung, innere und äußere Sicherheit usw.); diese müssen deswegen über öffentliche Haushalte und Zwangsabgaben (Steuern) bereitgestellt werden;

c) das wirtschaftliche Verhalten produziert $\uparrow$ externe Effekte; diese müssen vom Staat möglichst internalisiert werden, z.B. durch Auflagen, Umweltschutzabgaben, Ökosteuern usw.;

d) der Markt führt zu einer sehr ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung; durch Umverteilungs- und Sozialpolitik kann der Staat dies (etwas) korrigieren; und schließlich

e) neigt der Markt zu $\uparrow$ Konjunktur- und Wachstumsschwankungen; Stabilisierungspolitik soll die Konjunktur verstetigen.

► Die Teilbereiche der Wirtschaftspolitik

Teilbereiche	Ordnungspolitik	Prozesspolitik	Strukturpolitik
Ziele	Gestaltung/ Sicherung der Wirtschaftsordnung	Stabilisierung des Wirtschafts- prozesses	Gestaltung von Teilbereichen der Wirtschaft
Beispiele	Wettbewerbs- politik, Sozial- politik	Konjunkturpolitik, Finanz- und Geldpolitik	Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik

Wirtschaftsstruktur Die Gesamtwirtschaft setzt sich aus drei großen Sektoren zusammen: 1. Agrarsektor ($\uparrow$ primärer Sektor); 2. Industriesektor ($\uparrow$ sekundärer Sektor); 3. Dienstleistungssektor ($\uparrow$ Tertiärer Sektor).

Wirtschaftswachstum $\uparrow$ Wachstum

Wissengesellschaft Wissen besteht aus aufbereiteten Informationen. An Informationen allein herrscht großer Überfluss (Infomüll), an Wissen herrscht dagegen großer Mangel; denn Wissen entsteht nur in aufwändigen Prozessen,

in denen Informationen ausgewählt und bewertet und dann in Zusammenhänge sinnvoll „eingebaut“ werden. Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken haben riesige Fortschritte beim Sammeln, Speichern und Verbreiten von Informationen ermöglicht; das wirkt sich auch auf die Produktion von Wissen aus. Immer mehr Menschen sind damit beschäftigt, aus Informationen nützliches, insbesondere auch wirtschaftlich verwertbares Wissen zu schaffen. Noch nie wurde in Hochschulen, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen, in Labors und Think Tanks so viel neues Wissen (besonders technisches Wissen) produziert wie heute. Noch nie gab es so viele „Wissensarbeiter:innen“ wie heute.

Die Wissensgesellschaft entsteht aus der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Immer mehr Menschen sind beruflich mit wissensbasierten Tätigkeiten befasst, mit Forschen und Entwickeln, Programmieren, Lehren, Beraten, Therapieren usw. Der Wissensgehalt von Waren (z.B. Autos, CD-Player) und Dienstleistungen (z.B. Gehirnoperation, Rentenberatung) nimmt zu. Auch die Wissensintensität der Erwerbstätigkeit steigt laufend an. Empirisch zeigt sich dies am wachsenden Anteil der akademischen und technischen Berufe an den Beschäftigten: In Deutschland liegt dieser Anteil inzwischen bei einem Drittel.

Auf der Webseite „wissensgesellschaft.org“ der Heinrich-Böll-Stiftung kann man lesen: „Im Gegensatz zum technizistischen Begriff der Informationsgesellschaft eröffnet „Wissensgesellschaft“ eine Perspektive, die auf den Willen und die Befähigung der Menschen zu Selbstbestimmung setzt.“ (Sehen Sie das auch so?)

Wohlfahrtsstaat [↑] Sozialstaat

Wohngeld Personen und Familien mit niedrigem Einkommen haben Anrecht auf einen staatlichen Mietzuschuss. Dieser soll gewährleisten, dass sie angemessen und familiengerecht wohnen können. Im Jahr 2004 bezogen 3.524 Mio. Personen Wohngeld in Höhe von insgesamt 5.183 Mrd. €. (Daraus können Sie den durchschnittlichen Betrag pro Monat berechnen.)

WTO = World Trade Organisation (Welthandelsorganisation) mit Sitz in Washington, D.C.; UNO-Sonderorganisation mit 145 Mitgliedsstaaten; besteht seit 1995 als Nachfolgeorganisation des ↑GATT; Aufgabe ist die Förderung des Welthandels, insbesondere die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Bedingungen für die ärmeren Länder.

WWU ↑ Wirtschafts- und Währungsunion

Z

Zahlungsbilanz In der Zahlungsbilanz wird der wirtschaftliche Austausch mit dem Ausland statistisch erfasst. Sie setzt sich aus mehreren Teilbilanzen zusammen. Die zwei wichtigsten sind die Leistungsbilanz (Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen) und die Kapitalbilanz (Kapitalimporte und -exporte). (Vgl. ↑Außenhandel)

Zeitarbeit ↑ Leiharbeit

Zentralbank ↑ Deutsche Bundesbank ↑ Europäische Zentralbank

Zinspolitik Das Zinsniveau eines Wirtschaftsraumes wird durch zinspolitische Entscheidung der jeweiligen ↑Zentralbank festgelegt. Senkt die ↑EZB die Zinsen, dann werden Darlehen und Kredite billiger. Es handelt sich also um eine Form der expansiven ↑Geldpolitik. Umgekehrt wirkt eine Zinserhöhung vertuernd auf Kredite und Investitionen.

Die Informationen beziehen sich im Allgemeinen auf die Verhältnisse in Deutschland, soweit nicht anders aufgeführt.

[Zeichenerklärung]

♂ steht stellvertretend für die männliche plus weibliche Form des Begriffs, also: „Bürger♂“ anstatt „Bürgerinnen und Bürger“. Das ist unser Vorschlag zur besseren Lesbarkeit und zur Platzerparnis.

► Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand

2004 in Deutschland

nach Altersgruppen von

unter 6	4.519.300
6 – 15	7.642.800
0015 – 25	9.621.700
25 – 45	24.461.100
45 – 65	21.426.800
65 und mehr	14.860.000
Insgesamt	82.531.700

nach Familienstand

- ledig	33.730.300
- verheiratet	37.256.100
- verwitwet/geschieden	11.545.300

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2003 Aktualisiert am 18. Dezember 2005
www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab5.htm

▷ Länder: Fläche und Bevölkerung

BUNDESLAND	FLÄCHE in 1000 km ²	BEVÖLKERUNG				
		insges.	männl.	weibl.	je km ² absolut	Ausländer  in %*
Deutschland	357,0	82 501	40 354	42 147	231	8,8
Baden-Württemberg	35,8	10 717	5 260	5 457	300	12,0
Bayern	70,5	12 444	6 089	6 355	176	9,4
Berlin	0,9	3 388	1 653	1 735	3 799	13,4
Brandenburg	29,5	2 568	1 270	1 297	87	2,6
Bremen	0,4	663	321	342	1 641	12,8
Hamburg	0,8	1 735	844	891	2 297	14,1
Hessen	21,1	6 089	2 987	3 111	289	11,4
Mecklenburg- Vorpommern	23,2	1 720	852	868	74	2,3
Niedersachsen	47,6	8 001	3 919	4 082	168	6,7
Nordrhein-Westfalen	34,1	18 075	8 803	9 272	530	10,8
Rheinland-Pfalz	19,8	4 061	1 992	2 069	205	7,7
Saarland	2,6	1 056	513	543	411	8,4
Sachsen	18,4	4 296	2 092	2 204	233	2,8
Sachsen-Anhalt	20,4	2 494	1 217	1 278	122	1,9
Schleswig-Holstein	15,8	2 829	1 383	1 446	179	5,3
Thüringen	16,2	2 355	1 185	1 197	146	2,0

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2005

Aktualisiert am 18.10.2005

www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp

► Verbraucherpreisindex für Deutschland

2000 = 100

	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe
2005	105,3	129,2	98,1	109,5
2004	104,8	119,1	100,0	106,5
2003	105,2	111,4	100,7	104,9
2002	105,3	105,8	101,5	103,4
2001	104,5	101,7	100,8	102,4
2000	100,0	100,0	100,0	100,0
1999	100,7	98,5	99,9	97,2
1998	102,0	97,2	99,6	96,0
1997	101,0	95,4	99,2	95,2
1996	99,6	93,7	98,8	92,7
1995	99,0	92,9	98,1	90,5
1994	98,0	92,4	97,4	87,9
1993	96,4	91,4	96,0	84,4
1992	95,9	88,0	93,4	78,0
1991	94,0	83,8	90,9	71,7

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2006

Aktualisiert am 10.2.2006

www.destatis.de/indicators/d/vpi101ad.htm

Lesebeispiel:

Wenn Sie im Jahr **2000** für Bekleidung und Schuhe **100,0** Euro ausgegeben haben, so mussten Sie dafür 1991 nur **90,90** Euro ausgeben, 2002 **101,50** Euro.

▷ Durchschnittliche Bruttoverdienste in Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2002	2005
Bezahlte Wochenstunden				
der Arbeiter	Std	38,2	37,9	37,9
- männlich	Std	38,3	38,0	37,9
- weiblich	Std	37,4	37,2	37,3
Bruttostundenverdienste				
der Arbeiter	€	13,98	14,56	15,45
- männlich	€	14,46	15,05	15,95
- weiblich	€	10,95	11,37	12,03
Bruttowochenverdienste				
der Arbeiter	€	534	552	–
- männlich	€	554	572	–
- weiblich	€	409	423	–
Bruttomonatsverdienste				
der Angestellten	€	3 415	3 627	3 452*
- männlich	€	3 730	3 946	3 833*
- weiblich	€	2 606	2 789	2 734*

*der Angestellten im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2003

Aktualisiert am 25.1.2006

www.destatis.de/indicators/d/lrver06ad.htm

► Löhne und Gehälter (in €) in Deutschland, 2004

Produzierendes Gewerbe

	Bruttostunden- verdienste	männlicher Arbeiter	weiblicher Arbeiter
Deutschland	15,24	15,74	11,90
Baden-Württemberg	16,39	17,08	12,79
Bayern	15,39	15,92	12,21
Berlin	15,31	15,74	12,99
Brandenburg	11,64	11,2891	9,91
Bremen	17,59	18,00	12,81
Hamburg	17,33	17,61	13,55
Hessen	15,79	16,24	12,51
Mecklenburg-Vorpommern	11,18	11,54	8,83
Niedersachsen	16,32	16,72	13,07
Nordrhein-Westfalen	15,68	16,04	12,23
Rheinland-Pfalz	15,55	15,95	11,95
Saarland	16,36	16,74	12,62
Sachsen	10,93	11,41	8,74
Sachsen-Anhalt	11,30	11,60	9,27
Schleswig-Holstein	15,07	15,60	11,74
Thüringen	10,71	11,20	9,01

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2004

www.destatis.de/download/jahrbuch/stjb9.pdf

▷ Löhne und Gehälter (in €)

Arbeitskosten 1992 bis 2004 in Deutschland

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten je		Arbeitskosten je	
Erhebungsjahr	vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer		geleisteter Stunde	
	insgesamt	Entgelt für die geleistete Arbeitszeit	Personalnebenkosten	
Produzierendes Gewerbe				
1996	41 794	23 160	18 634	26,00
2000	44 807	25 414	19 393	27,96
2004	46 426	–	–	29,01
Ausgewählte Dienstleistungsbereiche¹				
1996	38 167	21 296	16 871	23,01
2000	40 185	22 734	17 452	24,24
2004	43 293	–	–	26,22

¹ Handel, Gastgewerbe, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2003 u. 2006 Aktualisiert am 12.7.2006

www.destatis.de/basis/d/logh/loghtab12.htm

www.destatis.de/download/jahrbuch/stjb9.pdf

► Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen in Deutschland

Gegenstand der

Nachweisung 2000 2001 2002 2003

Ausstattungsbestand ¹ je 100 Haushalte

Personenkraftwagen	95,3	98,2	97,1	102,0
- fabrikneu gekauft	40,7	41,1	38,8	39,4
- gebraucht gekauft	51,6	54,3	55,3	58,8
Krafttrad	11,7	11,7	12,4	13,7
Fahrrad	176,9	179,4	179,3	177,8

¹ Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2006

Aktualisiert am 15.10.2004

www.destatis.de/basis/d/evs/budtab61.php

▷ Berufliche Bildung

Auszubildende (in 1000)

Ausbildungsbereich	2000	2001	2004	VÄ in %*
Industrie und Handel	860,8	876,1	1,8	-0,1
Handwerk	596,2	564,5	-5,3	-2,6
Landwirtschaft	38,9	37,5	-3,6	5,5
Öffentlicher Dienst	46,3	45,5	-1,9	1,6
Freie Berufe	146,2	147,6	0,9	-4,8
Hauswirtschaft	13,2	13,1	-0,5	1,7
Seeschifffahrt	0,4	0,4	-3,6	22,7
Insgesamt	1702,0	1684,7	-1,0	-1,1
darunter Frauen	695,3	691,2	-0,6	-2,4

Nachrichtlich:

Früheres Bundesgebiet	1 297,2	1 296,3	1 214,0	-1,0
Neue Länder (einschl. Berlin)	404,8	388,3	350	-1,4

*gegenüber 2003

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2006

Aktualisiert am 15.9.2005

www.destatis.de/basis/d/biwiki/beruftab1.php

► Bodenflächen nach Art der tatsächlichen Nutzung

Nutzungsart	1993 ¹		1997 ¹		2004 ¹	
	1.000 ha	%	1.000 ha	%	1.000 ha ²	%
Bodenfläche insges.	35 697,0	100,0	35 703,0	100,0	35 705	100,0
Gebäude- und Freifläche	2 073,3	5,8	2 193,7	6,1	2393,8	6,7
Betriebsfläche	242,7	0,7	251,4	0,7	251,8	0,7
darunter						
- Abbauland	187,8	0,5	189,4	0,5	176,4	0,5
- Erholungsfläche	225,5	0,6	237,4	0,7	313,1	0,9
- Verkehrsfläche	1 644,1	4,6	1 678,6	4,7	1 744,6	4,9
- Landwirtschaftsfläche	19 511,2	54,7	19 307,5	54,1	18 932,4	53,0
- Waldfläche	10 453,6	29,3	10 490,8	29,4	10 648,8	29,8
- Wasserfläche	783,7	2,2	794,0	2,2	827,9	2,3
Flächen anderer Nutzung	763,0	2,1	749,7	2,1	592,5	1,7
darunter						
- Friedhof	32,7	0,1	33,5	0,1	35,2	0,1

Nachrichtlich:

Siedlungs- und

Verkehrsfläche	24 030,5	11,3	4 205,2	11,8	4 562,1	12,8
----------------	----------	------	---------	------	---------	------

¹ Stichtag 31.12 des Vorjahres.

² Summe aus den Nutzungsarten: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche, Friedhof. „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ können nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen.

Quelle: © Statistisches Bundesamt Deutschland 2002
www.destatis.de/basis/d/umw/ugrtab7.htm

Aktualisiert am 20. 12. 2005

Beruf – Berufswahl – Bewerbung

Einige Hinweise zur Berufswahl

Es ist ganz normal, wenn Sie noch nicht wissen, welche Berufsrichtung Sie einschlagen wollen; schließlich ist die Lage ja doch ziemlich unübersichtlich. Was Sie tun können, ist folgendes: Sie grenzen den Raum der Möglichkeiten Schritt für Schritt ein. Dabei helfen Ihnen vielleicht folgende Fragen und Vorschläge:

- Wie schätzen Sie sich selbst ein? Wo liegen nach Ihrer eigenen Meinung Ihre Stärken und Schwächen? Prüfen Sie, ob sich die Stärken mit Berufs- oder Tätigkeitsfeldern verbinden lassen. Von den Schwächen lässt sich ableiten, welche Berufe voraussichtlich nicht in Frage kommen.
- Versuchen Sie auch herauszufinden, wie *andere* Sie einschätzen; wo liegen nach *deren* Meinung Ihre Stärken? (Na gut, nehmen wir die paar Schwächen halt auch hinzu). Gespräche mit Freunden, die vor ähnlichen Problemen stehen, sind hier besonders nützlich. (Im Zweifel sogar mal ein Gespräch mit den Eltern ...)
- Für sich selbst sollten Sie auch klären, was Ihnen wichtig ist im Leben (ein beträchtlicher Teil davon ist ja dann das Berufsleben). Damit können Sie weiter eingrenzen, welche Berufsfelder in Frage kommen und welche ausscheiden, weil sie mit dem unvereinbar sind, was Sie wichtig finden.

Verschiedene Stellen bieten Hilfen bei der Berufswahl an:

- Informations- und Beratungsangebote des Berufsinformationszentrums (BIZ) in der Agentur für Arbeit; im Internet unter **www.arbeitsamt.de** finden Sie auch den Ausbildungs-Stellen-Information-Service (ASIS) der Bundesagentur für Arbeit;
- „Blätter zur Berufskunde“ (können Sie ebenfalls dort bekommen); und natürlich besteht dort auch die Möglichkeit der persönlichen Berufsberatung.

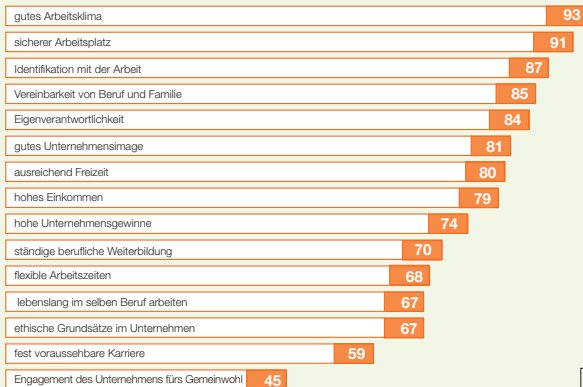
Wichtig und nützlich sind praktische Erfahrungen in der Arbeitswelt, z.B. durch

- Betriebsbesichtigungen;
- Praktika und ↑Ferienjobs;

Zusätzlich gibt es eine Menge Bücher zur Berufswahl. Lassen Sie sich in der Stadtbibliothek oder im Buchladen beraten.

Was im Arbeitsleben zählt

Von je 100 Befragten nennen als wichtig bis sehr wichtig (Mehrfachnennungen)



Quelle: iw, Stand 2001 © Globus



Einige Tipps zur Bewerbung

Viele nützliche Hinweise darauf, wie Sie sich um eine Ausbildungsstelle, einen Ferienjob usw. bewerben, finden Sie in **pocket politik**, S. 120 ff. Deswegen hier nur kurz:

- Beschaffen Sie sich frühzeitig Informationen über Bewerbungs- und Anmeldeetermine; eine Bewerbung hat wenig Sinn, wenn man den Termin schon verpasst hat. Ebenso sollten Sie möglichst auch Infos einholen über den Ablauf des Auswahlverfahrens, die Art von Vorstellungsgesprächen und die jeweiligen Anforderungen, damit Sie im Bilde sind, was auf Sie zukommt.
- Dann müssen die Bewerbungsunterlagen gut vorbereitet werden. Auch der äußerliche, optische Eindruck ist hier wichtig. Dazu gibt es viele Hinweise im Internet (z.B. unter www.arbeitsamt.de/hst/services/bsw/bewerbung)

- Schließlich sollten die Bewerbungsunterlagen rechtzeitig vor dem Bewerbungstermin eingereicht werden.

Bürgerrechte für Jugendliche

Die Grundrechte des Grundgesetzes gelten auch für Jugendliche. Einschränkungen sind wie bei den Erwachsenen nur auf der Grundlage von Gesetzen zulässig. Von Erwachsenen unterscheiden sich Jugendliche insbesondere hinsichtlich ihrer „Geschäftsfähigkeit“ (↑ eingeschränkte Geschäftsfähigkeit). Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) wird im § 1626 ein Leitbild für den Umgang zwischen Eltern und Kindern aufgestellt: „Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem und verantwortungsbewusstem Handeln“. Gemeint ist damit, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Alter und ihrer Einsicht an den Entscheidungen beteiligt werden sollen, die sie unmittelbar betreffen. Umgekehrt gibt es allerdings auch Pflichten der Jugendlichen ihren Eltern und Familien gegenüber. (Sie könnten sich ja mal mit Ihren Eltern – und gegebenenfalls Geschwistern – darüber unterhalten, wie das mit den Rechten und Pflichten in der Familie so aussieht.)

Geld 1: Eigenes Konto

Es spricht vieles dafür, dass Sie Ihr eigenes Girokonto bei einer Bank oder Sparkasse haben, z.B. für das ↑ Taschengeld. Wenn Sie noch nicht volljährig und damit noch nicht voll geschäftsfähig sind (also unter 18, ↑ Geschäftsfähigkeit), brauchen Sie die Zustimmung Ihrer Eltern (Erziehungsberechtigten). Ausnahme: Sie stehen in einem Arbeitsverhältnis (z.B. Lehre); dann sind Sie für diesen Bereich geschäftsfähig und können für die Lohnzahlungen ein Girokonto einrichten. Davon können Sie Bargeld abheben, aber keine Überweisungen vornehmen. Die Banken sind verpflichtet, Girokonten von Minderjährigen nur auf Guthabenbasis zu führen, d.h. es ist unzulässig, das Konto zu überziehen und sich zu verschulden.

Geld 2: Zahlungsmittel im Urlaub

Bargeld im Urlaub ist riskant; wird es geklaut, ist es weg; man kann sich gegen Verlust nicht versichern. Außerdem kostet der Umtausch von Euro in andere Währungen (Devisen) bis zu 4 % Gebühren (Provision).

Die EC-Karte ist überall in Europa und inzwischen auch in den USA einsetzbar. Sie gehört zu den günstigsten Zahlungsmitteln. Im europäischen Ausland (oder ist das Inland?) braucht man nur die EC-Karte. An Geldautomaten bei Partnerinstituten der eigenen Bank/Sparkasse kostet es keine Gebühren. An fremden Geräten fallen zwischen drei und vier Euro an. Auch in vielen Geschäften im Ausland wird die EC-Karte als Zahlungsmittel anerkannt. Weltweit wird die EC-Karte in über 80 Ländern akzeptiert. In vielen Hotels und Restaurants werden aber nach wie vor ↑Kreditkarten verlangt.

Die **EC-Karte** verloren: ↑Geld 3.

Reiseschecks sind dort sinnvoll, wo EC- oder Kreditkarten nicht akzeptiert werden. Das kommt in Ländern vor, die touristisch noch wenig erschlossen sind. Lassen Sie sich beraten, ob Ihre Reiseschecks besser in Dollar und in Euro ausgestellt sein sollten. Reiseschecks sind gegen Diebstahl versichert; sie werden von den meisten Banken, Hotels, Geschäften, Autovermietungen etc. angenommen. Beim Kauf von Reiseschecks fällt eine Versicherungsgebühr von 1 Prozent an. Normalerweise müsste ein Reisescheck gebührenfrei eingelöst werden – Sie sollten sich aber lieber vorher erkundigen. Nicht benötigte Schecks kann man wieder zurücktauschen.

Die **Kreditkarte** gehört zu den teuersten Zahlungsmitteln im Ausland, jedenfalls, wenn man sich damit Bargeld beschaffen will; zwischen 2 und 3 Prozent des Betrages sind am Automaten fällig (Mindestgebühr fünf Euro). Außerhalb Europas werden jedoch oftmals nur Kreditkarten, keine EC-Karten angenommen.

Nützliche Hinweise zur Reisekasse unter www.sparkasse.de > Services > Urlaub.

Geld 3: Plastikkarten

Die EC-Karte ist weg ...

Wenn Ihre EC-Karte oder Kreditkarte verloren gegangen ist oder gestohlen wurde, sollten Sie umgehend bei der Bank oder Kartengesellschaft anrufen und die Karte sperren lassen. Dazu braucht man die Notfall-Telefonnummer; günstig ist auch ein Handy oder eine Telefonkarte (getrennt vom Geldbeutel, der meist mit der EC-Karte weg ist).

Hier einige EC- und Bankkarten-Notrufnummern (täglich, 24h):

Sparkasse/

Landesbank 00 49-116 116

SparkassenCard/

ec-Karte/CARD 00 49-(0)18 05-02 10 21

MasterCard 00 49-(0)69-79 33 19 10

VisaCard 00 49-(0) 800 81 49 100

Nur im Ausland die 00 49 vorwählen und dann die erste (0) weglassen.

Folgende Informationen sollten Sie für die Verlustmeldung bereithalten:

- Name ihrer Bank/Sparkasse (eventuell Nummer der Filiale)
- Bankleitzahl
- Ihre EC-Karten-/Kreditkartennummer

Notieren Sie sich immer das Datum, die Uhrzeit und den Namen des Bankangestellten, mit dem Sie gesprochen haben.

Bei Diebstahl müssen sie in jedem Fall Anzeige bei der Polizei erstatten.

Auch wenn Sie nicht gleich bemerkt haben, dass die Karte weg ist, bleibt Ihr Verlust bei Kreditkarten auf 50 Euro begrenzt. Bei der EC-Karte haften Sie für Schäden, die zwischen Verlust und Verlustanzeige entstehen, bis zu einer Höhe von maximal 500 Euro pro Tag. Auf keinen Fall sollten Sie Notizzettel mit der Geheimzahl (PIN) im Geldbeutel herumtragen oder die PIN gar auf die

Karte schreiben. Damit könnte ein Dieb  ungehindert am Automaten von Ihrer Karte abheben.

Wenn Sie Ihre Kontoauszüge bzw. Monatsabrechnung bekommen, sollten Sie diese immer überprüfen. Wenn was nicht stimmt, Bank/Sparkasse/Kartengesellschaft anrufen und die Sache klären.

Geld 4: Geldanlage

Es könnte ja sein, dass Sie am Monatsende von Ihrem [↑]Taschengeld oder Verdienst was übrig haben. Unterstellen wir mal diesen schönen Fall; dann taucht die Frage auf, was Sie mit dem „Überschuss“ anfangen. Es gibt, wie immer, zwei Möglichkeiten:

- a) Sie schlagen den Betrag einfach dem nächsten Monat zu und leben in Zukunft ein bisschen flotter;
 - b) Sie fangen an zu sparen und übertragen Ihre „Überschüsse“ auf ein eigenes Sparkonto (sei es für spätere größere Anschaffungen, für Urlaub oder zur Vermögensbildung).
- Es gibt die verschiedensten Sparformen; am besten, Sie gehen mal zu Ihrer Bank/Sparkasse und informieren sich. Wer vor hat, über einen längeren Zeitraum zu sparen, für den bietet sich ein Sparplan an: z.B. ein Sparvertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren; jeden Monat wird dann eine feste Summe vom Girokonto auf das Sparkonto überwiesen. (Da kommt schön was zusammen ...)
 - Die Vermögensbildung wird übrigens durch viele [↑]Arbeitgeber und durch den Staat gefördert. Wenn es [↑]tarifvertraglich vereinbart ist, zahlen Arbeitgeber „Vermögenswirksame Leistungen“, und der Staat fördert das zusätzlich durch eine „Arbeitnehmer-Sparzulage“; erkundigen Sie sich gegebenenfalls bei Ihrem Arbeitgeber.
 - Von anderen Anlageformen wie Rentenpapieren, Aktien oder Fondsanteilen sollten Sie vorläufig noch die Finger lassen. Das kriegen wir später. Eine kleine Ausnahme: Den wirtschaftlich Fortgeschrittenen (und dazu gehören Sie ja, wenn Sie Pocket Wirtschaft lesen!) möchte ich folgendes vorschlagen: Wenn Sie mal 100 oder (maximal!) 200 Euro gespart und übrig haben, dann

könnten Sie diesen Betrag in drei oder vier Aktien anlegen, aber nur Standardwerte aus dem DAX, also z.B. eine Automobilaktie, eine Bankaktie und eine aus dem Bereich Chemie oder Pharma. Und dann beobachten Sie mal, wie sich Ihr Interesse heftig auf die Wirtschaftslage, den Konjunkturverlauf und das Wohlergehen „Ihrer“ Unternehmen richtet... Wer noch mehr wissen möchte: Themenblätter im Unterricht Nr. 27 „Aktien – Risiken und Chancen“ in: www.bpb.de > Publikationen > Themenblätter

Geld 5: Taschengeld

Was man beim Taschengeld beachten sollte

Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Taschengeld. Aber es gibt gute Argumente für (mehr) Taschengeld: Erklären Sie Ihren Eltern, dass Sie damit etwas sehr Wichtiges lernen können, nämlich den Umgang mit „Finanzen“: Wer mit Taschengeld wirtschaftet,

- entwickelt ein Gefühl für den Wert des $\uparrow$ Geldes: was die Dinge kosten, was teuer und was günstig ist, was mit „Preis-Leistungsverhältnis“ gemeint ist;
- man lernt, eigene Entscheidungen zu treffen und abzuwägen, welche Ausgaben sinnvoll und welche unnütz sind;
- man kann lernen, sich und seine Finanzen zu organisieren; wer Geld nicht verplempern will, muss es sich gut einteilen;
- man lernt im Zweifel sogar, etwas „auf die hohe Kante“ zu legen und für größere Anschaffungen, Urlaub usw. zu sparen.

Das heißt ja nicht, dass man nie mal was spontan kaufen darf. Aber vielleicht sollten Sie für sich selbst eine „Höchstgrenze für Spontankäufe“ vorgeben.

Für das Taschengeld sind von klugen Leuten folgende Regeln aufgestellt worden:

- Taschengeld soll von den Eltern/Erziehungsberechtigten regelmäßig und pünktlich ausgezahlt werden (am besten per Dauerauftrag auf Ihr Konto);
- Taschengeld soll immer ausbezahlt werden, egal wie das Verhalten des Empfängers in der letzten Woche war; Taschengeldentzug ist keine sinnvolle Strafmaßnahme.

- Jugendliche sollen frei darüber entscheiden dürfen, was sie mit ihrem Geld machen; das ist ganz einfach ihr Bier (oder vielleicht besser: ihre „cup of tea“).
- Taschengeld ist nicht für notwendige Anschaffungen bestimmt (wie z.B. Grundausstattung Klamotten, Schulsachen, Fahrrad usw.)
- Beim Taschengeld gilt „Gleichstellung von Mann und Frau“.

► **Empfehlung zur Höhe des Taschengeldes** (Quelle: www.eltern.de):

15 Jahre: 25,50 €, **16 Jahre:** 30,50 €, **17 Jahre:** 41,00 €, **18 Jahre:** 62,00 €

Wenn's Ihre Eltern nicht glauben, könnten Sie Ihnen folgende Web-Seite empfehlen: www.eltern.de/forfamily/schule_erziehung/erziehung/taschengeld.html. Stichwort „Taschengeld“; dort gibt's noch weitere Tipps für Eltern. Die Empfehlungen zur Höhe des Taschengeldes sind natürlich diskutabel. Meine Kinder z.B. bekommen einiges mehr, als in der Tabelle steht, müssen/dürfen dafür aber auch (fast) alle Klamotten selbst kaufen.

Wie ist das mit dem „Taschengeld-Paragrafen“?

Es gibt einen Paragrafen (§ 110 Bürgerliches Gesetzbuch), der sich mit Taschengeld befasst. Doch da steht nicht etwa drin, dass Jugendliche (viel) Taschengeld bekommen müssten, sondern wie das ist, wenn sie mit ihrem Taschengeld etwas kaufen. Es geht also um die beschränkte [↑]Geschäftsfähigkeit von Jugendlichen bei Käufen. Grundsätzlich dürfen Jugendliche ohne Zustimmung der Eltern Sachen kaufen, sofern sie diese Dinge mit ihrem Taschengeld bezahlen können. Genauer gesagt gelten Kaufverträge auch ohne Zustimmung der Eltern bzw. der gesetzlichen Vertreter, wenn Minderjährige die daraus entstehenden finanziellen Verpflichtungen aus ihrem Taschengeld leisten können. (Gute Hinweise zum Thema Taschengeld unter der Web-Adresse: www.elsw.de/tageld.htm.)

Geld 6: Sprüche zu Geld (und Gold)

- Geld ist geprägte Freiheit. (Dostojewski)
 - Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles ...
(Margarete, in Goethes Faust I, Szene VIII)
 - Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft. (Rousseau)
 - Wenn man kein Geld hat, denkt man immer an Geld. Wenn man Geld hat, denkt man nur noch an Geld. (Getty)
- www.operone.de/zitate/geld.htm

Und noch etwas für Opernfans: Hängt am Golde wirklich alles?

- Tosca: Quanto?!... Scarpia: Quanto?? Tosca: Il prezzo!! Scarpia: ... A donna bella io non mi vendo a prezzo di moneta. (Puccini: Tosca, 2. Akt)

Geld 7: Ratenkauf

Heute kaufen, später bezahlen, das wär's doch ... oder? Einkaufen scheint so einfach, wenn die Marketingleute mit tollen Sonderangeboten und günstigen Teilzahlungsraten locken ... „Bei uns können Sie ganz einfach bestellen und auch bequem bezahlen. Wenn Sie möchten, dürfen Sie sich dabei sogar 36 Monate lang Zeit lassen...“, so flattern die Angebote ins Haus und auf den Bildschirm. Bequem mögen die Raten ja sein, aber sie sind halt auch teuer; man zahlt dabei mächtig drauf.

Finanzierungs-Beispiele für einen Ratenkredit

zu zahlender Betrag in €	zu zahlende Monatsraten	tatsächlich zu zahlende Summen
	12 Monate 24 Monate 36 Monate	
500	43,83 25,00	526/600
800	70,08 36,71	841/881
1000	87,58 45,87 32,00	1.051/1.101/1.152

Anhand dieser Aufstellung können Sie selbst ausrechnen, welche Beträge nun effektiv gezahlt werden müssen und wie hoch die Kreditzinsen für die Ratenzahlungen sind. Die Gefahr bei Ratenkäufen besteht darin, dass man den Überblick über seine tatsächlichen Ausgaben verliert. Die Folge: Viele Leute verschulden sich – oder geraten gar in die Schuldenfalle. Niemand steigt absichtlich in den Zug mit dem Zielbahnhof „Schuldenfalle“ ein, aber es passiert einfach, wenn man nicht aufpasst.

Wenn Sie was gekauft haben, aber noch rechtzeitig von Ihrem Rückgaberecht Gebrauch machen, werden Kaufvertrag und gegebenenfalls auch der Ratenkaufvertrag hinfällig.

Aus den „7 Goldenen Regeln“ gegen die Schuldenfalle

- **Sparen** ist schlau. Denn: Wer bar bezahlt, kommt billiger. Er muss hinterher keine Zinsen für teure Kredite berappen. Und: Ein bisschen Warten macht das Traumsofa oder den Fernseher doch noch begehrenswerter?!
- **Thema Kredit** „Einmal ist keinmal“ – bei Krediten stimmt der Spruch nicht. „Mehr als einen Kredit oder ein Ratengeschäft sollte man nicht laufen haben“, empfiehlt die Schuldnerberatung.
- **Kleingedrucktes** Eiserne Regel: Nur das unterschreiben, was du gelesen hast (und was du verstehst!). Am besten den Vertrag vorher noch jemandem zeigen, der Ahnung hat.
- **Die Quittung**, bitte! Wo geht das Geld nur immer hin? Wer Quittungen sammelt und alles aufschreibt, behält die Übersicht.

(Quelle: Inga Dammer: www.die-aktion.de/news/4u/?TextID=449)

(Vgl. auch ↑ Schulden)

Ferienjobs

Mit Ferienjobs können Sie a) Geld verdienen, b) nützliche Erfahrungen in der Arbeitswelt machen (wobei gute und schlechte Erfahrungen nützlich sein können), und c) sich darüber klar werden, was für Sie wichtiger ist: Jobben/Geld oder Erholung/gute Schulleistungen. Damit meine ich: Bei sechs Wochen Sommerferien halte ich zwei Wochen Ferienjob für vertretbar, mehr

aber nicht; denn die Ferien sind zur Erholung da, zum Urlaub machen, Sprachen lernen im Ausland usw. (Aber zugegeben, da kann man unterschiedlicher Meinung sein.)

Es gibt verschiedene Angebote im Internet (z.B. **www.ferienjobs4you.de**, **www.schuelerjobs.de**); oder geben Sie einfach mal „ferienjob“ in Ihren Browser ein. Auch in Tageszeitungen gibt es öfters vor Ferienbeginn Angebote für Schüler- und Ferienjobs. Günstig wäre es natürlich, wenn Sie nicht nur ein Angebot, sondern möglichst zwei oder drei Jobangebote hätten und dann vergleichen und auswählen könnten. Wer einen Ferienjob hat, braucht ein ↑eigenes Bankkonto. Falls Sie planen, in den Ferien zu jobben, sollten Sie sich rechtzeitig eines zulegen.

Zu den **Verdienstgrenzen** vgl. ↑geringfügige Beschäftigung und ↑kurzfristige Beschäftigung

Vgl. auch ↑**Jobben neben der Schule**

Geschäftsfähigkeit

Was bedeutet beschränkte Geschäftsfähigkeit?

Jugendliche unter 18 Jahren sind beschränkt geschäftsfähig; Käufe und Kaufverträge gelten nur dann, wenn die Eltern einverstanden sind. Liegt diese Einwilligung nicht vor, ist der Vertrag „schwebend unwirksam“: Der Verkäufer muss die verkaufte Ware zurücknehmen und den Kaufpreis erstatten (BGB §§ 107 und 108 zum Schutz der Jugendlichen). Das gilt auch für ↑Ratenkäufe oder längerfristige Kaufverträge (zum Beispiel Handyverträge oder Zeitschriftenabos).

Angenommen, Sie kaufen ein teures Fernsehgerät. Ihre Eltern sind mit dem Kauf nicht einverstanden. Dann haben Sie das Recht, den Kauf rückgängig zu machen. Sie bekommen das Geld zurück. Auch bei Bestellungen übers Internet gilt: Die Ware muss zurückgenommen und der Kaufpreis rückerstattet werden, wenn Ihre Eltern nicht einverstanden sind.

Ausnahme: altersübliche, geringfügige Geschäfte können ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters abgeschlossen werden, wenn sie mit dem Taschengeld bezahlt werden. (↑Taschengeld)

Mit der **Volljährigkeit** sind Sie auch voll geschäftsfähig. Sie können jetzt eigenständig Verträge jeder Art abschließen. Allerdings sind Sie dann auch für die daraus sich ergebenden Folgen voll verantwortlich.

Handys

Erwerb eines Handys

Minderjährige Jugendliche dürfen keine Handys mit Kartenvertrag erwerben; das ist nur möglich, wenn ein Elternteil den Vertrag abschließt. Mit 16 Jahren können Jugendliche ein Prepaid-Handy erwerben; das läuft über den so genannten ↑Taschengeldparagrafen.

Jobben neben der Schule?

Unter 15 Jahren ist die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen verboten. Ausnahme: Mit Einwilligung der Eltern können Schüler ab 13 Jahren *stundenweise* eine leichte und altersgerechte Beschäftigung ausüben, z.B. Zeitungen/Werbung verteilen, Nachhilfe geben, Babysitten, bei Gartenarbeiten helfen, Tiere und Pflanzen betreuen.

Zwischen 15 und 18 Jahren dürfen Jugendliche prinzipiell bis zu acht Stunden täglich und in der Woche maximal 40 Stunden arbeiten. Das gilt allerdings nicht, wenn Sie noch zur Schule gehen und Schulpflicht besteht. Dann gibt es eine Begrenzung auf höchstens vier Wochen pro Jahr während der Schulferien (vgl. ↑Ferienjobs).

Im Prinzip dürfen Minderjährige nur zwischen 6 Uhr morgens und 20 Uhr abends beschäftigt werden. Im Gaststättengewerbe gilt für über 16-Jährige: bis 22 Uhr.

Auch in der Frage „Jobben neben der Schule?“ habe ich eine persönliche Meinung: Zwei bis drei Stunden pro Woche finde ich vertretbar; mehr geht zu Lasten der Schulleistungen. Das lohnt sich nicht, wenn Sie dafür später mit schlechterem Schulabschluss geringere berufliche Chancen haben.

Jugendschutzgesetz

Knappe Zusammenfassung

- Jugendliche im Sinne des Gesetzes sind Personen zwischen 15 und 18 Jahren.
- Für Jugendliche, die der Vollzeitschulpflicht unterliegen, gilt (wie für Kinder) die Vorschrift, dass eine Beschäftigung grundsätzlich verboten ist. (Ausnahmen siehe ↑ Jobben neben der Schule)
- Die Arbeitszeit darf nicht länger als acht Stunden wöchentlich betragen.
- Jugendlichen stehen Pausen von 60 Minuten bei einer Arbeitszeit von mindestens sechs Stunden zu. Als Pause gilt eine Arbeitsunterbrechung von mindestens 15 Minuten.
- Nach Feierabend besteht ein Anrecht auf mindestens 12 Stunden Freizeit.
- Eine Beschäftigung ist nur zwischen 6 und 20 Uhr zulässig. (Ausnahmen siehe ↑ Jobben neben der Schule) (Quelle: www.ferienjob.de)

Alkohol und Zigaretten Diese Drogen dürfen an Jugendliche unter 16 Jahren nicht verkauft werden. Auch wenn Eltern (fahrlässigerweise) zustimmen sollten, ändert dies an dem gesetzlichen Verbot nichts. Hochprozentiges wie Schnaps darf nur an Volljährige verkauft werden. Hält sich eine Verkäuferin ☹ nicht an diese gesetzlichen Vorschriften, liegt eine Ordnungswidrigkeit vor. Zum Jugendschutzgesetz ↑ siehe auch **Pocket Politik**, S. 132 ff.

Kurzfristige Beschäftigung

Eine „kurzfristige Beschäftigung“ ist eine Erwerbstätigkeit, die nicht länger als zwei Monate oder 50 Arbeitstage pro Kalenderjahr dauert. Das Besondere der kurzfristigen Beschäftigung besteht darin, dass für den ↑ Arbeitnehmer keine Sozialversicherungspflicht besteht. Es müssen also keine Sozialabgaben abgeführt werden. Das gilt unabhängig davon, wie viel man verdient. Wegen dieser *offenen Verdienstgrenze* ist dieser Form der „kurzfristigen Beschäftigung“ für Ferienjobs meist die günstigste Lösung. Der Arbeitgeber trägt in diesem Fall eine 25-prozentige Pauschalsteuer.

Wenn allerdings ein Arbeitgeber diese 25-prozentige Pauschalsteuer auf den Arbeitnehmer, also auf Sie abwälzt, dann kann es günstiger sein, sich über die Lohnsteuerkarte besteuern zu lassen, und sich dann später im Zuge des Lohnsteuerjahresausgleichs die bezahlten Steuern wieder zurück zu holen.

Jugend- und Auszubildendenvertretung

Für erwachsene Arbeitnehmer gibt es den [↑]Betriebsrat, der die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Betriebsleitung vertritt. Für Jugendliche gibt es die Einrichtung der Jugend- und Auszubildendenvertretungen; diese werden in Betrieben gewählt, in denen es mindestens fünf Arbeitnehmer unter 18 bzw. in der Berufsausbildung gibt. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen können beim Betriebsrat Maßnahmen beantragen, die im Interesse der Jugendlichen sind, insbesondere in Sachen Berufsbildung.

Der Betriebsrat soll die Jugend- und Auszubildendenvertretung rechtzeitig und umfassend über alle wichtigen Angelegenheiten unterrichten. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung kann zu den Betriebsratssitzungen einen Vertreter entsenden. Ein Teilnahmerecht der gesamten Jugend- und Auszubildendenvertretung besteht bei den Tagesordnungspunkten, die besonders die jugendlichen Arbeitnehmer betreffen. Außerdem hat der Betriebsrat die Jugend- und Auszubildendenvertretung zu Besprechungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat hinzuzuziehen, wenn dort Angelegenheiten diskutiert werden, die jugendliche Arbeitnehmer betreffen.

Aufgaben der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

1. Antragsrecht nach § 70 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG*

- Fragen der betrieblichen Berufsausbildung
- Fragen der Arbeitszeit junger Arbeitnehmer
- Gestaltung der Arbeitsplätze junger Arbeitnehmer
- Fragen der (generellen) Urlaubsregelung junger Arbeitnehmer etc.

2. Überwachungsrecht nach § 70 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG*

- Jugendarbeitsschutzgesetz (JarbSchG)
- Berufsbildungsgesetz (BbiG)
- Tarifverträge
- Betriebsvereinbarungen etc.

3. Anregungsrecht nach § 70 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG*

- Betriebsrat muss Anregung beraten
- hält er sie für berechtigt, muss er sie gegenüber dem Arbeitgeber weiter verfolgen etc.

4. Sprechstunden nach § 69 BetrVG*

* BetrVG = Betriebsverfassungsgesetz

Telefonrechnung: wer soll das bezahlen?

Die beiden unvermeidlichen Streitpunkte beim Telefon: Immer belegen die *anderen* die Leitung. Und: Wer zahlt die hohe Telefonrechnung? Da gibt's viele schlechte Lösungen, aber nur eine gute: Man braucht ISDN mit drei verschiedenen Nummern (die man dann „gerecht“ aufteilen muss, je nach Anzahl der Personen im Haushalt). Und man braucht eine aufgeschlüsselte Telefonrechnung, aus der klar hervorgeht, wer welche Kosten verursacht hat. Nun kann man entweder nach dem Verursacherprinzip vorgehen: Jeder trägt seine/ihre Kosten. Oder man verwendet das Pauschalprinzip: die Kinder/Jugendlichen bekommen ein pauschales „Telefonkonto“ eingeräumt (sagen wir: 10€ pro Monat); was drüber hinaus geht, muss jeder selbst bezahlen. (Ist nur ein Vorschlag!); noch besser: eine Flatrate!

Verzögerte SMS-Abrechnungen beim Handy

SMS-Abrechnungen können manchmal lange dauern; so kommt es vor, dass Jugendliche weiterhin eifrig SMS-Nachrichten verschicken, obwohl das Guthaben längst aufgebraucht ist. Also Obacht: denn diese Schulden müssen beglichen werden!

Rente

Sie werden die Hände über dem Kopf zusammen schlagen: Soll ich mich jetzt auch noch mit der Rente befassen?!? O.k., es gibt spannendere Themen; aber lesen Sie die folgenden drei, vier Sätze, und in 40 Jahren werden Sie mir dafür dankbar sein! (hoffe ich). Hier steht nämlich etwas darüber, wie das mit der Rente *in Zukunft* läuft und warum die gesetzliche Rente in 40 Jahren nicht mehr ausreichen wird ...

Deutschland überaltert, immer weniger Berufstätige müssen mit ihren Beiträgen immer mehr Rentner*innen unterstützen; weil die Rentenversicherungsabgaben aber nicht ins Unermessliche steigen können, wird die gesetzliche Rente gekürzt werden müssen. In Zukunft wird die gesetzliche Rente also *nicht mehr ausreichen*, um im Alter den gewohnten Lebensstandard zu halten. Also müssen Sie sich zusätzlich privat absichern. (Mehr wollte ich eigentlich nicht sagen; ging doch, oder?)

Schulden

Jugendliche und Schulden

Über 12 Prozent der Jugendlichen in Deutschland zwischen 13 und 24 Jahren sind verschuldet. Bei den 18- bis 24-Jährigen, die auch schon Kredite erhalten können, hat jeder sechste Schulden von durchschnittlich 1.800 Euro. Hochgerechnet ergibt das für alle Jugendlichen in Deutschland eine Gesamtverschuldung von über drei Milliarden Euro.

Verschuldet zu sein ist nicht lustig. Betroffene sollten sich um eine Schuldnerberatung bemühen. Fast in jeder Stadt gibt es heute kostenlose Schuldnerberatungsstellen (allerdings häufig mit langen Wartezeiten). Also, im Telefonbuch nachschauen, beim örtlichen Sozialamt anrufen oder bei den Wohlfahrtsverbänden (Caritas, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt, Deutsche Rotes Kreuz) nachfragen. Unter www.skm-schuldnerberatung.de finden Betroffene eine Schuldnerberatungsstelle speziell für Jugendliche. Schuldnerberatung über Caritas und Arbeiterwohlfahrt (AWO): www.caritas.de/2097.html, www.awo.org/pub/home-page

Die Verdienste der Arbeitnehmer

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste 2004 in Euro

West

Ost

Industrie



Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe



Quelle: Stat. Bundesamt

© Globus



Die Arbeitnehmer bei der Arbeit

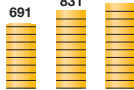
So viele Stunden haben sie gearbeitet (in Milliarden)

1991 1998 2005
51,8 48,1 46,5



So viel Geld (brutto) haben sie verdient (in Milliarden Euro)

1991 1998 2005
691 831 910



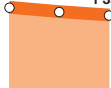
So viele Arbeitnehmer gab es in Deutschland (in Millionen)

1991 1998 2005
35,1 34,0 34,4



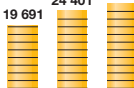
Das waren so viele Stunden je Arbeitnehmer

1991 1998 2005
1 475 1 412 1 351



Das waren so viel Euro (brutto) je Arbeitnehmer

1991 1998 2005
19 691 24 401 26 458



Quelle: Statistisches Bundesamt © Globus



Die Informationen beziehen sich im Allgemeinen auf die Verhältnisse in Deutschland, soweit nicht anders aufgeführt.

Wirtschaftliche Basis-Informationen

Statistisches Bundesamt

www.destatis.de

Wichtige Quelle für Wirtschaftsdaten aus den Bereichen der amtlichen Statistik. Auf der Homepage sind die Themenfelder aufgeführt, zu denen Tabellen und Grafiken angeboten werden.

Bundesagentur für Arbeit

www.arbeitsagentur.de

Hier gibt es umfangreiche Informationen: z.B. offene Ausbildungsplätze, Praktikantenbörse, Stellenangebote, den Ausbildungs-Stellen-Informationen-Service (ASIS) usw.

Auf der Startseite „Berufs- und Studienwahl“ finden Sie nützliche Infos über Berufsberatung, Bewerbung, Ausbildungsförderung usw.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

www.bibb.de

Hier gibt es u.a. Kurzbeschreibungen der anerkannten Ausbildungsberufe, eine Darstellung internationaler Berufsbildungsprojekte usw.

Deutsche Bundesbank

www.bundesbank.de

Infos zu den Themenbereichen Geld und Geldpolitik; auch eine Seite „Schule und Studium“ mit Schülerheften zum Runterladen.

Unter **www.bundesbank.de** > Statistik > Aktuelle Zahlen > Konjunkturindikatoren aus dem Monatsbericht findet man u.a. Daten zum ↑BIP, zum ↑Arbeitsmarkt und zur ↑Preisentwicklung.

Sachverständigenrat

www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Jedes Jahres legt der [↑]Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Gutachten vor, das umfassend über die aktuelle und vergangene Wirtschaftsentwicklung informiert. Die aktuellen Jahresgutachten des Rates können im Internet abgerufen werden.

Sparkassen

www.sparkasse.de

Aktuelle Wirtschaftsinformationen und Börsendaten.

Unter **www.sparkasse.de/services** nützliche Hinweise zum Umgang mit Geld, zu Kreditkarten, Urlaubsfinanzierung usw.

Banken: Bundesverband deutscher Banken:

www.bdb.de

Aktuelle Tipps zu Geld und Finanzen; unter dem Link **www.schulbank.de** ein spezieller Service für Schüler[☺], auch mit Materialien zum Bestellen. Sie finden dort eine Seite „Jugend und Wirtschaft“ mit dem Aufmacher „Wirtschaft geht jeden an“. Also wo die Recht haben ...

Bundesregierung und Ministerien

Bundesregierung

www.bundesregierung.de

Auf den Internetseiten werden aktuelle Schwerpunkte der politischen Arbeit dargestellt, zum großen Teil auch wirtschaftspolitische Themen. Es gibt Links zu den Ministerien, wichtigen Ämtern und Bundesbehörden, zu den Landesregierungen und vielen Einrichtungen und Gremien im In- und Ausland.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

www.bmwi.de

Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Themen aus Regierungssicht. Bestellservice für eine Vielzahl von Broschüren. Unter der Rubrik „Ausbildung und Karriere“ gibt's eine Seite „Ausbildung und Berufswahl“, Bewerbungstipps usw.

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

www.bundesfinanzministerium.de

Hier findet man Materialien zur Finanz- und Wirtschaftspolitik, zu [↑]Steuern, [↑]Ökosteuern, Steuerreform, und natürlich auch Daten über den Bundeshaushalt.

Den Übersichten zum Bundeshaushalt 2003 (als pdf.Datei) kann man z.B. entnehmen, dass der Bundeshaushalt ein Gesamtvolumen von 248,199 Mrd. € hat, wovon z.B. 85 Mrd. € an die Sozialversicherungen überwiesen und fast 38 Mrd. € an Zinszahlungen für die Bundesschuld geleistet werden. Von der Seite des BMF kann man sich auch den aktuellen Jahreswirtschaftsbericht der Regierung herunterladen.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Verbraucherschutz

www.bmelv.de

Mit aktuellen Verbraucherinfos, Hinweisen und Broschüren zur Ernährung usw.

vgl. auch [↑]Verbraucherschutz

Europa

Europäische Union

www.europa.eu.int/index_de.htm

Unter „Tätigkeitsbereiche“ sind u.a. die Themen „Beschäftigung und Sozialpolitik“ sowie „Wirtschaft und Währung“ zu finden, mit Berichten und Materialien.

Europäische Zentralbank (EZB)

www.ecb.int

Informationen zur Wirtschafts- und Geldpolitik der Euroländer

Die deutsche Fassung der EZB-Homepage liegt bei der Deutschen Bundesbank. Ist aber nicht wahnsinnig ergiebig; man findet dort z.B., dass der „Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte“ zur Zeit (Mai 2006) bei 2,50% liegt. Na gut...

www.bundesbank.de/ezb

Globalisierung

Internationaler Währungsfonds (IWF)

www.imf.org/external/about.htm

Bringt Statistiken, Beschreibungen und Fortschrittsberichte über IWF-Programme sowie wirtschaftliche Informationen zu fast jedem Land der Erde (auf englisch).

Welthandelsorganisation (WTO)

www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/whatis_e.thm

Informationen zur Handelspolitik und zum internationalen Handel (auf englisch).

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

www.ilo.org

ILO = International Labor Organisation; informiert (auf englisch) über Arbeitsschutz, Rechte der Arbeitnehmer, Entwicklung der Beschäftigung usw.

Die deutsche ILO-Webseite unter:

www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/index.htm

Attac

www.attac.de/index.php

Diese globalisierungskritische Initiative setzt sich für eine solidarische Weltwirtschaft ein. Sie finden hier Nachrichten über lokale Initiativen, Möglichkeiten der Unterstützung von Kampagnen usw.

Wirtschaftsforschungsinstitute

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

www.diw.de

Auf der Webseite werden ausgewählte Forschungsergebnisse und aktuelle Pressemeldungen präsentiert.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

www.ifo.de

Zusammenfassung der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „ifo Schnelldienst“ und Kurzfassung aktueller Forschungsergebnisse.

Institut der deutschen Wirtschaft

www.iwkoeln.de

Über > Informationen findet man den „iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft“ mit einer Vielzahl von Daten und Schaubildern aus Arbeitgebersicht.

Verbände

Bundesverband der Deutschen Industrie

www.bdi-online.de

Unter der Rubrik „Zahlen/Fakten“ kann man Darstellungen zur wirtschaftlichen Lage, zum Arbeitsmarkt, zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) usw. finden.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände:

www.arbeitgeber.de

Unter der Rubrik „Presse-Lounge“ > „Kurz-Nachrichten-Dienst“ findet man aktuelle Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Fragen aus Arbeitgebersicht.

Deutscher Gewerkschaftsbund

www.dgb.de

Aktuelle Themen, Meldungen und Stellungnahmen aus Gewerkschafts- und Arbeitnehmersicht. Es gibt dort auch einen Link zu den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“, dem Diskussionsorgan der Gewerkschaften mit Inhaltsverzeichnis und Leseproben.

Industrie- und Handelskammer

www.ihk.de

Stellungnahmen zur Wirtschaftspolitik und Standortpolitik aus Sicht der Unternehmen. Verzeichnis der IHKs und Links zu deren Informationsangeboten. Auf der ihk-Webseite gibt es die Rubrik „Ausbildungsberatung“ und dort die „ihk-Lehrstellenbörse“.

Deutscher Industrie- und Handelstag DIHT

www.diht.de

Aktuelle Meldungen und Stellungnahmen, Konjunkturdaten und Umfragen für die Mitgliedsunternehmen.

Wirtschaftliche und Berufliche Bildung

Bundeszentrale für politische Bildung **www.bpb.de**

Politische Themen, Online-Publikationen, Online-Lexika, wichtige Gesetzestexte, Verzeichnis audiovisueller Medien, Bestellmöglichkeit von über 300 Publikationen, viele Links zu den Bereichen Geschichte, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft usw.

Deutscher Bildungsserver

www.dbs.schule.de

Von Interesse sind hier die Bereiche Schule und Berufliche Bildung sowie die Seiten für Schüler und Auszubildende. Links zu vielen anderen Webseiten mit Bildungs- und Ausbildungsthemen.

Verbraucherschutz

Europäisches Verbraucherzentrum

www.evz.de

Willestr. 4-6, 24103 Kiel

Tel. (04 31) 9 71 93 50

Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände

www.vzbv.de

Mail: info@vzbv.de

Stiftung Warentest

www.arentest.de

Die Stiftung Warentest untersucht die Eignung von Waren und Dienstleistungen für Verbraucher. Sie will aufklären über gesundheits- und umweltbewusstes Verhalten sowie über eine vernünftige Verwendung des Einkommens.

Die Gesellschaft für Konsum

www.gfk.de

Umfangreiche Seiten der Gesellschaft für Konsum zu Unternehmen, Geschäftsfeldern, Veröffentlichungen und Finanzberichten sowie zu Berufseinstieg, Ausbildung, Praktika und Stellenangeboten.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung

www.bag-schuldnerberatung.de

Informationen und Service zur Schuldnerberatung. Eine Adressenliste mit Beratungsstellen; weitere Links zum Thema.

BAföG – Bundesausbildungsförderungsgesetz

www.das-neue-bafoeg.de

Tel. (0800) 223 63 41/ (0800) BAFOEG1

Gebührenfreie BaföG-Hotline des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gemeinsam mit dem Deutschen Studentenhilfswerk.

BaföG-Rechner unter: <https://bafoeg-rechner.bmbf.de/rechner/index.htm>

Minijobs

www.minijob-zentrale.de

Bei Minijobs mit einer Verdiensthöchstgrenze von 400 Euro monatlich zahlen die Minijobber:innen in der Regel keine Steuern und Sozialabgaben. Die (bisherige) zeitliche Begrenzung auf 15 Stunden pro Woche entfällt.

Wirtschaftszeitungen – Wirtschaftsmagazine – Sendungen

Handelsblatt

Financial Times Deutschland

Wirtschaftswoche

DM Euro

Focus Money

WISO im ZDF; montags, 19.25 bis 20.15 Uhr.

Bringt Wirtschafts- und Verbraucherthemen für Zuschauer, die den Wirtschaftsteil der Tageszeitung nur unregelmäßig lesen.

Plusminus im Ersten; dienstags, 21.55 Uhr.

Verbraucherorientiertes Wirtschaftsmagazin mit aktuellen Verbraucherinformationen, Tipps und wirtschaftspolitische Hintergründen.

Wirtschaftsmagazine Online:

www.wiwo.de

In der Rubrik „Politik“ gibt es aktuelle wirtschaftspolitische Beiträge

www.spiegel.de/wirtschaft

In der Rubrik „Geld und Beruf“ gibt es einen „Brutto-Netto-Rechner“, mit dem Sie sich mal ausrechnen und darstellen lassen können, was von einem durchschnittlichen Monatsverdienst von sagen wir 2500 € netto übrig bleibt.

Falls jemand eine Postadresse braucht: Bitte wenden Sie sich an die Redaktion (Iris Möckel, Adenauerallee 86, 53113 Bonn).

Bestellungen: siehe Umschlag S. 2

Was macht die Bundeszentrale für politische Bildung?

Demokratie anschaulich vermitteln, Diskussionen und Debatten über wichtige Themen anstoßen, das ist die Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Mit zahlreichen Publikationen, in Tagungen, Seminaren und Wettbewerben verfolgt sie das Ziel, das Demokratiebewusstsein der Menschen zu stärken, politisches Hintergrundwissen zu vermitteln und zu gesellschaftlicher Partizipation anzuregen.

In Bonn und Berlin betreibt die bpb Medienzentren und bietet dort Besucherinnen und Besuchern Gelegenheit, das umfangreiche Angebot kennen zu lernen.

Gemeinsam mit einem bundesweiten Netzwerk aus Landeszentralen, Bildungseinrichtungen und -trägern engagiert sich die bpb für politische Bildung und Kultur – unabhängig und überparteilich.

www.bpb.de

